



SACHSEN-ANHALT

Staatskanzlei und
Ministerium für Kultur

**Europäische und internationale Aktivitäten
der Landesregierung Sachsen-Anhalt im Jahr 2026**

Inhaltsverzeichnis

I.	Einleitung	Seite 3
II.	Schwerpunktvorhaben im Zusammenhang mit den Arbeitsprogrammen der Europäischen Kommission und des Rates	Seite 3
III.	Maßnahmen der Ressorts zur Umsetzung der europäischen und internationalen Zielstellungen der Landesregierung	Seite 4
III.1	Staatskanzlei und Ministerium für Kultur	Seite 4
III.2	Ministerium für Arbeit, Soziales, Gesundheit und Gleichstellung	Seite 32
III.3	Ministerium für Bildung	Seite 38
III.4	Ministerium der Finanzen	Seite 42
III.5	Ministerium für Infrastruktur und Digitales	Seite 43
III.6	Ministerium für Inneres und Sport	Seite 47
III.7	Ministerium für Justiz und Verbraucherschutz	Seite 50
III.8	Ministerium für Wirtschaft, Tourismus, Landwirtschaft und Forsten	Seite 52
III.9	Ministerium für Wissenschaft, Energie, Klimaschutz und Umwelt	Seite 65



SACHSEN-ANHALT

Staatskanzlei und
Ministerium für Kultur

Europäische und internationale Aktivitäten der Landesregierung Sachsen-Anhalt im Jahr 2026

I. Einleitung

Gemäß Abschnitt VIII. Nr. 5 der Vereinbarung zwischen dem Landtag und der Landesregierung über die Unterrichtung des Landtages durch die Landesregierung (Landtags-Informationsvereinbarung - LIV) vom 15. April 2005 übermittelt die Landesregierung dem Landtag jährlich vorausschauend einen Bericht über ihre europäischen und internationalen Aktivitäten.

Dieser Bericht beschreibt europapolitische und internationale Zielstellungen, die durch die einzelnen Ressorts umzusetzen sind. Er berücksichtigt zudem die Schwerpunkte der aktuellen Legislativ- und Arbeitsprogramme der Europäischen Kommission und des Rates, die für Sachsen-Anhalt von besonderer Bedeutung sind.

II. Schwerpunktvorhaben im Zusammenhang mit den Arbeitsprogrammen der Europäischen Kommission und des Rates

Die Europäische Kommission (KOM) hat ihr Arbeitsprogramm für das Jahr 2026¹ mit dem Titel „Ein unabhängiges Europa“ am 21. Oktober 2025 vorgelegt. Maßgebend für die Ausgestaltung des Programms waren die vielfachen miteinander verknüpften aktuellen und zukünftigen Herausforderungen, die sich aus den Bedrohungen von Sicherheit und Demokratie, Konflikten und geopolitischen Spannungen ergeben. Dazu gehören auch zunehmende Risiken für Wirtschaft und Industrie und die Beschleunigung des Klimawandels. Mit den vorgeschlagenen legislativen und nicht legislativen Vorhaben stellt die KOM Strategien und Mittel zur Bewältigung dieser Herausforderungen vor.

¹ Mitteilung der Kommission an das Europäische Parlament, den Rat, den Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschuss und den Ausschuss der Regionen: Arbeitsprogramm der Kommission: Der Moment der Unabhängigkeit Europas, COM (2025) 870 final

Die übergreifenden Prioritäten der KOM für das Jahr 2026 sind:

- Ein neuer Plan für nachhaltigen Wohlstand und nachhaltige Wettbewerbsfähigkeit in Europa
- Eine neue Ära für die europäische Verteidigung und Sicherheit
- Die Menschen unterstützen, unsere Gesellschaft und unser Sozialmodell stärken
- Unsere Lebensqualität erhalten-Ernährungssicherheit, Wasser und Natur
- Unsere Demokratie schützen, unsere Werte wahren
- Europa in der Welt unseren Einfluss und unsere Partnerschaften nutzen
- Vorbereitung auf die Union von morgen

Im Jahr 2026 legt die KOM ein besonderes Augenmerk auf die Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit, auf Energieunabhängigkeit, technologische Souveränität, Forschung und Innovation, sowie auf die Förderung sauberer und digitaler Innovationen. Zugleich will sie die kollektive Sicherheit Europas ausbauen. Ein weiterer Fokus liegt auf dem künftigen Finanzrahmen der EU. Insgesamt formuliert die KOM 38 neue politische Initiativen. Angekündigt sind neue Initiativen in den Bereichen Automobilindustrie, Umwelt, Steuerrecht, Lebensmittelsicherheit, Medizinprodukte und Energiegesetzgebung. Darüber hinaus misst die KOM besondere Bedeutung dem Bürokratieabbau zu. Durch sechs sogenannte Omnibus-Pakete und weitere Maßnahmen zur Vereinfachung verschiedener Rechtsvorschriften und Initiativen sollen jährliche Kosteneinsparungen von ca. 8,6 Mrd. EUR erreicht werden.

Eine Auflistung derjenigen EU-Vorhaben, die für das Land von besonderer Bedeutung sind, ist diesem Bericht als Anlage beigefügt.

III. Maßnahmen der Ressorts zur Umsetzung der europäischen und internationalen Zielstellungen der Landesregierung

Die Ressorts ergreifen im Jahr 2026 folgende Maßnahmen mit europäischen und internationalen Zielstellungen:

III.1 Staatskanzlei und Ministerium für Kultur

Sachsen-Anhalt im europäischen Mehrebenensystem

Zur Umsetzung der im Jahr 2022 von der Landesregierung verabschiedeten strategischen Ziele werden auch im Jahr 2026 frühzeitig europapolitische Landesinteressen identifiziert und inhaltliche Positionen erarbeitet, koordiniert sowie in das europäische Mehrebenensystem eingebracht. Dies erfolgt über den Bundesrat, aber auch u.a. über die Ministerpräsidenten-, Europaminister- und Fachministerkonferenzen.

Sachsen-Anhalt bringt sich intensiv bei der Diskussion um den Mehrjährigen Finanzrahmen 2028 bis 2034 ein und wird dies zur Wahrung von Landesinteressen auch 2026 fortsetzen. Dies gilt ebenso für weitere europapolitischen Themenstellungen, etwa die institutionelle Weiterentwicklung der EU, die Erweiterung der EU um neue Mitgliedstaaten, sowie zu Fragen der EU im wirtschaftspolitischen und geopolitischen Gefüge, insbesondere zu Fragen der Wettbewerbsfähigkeit.

Der Landtag wird weiterhin auf Grundlage des Landtagsinformationsgesetzes (LIG) und der Landtagsinformationsvereinbarung (LIV) unterrichtet. Zudem wird die Landesregierung Akteure in Sachsen-Anhalt bei ihren europapolitischen Anliegen begleiten und unterstützen. Mit Blick auf die Landtagswahl in 2026 und damit zum Abschluss der Legislaturperiode gilt es insgesamt Bilanz zu ziehen und das Erreichte aufzuzeigen.

Europapolitische Information und Öffentlichkeitsarbeit

Im Jahr 2026 werden im Rahmen der europapolitischen Öffentlichkeitsarbeit der Landesregierung aktuelle Entwicklungen der Europäischen Union sowie Fragen von Demokratie und Rechtsstaat Schwerpunkte bilden. Sowohl Präsenzveranstaltungen als auch digitale Formate sollen vielfältige Möglichkeiten für Bürgerinnen und Bürger bieten, mit Vertreterinnen und Vertretern aus Politik, Wirtschaft, Wissenschaft und Zivilgesellschaft sowie miteinander in einen offenen Dialog zu europäischen Themen zu treten.

Die Europawochen 2026, die erneut im gesamten Monat Mai stattfinden, setzen einen zentralen Rahmen für vielfältige Aktivitäten im Land. Der jährlich wiederkehrende EU-Projekttag an Schulen findet am 27. April 2026 statt und bietet politischen Verantwortungsträgerinnen und -trägern und jungen Menschen Gelegenheit, im Rahmen von vorab geplanten Schulbesuchen, den Dialog zu europabezogenen Themen zu vertiefen.

Zur Stärkung der Medienkompetenz und der demokratischen Diskussionskultur im europäischen Kontext wird die Kooperation mit der Medienanstalt Sachsen-Anhalt fortgeführt. Im Rahmen des Bürgermedienpreises 2026 wird erneut eine Sonderkategorie „Europa“ ausgeschrieben. Europapolitische Bildungsangebote wie die Wanderausstellung „EU on Tour“ werden auch 2026 interessierten Einrichtungen im Land kostenfrei zur Verfügung stehen.

Ein weiterer Schwerpunkt liegt auf der Stärkung europäischer Informationsstrukturen in Sachsen-Anhalt. Die Zusammenarbeit mit dem Europäischen Dokumentationszentrum (EDZ), den Hochschulen des Landes sowie der neuen Europe Direct Generation soll gezielt ausgebaut werden. Gemeinsam mit weiteren EU-Netzwerkpartnern sind Formate zur Vermittlung europäischer Themen und zur Förderung der Demokratiebildung vorgesehen. Darüber hinaus ist geplant, den Ausbau weiterer Kooperationsmöglichkeiten mit Sachsen-Anhalts Partnerregionen im Bereich der europapolitischen Öffentlichkeitsarbeit voranzutrei-

ben. Im Rahmen der verfügbaren Haushaltsmittel wird auch 2026 die Förderung von Projekten zur Förderung des Europagedankens fortgesetzt. Vorrangig werden dabei Vorhaben unterstützt, die zusätzlich Drittmittel, beispielsweise aus EU-Programmen, einwerben und damit den Einsatz von Landesmitteln verstärken.

Die Unterstützung der Jugendberatungsstelle GOEUROPE! für Fragen zu europäischen Lernmobilitäts- und Förderprogrammen sowie für die Vermittlung europäischer Themen für junge Menschen in Sachsen-Anhalt bleibt ein zentraler Bestandteil der europapolitischen Öffentlichkeitsarbeit. In Bezug auf die Informations- und Beratungsarbeit sollen auch die Kommunen weiterhin in den Fokus gerückt werden. Eine intensivere Zusammenarbeit mit kommunalen EU-Akteuren, um die lokale europapolitische Öffentlichkeitsarbeit zu stärken, wird angestrebt.

In Kooperation mit der Europäischen Kommission wird die erfolgreiche Zusammenarbeit bei der Entwicklung von Informations- und Bildungsprojekten, etwa beim etablierten Pixi-Buch „Wir halten zusammen“ oder dem EU-Planspiel „Fakt oder Fake“ fortgesetzt.

Auch 2026 wird die digitale Informationsarbeit weiter ausgebaut: Über aktuelle europäische Themen, Projekte und Fördermöglichkeiten wird fortlaufend auf dem Europaportal Sachsen-Anhalt (www.europa.sachsen-anhalt.de) sowie in den sozialen Netzwerken informiert.

Stärkung der Internationalität und der Europafähigkeit der Landesverwaltung

Die gezielte Förderung der Europakompetenz zählt weiterhin zu den zentralen Schwerpunkten des strategischen qualitativen Personalmanagements (SQPM) des Landes Sachsen-Anhalt. Vor dem Hintergrund zunehmender europäischer Verflechtungen und internationaler Anforderungen wurden im laufenden Jahr wichtige Maßnahmen umgesetzt, neue Angebote konzipiert und erste Weichen für das kommende Jahr gestellt.

Die bewährten Sprachintensivkurse Business English bleiben ein fester Bestandteil des Qualifizierungsportfolios. Sie dienen dem systematischen Ausbau der fremdsprachlichen Handlungskompetenz im beruflichen Kontext. Die Kursdurchführungen werden regelmäßig evaluiert und passgenau aktualisiert. Die Nachfrage bleibt konstant hoch; zahlreiche Interessensbekundungen aus den Ressorts belegen das große Interesse. Der Beginn der neuen Kursstaffel ist für das vierte Quartal 2025 vorgesehen, die Durchführung wird voraussichtlich bis Ende 2026 abgeschlossen sein.

Für das Jahr 2026 ist eine inhaltlich weiterentwickelte Neuauflage der Führungskräftequalifizierung „Sachsen-Anhalt – stark in Europa“ vorgesehen. Während in der Vergangenheit breit angelegte europapolitische Grundlagen im Mittelpunkt standen, soll die kommende Maßnahme gezielter auf vertiefende Themenschwerpunkte ausgerichtet sein. Die Zielgruppe bleibt auf Führungskräfte fokussiert. Parallel dazu wurde im Berichtsjahr mit der

Konzeption der modularen Qualifizierungsmaßnahme unter dem Titel „Europa und Internationales“ für Nachwuchsführungskräfte begonnen. Ziel ist es, europäische Handlungskompetenz frühzeitig im Führungskräftenachwuchs zu verankern. Die Maßnahme kombiniert mehrere Präsenzseminare in Magdeburg mit Lernreisen nach Brüssel und Berlin sowie begleitenden Sprachkursen und Hospitationsangeboten in der Landesvertretung Brüssel. Thematisch reicht das Programm von interkulturellen Grundlagen über die Vertiefung der Handlungssicherheit im europäischen Kontext bis hin zu Fragen der internationalen Zusammenarbeit auf Landesebene. Eine Durchführung des ersten Moduls ist im Herbst 2025 geplant, die Umsetzung soll sich bis Ende 2026 erstrecken.

Auch die Möglichkeit von Hospitationen in der Landesvertretung des Landes Sachsen-Anhalt in Brüssel wird weiterhin aktiv genutzt. Im Jahr 2025 wurden vier Bedienstete erfolgreich entsendet. Für 2026 sind bereits sechs Hospitationen geplant und terminlich fixiert. Die Maßnahme wird bis Dezember 2026 fortgeführt und ermöglicht es den Teilnehmenden, direkte Einblicke in europäische Entscheidungsprozesse zu gewinnen und wichtige Kontakte zu knüpfen. Darüber hinaus unterstützt und begleitet das SQPM länderübergreifende Austauschformate und EU-Programme. Bewerbungsaufrufe, wie etwa zu „Erasmus for Public Administration“, zur Entsendung von Länderbeobachtenden oder zu Programmen für nationale Sachverständige, werden an die Ressorts kommuniziert. Im Jahr 2025 konnten die Bewerbungen von zwei Bediensteten der Staatskanzlei erfolgreich im Rahmen des Erasmus-Programms platziert werden. Insgesamt zeigt sich, dass europabezogene Qualifizierungsmaßnahmen sowohl bei etablierten Führungskräften als auch im Führungskräftenachwuchs auf hohe Resonanz stoßen. Für das Jahr 2026 sind eine weitere Professionalisierung und inhaltliche Schärfung der bestehenden Formate vorgesehen. Dabei wird der Fokus noch stärker auf praxisorientierte Lernformate, strategische Schwerpunktsetzungen und internationale Anschlussfähigkeit gelegt. Das SQPM leistet damit einen zentralen Beitrag zur zukunftsgerichteten Entwicklung der Landesverwaltung im europäischen Kontext.

Regionale Kooperation und Förderung von Projekten der internationalen Zusammenarbeit

Die Pflege und Vertiefung der Regionalpartnerschaften mit der polnischen Wojewodschaft Masowien und der französischen Region Centre-Val de Loire haben auch 2026 hohe Priorität. Ziel ist es, die Zusammenarbeit in möglichst vielen Bereichen durch gemeinsame bilaterale Projekte weiter auszubauen. Die Staatskanzlei plant im kommenden Jahr eine bilaterale Begegnung mit der Wojewodschaft Masowien.

Darüber hinaus wird der Austausch mit Regionen fortgeführt, zu denen bereits vertiefte Kontakte bestehen – darunter die Wojewodschaft Kujawien-Pommern in Polen, die Autonome Region Valencia in Spanien sowie die ukrainische Oblast Saporischschja. Mit der

Oblast Saporischschja soll die Kooperation auf Grundlage der bestehenden Austauschformate und Unterstützungsleistungen aus Sachsen-Anhalt perspektivisch weiter gestärkt werden. Auch die seit vielen Jahren bestehenden Beziehungen mit der Republik Armenien sollen intensiviert werden, wobei die Reise von Staatsminister Rainer Robra im April 2025 nach Armenien als Impuls genutzt wird. Als symbolische Geste hat die Staatskanzlei aus Anlass des 80-jährigen Jahrestags des Endes des 2. Weltkriegs handgefertigte Gedenkbücher an die Partnerregionen in Polen und Frankreich übersandt. Wichtige Ereignisse in den bilateralen Beziehungen wird die Staatskanzlei auch weiterhin im Blick behalten und entsprechend würdigen. Die Staatskanzlei setzt überdies die enge Zusammenarbeit mit der Beauftragten für deutsch-französische Angelegenheiten in Sachsen-Anhalt fort und unterstützt die Aktivitäten des Institut français im Land. Darüber hinaus werden auch 2026 zivilgesellschaftliche Initiativen und Projekte mit internationalem Bezug – insbesondere in den Bereichen Städtepartnerschaften, Jugendaustausch und Regionalpartnerschaften – aktiv mit Landesmitteln gefördert. Im Bereich der Städtepartnerschaften arbeitet die Staatskanzlei daran, einen engeren Kontakt zu den Kommunen im Land aufzubauen, um diese Partnerschaften positiv zu bestärken.

Vertretung des Landes Sachsen-Anhalt bei der Europäischen Union

Die Begleitung der für das Land Sachsen-Anhalt bedeutenden politischen Entwicklungen auf der europäischen Ebene ist eine der Hauptaufgaben der Landesvertretung in Brüssel. Durch die laufende Beobachtung und Berichterstattung über die Schwerpunktsetzung und sich entwickelnde Tendenzen in den Politikbereichen wird die Grundlage dafür geschaffen, dass das Land sich in die für Sachsen-Anhalt bedeutenden Themen kontinuierlich frühzeitig und effektiv einbringen kann.

Hierzu arbeitet die Landesvertretung eng zusammen mit den zuständigen Fachressorts und Abteilungen der Staatskanzlei. Da inzwischen kein Politikbereich mehr bearbeitet werden kann, ohne ihn im europäischen Kontext zu sehen, nehmen die Themen beständig zu.

Die Landesvertretung unterhält enge Arbeitskontakte zu den Vertretern der EU-Institutionen, zu Partnerregionen und weiteren in Brüssel ansässigen Regionalbüros sowie zu Organisationen und Einrichtungen. Die Informationssammlung- und Auswertung unterstützt eine zielgerichtete Einordnung von Themen und die Suche nach Interessenspartnern. Für das Jahr 2026 zeichnet sich erneut eine Vielzahl von zu erwartenden Kernthemen ab von denen hier einige thematische Schwerpunkte herausgegriffen werden sollen.

Im Jahr 2025 hat die Europäische Kommission den Vorschlag für den mehrjährigen Finanzrahmen (MFR) für die Jahre 2028 bis 2034 vorgelegt. Im Mittelpunkt steht ein reformierter Haushalt, der einfacher, flexibler und strategischer gestaltet sein soll und einen Umfang von

1,98 Bio. Euro für den Zeitraum 2028-2034 hat, das entspricht 1,26 % des Bruttonationaleinkommens (BNE) der EU. Die Modernisierung der Finanzierung des EU-Haushalts ist ein wesentlicher Bestandteil des vorgelegten Pakets und soll trotz der Aufstockung des Haushalts stabile nationale Beiträge ermöglichen. Zu diesem Zweck schlägt die KOM ein verbessertes neues Eigenmittelpaket vor. Der neue EU-Haushalt soll ein politikbasierter Haushalt sein und ist anhand von fünf Elementen gegliedert:

- 1) Europäischer Fonds für Nachhaltigen Wohlstand und Sicherheit in den Bereichen Wirtschaft, Territoriales, Soziales, Ländlicher Raum und Meere inklusive der GAP, Kohäsionspolitik (EFRE, ESF+) und INTERREG
- 2) Europäischer Fonds für Wettbewerbsfähigkeit samt Horizont Europa
- 3) Europa in der Welt
- 4) Erasmus+ und AgoraEU
- 5) Sonstiges (ohne NextGenerationEU-Rückzahlungen)

Die Vorschläge der KOM zum MFR werden im Jahr 2026 von allen Interessenvertretern weiter intensiv auf den verschiedensten Ebenen diskutiert und erörtert werden und auch vom Land eng begleitet.

Insgesamt ist eine Entwicklung zu beobachten, die sich von Agrar- und Kohäsionspolitik entfernt und näher an die Wettbewerbs-, Sicherheits- und Verteidigungspolitik rückt.

So steht der Agrarbereich vor einem Systemwandel: Die KOM gibt jedem Mitgliedsstaat nationale GAP-Empfehlungen, um die GAP-Ziele in den nationalen Strategieplänen (NRP-Pläne) zu erreichen. Außerdem plant die KOM das Budget für die Gemeinsame Agrarpolitik (GAP) ab 2028 von rund 387 Milliarden auf 300 Milliarden zu kürzen, womit nur die Direktzahlungen (Einkommensgrundstützung) beglichen werden können. Eine solche Kürzung steht im Widerspruch zu den wachsenden Anforderungen an die Landwirtschaft. Außerdem steht sie dem Ziel, die wirtschaftliche Stabilität der Betriebe zu sichern, entgegen. Die bisher bewährte Zwei-Säulen-Struktur der GAP soll in einem übergeordneten Fonds aufgehen.

Ein Beispiel für den nicht nur im MFR wiederzufindenden Kurswechsel ist zudem das neue wirtschaftspolitische Grundsatzprogramm der KOM, der sogenannte „Kompass für Wettbewerbsfähigkeit“, der am 29. Januar 2025 vorgelegt wurde und sich auf die Analysen von Mario Draghi zur Zukunft der Wettbewerbsfähigkeit Europas und von Enrico Letta zur Zukunft des Binnenmarkts stützt. Das Programm nimmt die zentralen Herausforderungen und Handlungsfelder der kommenden Jahre in den Blick. Dazu zählen das Schließen der Innovationslücke, die Vereinfachung von Berichtspflichten, der Abbau von Hindernissen im Binnenmarkt sowie die Verringerung einseitiger Abhängigkeiten. Ebenso im Fokus stehen ein effizient funktionierender Kapitalmarkt und eine grüne Transformation, die auch die Belange der Wirtschaft berücksichtigt. Die im „Kompass“ angekündigten gesetzgeberischen Initiati-

ven und politischen Strategien, insbesondere weitere Maßnahmen zur Stärkung von Mittelstand und Industrie oder zur Senkung der Energiepreise, werden aufmerksam begleitet von der Landesvertretung. Dazu gehört ebenfalls das EU-Vergaberecht, das die KOM 2026 mit einem Gesetzgebungsvorschlag überarbeiten möchte.

Darüber hinaus hat die KOM strategische Dialoge mit dem Automobilsektor und der Chemieindustrie eingeleitet, um die aktuellen Herausforderungen dringend anzugehen und konkrete Strategien und Lösungen zu entwickeln, die diesen Schlüsselindustrien eine solide Zukunft in Europa sichern. Über konkrete Folgemaßnahmen dieser Strategiedialoge wird die Landesvertretung fortlaufend berichten. Nicht zu vernachlässigen sind aber auch die Anstrengungen der EU und der Mitgliedstaaten, sich auf ein veränderndes Klima und extreme Wetterereignisse einzustellen, die zunehmend die wirtschaftliche Sicherheit Europas bedrohen. Bürokratieabbau und Vereinfachung bilden einen wichtigen Arbeitsschwerpunkt der aktuellen KOM, um dadurch die regulatorische Belastung für Unternehmen und Bürger zu reduzieren und gleichzeitig die Wettbewerbsfähigkeit Europas zu stärken. Bis zum Ende ihrer Amtszeit im Jahr 2029 möchte die KOM den Verwaltungsaufwand um mindestens 25 % verringern, für mittelständische Unternehmen sogar um mindestens 35 %. Die KOM veröffentlicht seit Februar 2025 regelmäßig Vereinfachungsvorschläge, die als sogenannte "Omnibus-Pakete" bezeichnet werden und mehrere Gesetzesbereiche umfassen, so unter anderem zur Nachhaltigkeitsberichterstattung, im Verteidigungssektor oder zur Chemikaliengesetzgebung. Weitere Omnibus-Pakete im Agrar-, Umwelt- und Digitalbereich sind in Arbeit. Im Sinne der Vereinfachung und Konsolidierung wird durch die Veröffentlichung des „8. Omnibus Digitales“ im Herbst 2025 die Digitaldebatte der kommenden Monate bestimmt. Weitere Themen betreffen die Künstliche Intelligenz, Clouds, Quantentechnologie, Cybersicherheit und den für Ende 2025 angekündigten Rechtsakt über digitale Netze, der den bestehenden Telekommunikationskodex aktualisieren und vereinfachen soll.

Im Bereich Beschäftigung bleiben für das Land die Entwicklungen im Bereich der Fachkräftesicherung, Aus- und Weiterbildung sowie der demografischen Entwicklung von besonderem Interesse. Darunter fallen die Themen hochwertige Arbeitsplätze, ein Fahrplan ist für Ende 2025 angekündigt, faire Arbeitsmobilität sowie die Digitalisierung in der Arbeitswelt und das Recht auf Nichterreichbarkeit. Die KOM hat am 5. März 2025 eine „Union der Kompetenzen“ vorgeschlagen, deren bildungs- und beschäftigungspolitische Bestandteile das gesamte Mandat prägen werden. Im Bereich Soziales verspricht der für Ende 2025 angekündigte „Aktionsplan zur Umsetzung der europäischen Säule Sozialer Rechte“ weitere Impulse. Von hoher Priorität in Brüssel ist zudem der Zugang zu erschwinglichem Wohnraum. Anfang 2026 soll hierzu eine Strategie vorgestellt werden. Die Landesvertretung wird die legislativen und nicht-legislativen Verfahren intensiv begleiten.

Der von der KOM angekündigte „Kulturkompass“ soll den strategischen Rahmen für die Kulturpolitik der EU darstellen. Auch die Entwicklung des geplanten Nachfolgeprogramms von „Creative Europe“ (AgoraEU) wird aufgrund der Relevanz für Projekte im Medien- und Kulturbereich in Sachsen-Anhalt eng begleitet. Nach der Veröffentlichung des Berichts von Enrico Letta, in dem gefordert wurde, Forschung und Innovation in den Mittelpunkt des Binnenmarktes zu stellen, kündigte die KOM Pläne für ein Gesetz für den Europäischen Forschungsraum an, um die Fragmentierung der Forschungsbemühungen innerhalb der Union zu bekämpfen. Dieses soll in der zweiten Hälfte des Jahres 2026 in Kraft treten.

Die Landesvertretung setzt weiterhin stark auf die Einbindung in regionale Netzwerke, über die Akteure aus Sachsen-Anhalt leichter gemeinsame Projekte entwickeln und wertvolle Erfahrungen austauschen können. Zu nennen sind hier das Netzwerk der Europäischen Regionen für Forschung und Innovation (ERRIN), die Vanguard-Initiative sowie das Netzwerk europäischer Regionen zur Demografie (DCRN). Außerdem unterstützt die Landesvertretung die Beteiligung Sachsens-Anhalts in der Allianz der Automobilregionen (ARA), im Netzwerk der europäischen Solarindustrieregionen (SIRE) und in der Europäischen Allianz der Halbleiterregionen Allianz (ESRA). Neben der Beschäftigung mit Fachthemen und der Ausrichtung von unterstützenden Fachveranstaltungen (Tagungen, Podiumsdiskussionen und Gesprächsrunden), ist eine Kernaufgabe der Landesvertretung, Sachsen-Anhalt als Region mit einer reichen europäischen Tradition zu repräsentieren. Sie lädt daher regelmäßig zu Kulturveranstaltungen ein, in denen sie die kulturell breite Palette des Landes abbildet. Ziel ist es, das Land durch kulturelle Highlights in Form von Konzerten, Filmvorführungen, Theaterstücken, Museumspräsentationen oder Lesungen als Kultur- und Tourismusstandort in Brüssel zu bewerben. Die Veranstaltungsreihe zur Herausstellung der UNESCO-Welterbestätten soll aufgrund der großen Resonanz neben den Reihen zum Filmland und zum Musikland Sachsen-Anhalt weiter fortgesetzt werden. Daneben wird die Landesvertretung weiterhin ihrem Auftrag nachkommen, Besuchergruppen zu empfangen und bei ihren Reisen nach Brüssel in der Planung zu unterstützen. Auch 2026 bietet die Landesvertretung eine Vielzahl von Hospitationsmöglichkeiten für Mitarbeiter der Landesverwaltung an, um diesen einen Einblick in die Tätigkeit der Landesvertretung, aber auch in die Institutionen vor Ort zu ermöglichen und bildet interessierte Studierende im Rahmen von Praktika in der Landesvertretung aus. Der EU-Wochenspiegel <https://europa.sachsen-anhalt.de/europapolitik/landesvertretung-in-bruessel/eu-wochenspiegel/> bildet daneben einen wichtigen Bestandteil der Öffentlichkeitsarbeit der Landesvertretung. Mit ihm wird es einer breiten, internationalen Gruppe von Abonnenten ermöglicht, sich regelmäßig einen Überblick über die aktuellen Entwicklungen in der europäischen Politik zu verschaffen und sich über eigene Veranstaltungen zu informieren.

Sachsen-Anhalt als europäisch und international attraktiver Medienstandort

Die Mitteldeutsche Medienförderung GmbH (MDM), eine Beteiligungsgesellschaft des Landes, unterstützt vielfältige Aktivitäten der Ausbildung begabter junger Filmemacherinnen und Filmemacher oder andere Veranstaltungen, die zu einer europäischen oder internationalen Vernetzung mit hiesigen Akteuren beitragen. Regelmäßig fördert die MDM auch internationale Koproduktionen. Die MDM wird auch im kommenden Jahr ihr Engagement im europäischen Netzwerk der Länderförderer Cine-Regio², dem inzwischen 52 Institutionen aus 12 EU-Ländern, Norwegen, der Schweiz und Großbritannien angehören, fortsetzen. Im Rahmen des Netzwerks werden beispielsweise aktuelle Herausforderungen für regionale Filmförderer sowie Best-Practice-Beispiele und innovative Lösungsansätze erörtert. Darüber hinaus schärfen verschiedene Festivals, Wettbewerbe, Initiativen und Aktivitäten das Profil Sachsen-Anhalts als europäisch und international attraktiven Film- und Medienstandort. Die International Academy of Media and Arts (IAMA), feierte im Jahr 2024 ihr 20-jähriges Bestehen. Seit 2008 veranstaltet die IAMA jährlich im Herbst die Filmmusiktage Sachsen-Anhalt und holt international bekannte Filmmusikexpertinnen und -experten sowie Filmkomponistinnen und -komponisten nach Halle (Saale). Der Kongress der Filmmusiktage ermöglicht auch den internationalen Austausch zwischen den Filmschaffenden, dem Branchennachwuchs und dem interessierten Publikum. Voraussichtlich im Herbst 2026 wird es die 19. Auflage der Filmmusiktage Sachsen-Anhalt geben. Das internationale Science & Media Festival SILBERSALZ ist in Halle (Saale) ebenfalls fest etabliert und findet 2026 bereits zum neunten Mal statt. Wissenschaftliche Inhalte werden dabei einem breiten Publikum mittels unterschiedlicher Medienformate, wie z. B. interaktive Ausstellungen, Gespräche, Performances und Filme, vermittelt. Das von Documentary Campus e. V. organisierte internationale Festival findet seit 2018 jährlich statt. Seit 2020 werden im Rahmen des Festivals auch die internationalen SILBERSALZ Science & Media Awards für herausragende Filmproduktionen zur Wissenschaftsvermittlung verliehen. Die Documentary Campus Masterschool wird u. a. von Creative Europe Media sowie der MDM gefördert und ist ein Trainingsprogramm für Filmemacherinnen und Filmemacher mit internationalen Experten und Mentoren. Das SILBERSALZ Institute ist ein ebenso u. a. von Creative Europe unterstütztes Programm (Creative Innovation Labs) und ein kreatives Labor für Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler, die ihre Forschungsergebnisse mit Hilfe der Medien an die Öffentlichkeit bringen wollen. Bei den jeweiligen Pitchings werden die entwickelten Projekte internationa-

² Das Hauptanliegen von Cine-Regio besteht neben dem Erfahrungsaustausch zwischen Film- und Medienförderern und der Vertretung ihrer Interessen auf europäischer Ebene darin, die Zusammenarbeit zwischen Produzenten und Medienschaffenden verbessern zu helfen, Koproduktionen zu initiieren und Auslandsdreharbeiten mit fachlichem Rat und praktischer Hilfe zu unterstützen.

len Geldgebern und Sendern vorgestellt, um sie zu realisieren. Das Jugendfilmcamp Arendsee bietet jungen Menschen im Alter zwischen 12 und 25 Jahren die Möglichkeit, unter Anleitung von erfahrenen Dozenten einen Kurzfilm in einer Woche zu realisieren. Es begrüßt jedes Jahr auch europäische und internationale Teilnehmerinnen und Teilnehmer. Pate des Jugendfilmcamps ist der international bekannte Schauspieler Tom Wlaschiha („Game of Thrones“). Die Aktivitäten des Jugendfilmcamps werden voraussichtlich auch 2026 fortgeführt. Der weitere Ausbau des Jugendfilmcamps zum „Filmplace“ Arendsee ist geplant. Damit werden perspektivisch die Angebote für Jugendliche um Seminare und Studios erweitert. Ein weiteres Beispiel für die Internationalität der Film- und Medienbranche in Sachsen-Anhalt ist das internationale Kurzfilmfestival „Monstrale“ in Halle (Saale). Im Rahmen dieses Festivals gehen jedes Jahr zahlreiche Einreichungen aus ca. 90 Ländern für die internationalen Wettbewerbe ein und werden von einer international besetzten Jury bewertet. Die Fortführung der „Monstrale“ ist auch für 2026 geplant.

Umsetzung europäischer Mediengesetzgebung

Digitalisierung, Globalisierung, konvergente Mediensysteme sowie zunehmende Relevanz von Plattformen und Intermediären für die Meinungsbildung stellen die Medienregulierung vor grenzüberschreitende Herausforderungen. Die Stärkung von Demokratie und Medienpluralismus ist Ziel der europäischen Mediengesetzgebung und eine zentrale Aufgabe der Landesregierung. Die Medienanstalt Sachsen-Anhalt ist die allein zuständige Aufsichtsbehörde für die Regulierung von privatem Rundfunk und Telemedien in Sachsen-Anhalt. Im Zuge der Implementierung europäischer Mediengesetzgebung, wie z.B. dem Europäischen Medienfreiheitsgesetz (EMFA), der Verordnung über die Transparenz und das Targeting politischer Werbung (TTPW-VO) sowie der Verordnung über künstliche Intelligenz (KI-VO) kommen neue anspruchsvolle Aufgaben auf die Medienanstalt Sachsen-Anhalt zu. Die Staatskanzlei und Ministerium für Kultur begleitet den Umsetzungsprozess in nationales Recht fachlich im Länderkreis und im Rahmen der Rechtsaufsicht gegenüber der Medienanstalt Sachsen-Anhalt.

Kultur

Werkleitz Gesellschaft e.V. - European Media Art Platform (EMAP)

Die Werkleitz Gesellschaft e.V. hat sich von einem Kunstverein aus Sachsen-Anhalt zu einer „renommierten Adresse für Medienkunst“ entwickelt. Werkleitz verwaltet die größte europäische Plattform für Medienkunst EMAP (European Media Art Platform), die sich auf Medienkunst konzentriert und von Creative Europe gegründet wurde. EMAP besteht neben Werkleitz als Organisator aus 14 ständigen Mitgliedern und einer jährlich wechselnden

internationalen Residenz-Gastorganisation. EMAP vernetzt eine Vielzahl an internationalen Partnern aus dem Bereich der digitalen und medialen Kunst. Zur Fortführung der 2018 erfolgreich gestarteten EMAP wurde 2025 ein neuer Antrag bei der Europäischen Union gestellt, um EMAP 2026-2029 in gewohnter Weise fortsetzen zu können. Die Planungen beinhalten einen Mitgliedertausch: Anstelle von m-cult in Helsinki wird das Meet Center in Mailand neues Mitglied werden. Zusammen mit den bisherigen 14 EMAP Mitgliedern wird das Meet Center 45 neue innovative kollaborative zweimonatige Stipendien-Produktionen in den Bereichen Kunst, digitale Medien, Technologie und Wissenschaft für insgesamt 90 bis 120 europäische Künstlerinnen und Künstler vergeben. Die Ergebnisse aller 45 Stipendienproduktionen werden evaluiert, dokumentiert und auf der Online-Plattform von EMAP veröffentlicht. Bis Ende 2029 soll die Anzahl der assoziierten Partner auf 200 steigen und damit eine hohe Verbreitung der produzierten Arbeiten gewährleisten.

Friedrich-Bödecker-Kreis e. V.

Der Friedrich-Bödecker-Kreis in Sachsen-Anhalt e. V. (FBK) hat sich seit seiner Gründung 1990 der Leseförderung und Literaturvermittlung für Kinder und Jugendliche verschrieben. Mit seinen vielfältigen Lese- und Schreibangeboten versucht er Heranwachsenden den natürlichen und alltäglichen Umgang mit Literatur zu erleichtern und sie für Bücher zu begeistern. Dies erfolgt unter enger Einbindung der Kinder- und Jugendbuchautorinnen und -autoren des Landes. Einmal im Jahr lädt der Landesverband zusätzlich internationale Schriftstellerinnen und Schriftsteller nach Sachsen-Anhalt ein. Während der interkulturellen Woche werden sie auch im Jahr 2026 erneut im Rahmen des FBK-Lesefestivals „InterLese“ auf Kinder, Jugendliche und Erwachsene treffen, ihnen ihre Werke vorstellen und den gemeinsamen Austausch suchen. Über das Gespräch mit den internationalen Autorinnen und Autoren erhält das Publikum die Möglichkeit, ein tieferes Verständnis für andere Kulturen und Länder zu entwickeln und die eigenen Denkmuster zu erweitern. Das Lesefestival „InterLese“ trägt somit auch zur Verständigung und Demokratiestärkung im Land bei.

Stiftung Moses Mendelssohn Akademie Halberstadt mit dem Berend Lehmann Museum für jüdische Geschichte und Kultur

Die nationale und internationale fachliche Vernetzung ist ein wichtiges Ziel der Moses Mendelssohn Akademie (MMA) und des Berend Lehmann Museums. Im Jahr 2026 wird das Museum erneut an der internationalen Jahrestagung der Association for European Jewish Museums (AEJM) teilnehmen. Ein Antrag auf offizielle Aufnahme in die AEJM ist gestellt. Im Sommer werden Studierende der European Heritage Volunteers zum neunten Mal einen Trainingskurs in Halberstadt absolvieren und die Restaurationsarbeiten

fortsetzen. Die MMA ist seit mehreren Jahren Gastgeberin der internationalen Sephardic Summer School, die Teilnehmende aus ganz Europa nach Halberstadt führt und deren Konzept 2026 die Einbindung noch breiterer Beteiligungsgruppen vorsieht.

Am 13. September findet der Tag der offenen jüdischen Häuser statt, zu dem jährlich auch internationale Gäste aus ehemaligen jüdischen Familien in Halberstadt erwartet werden. Darüber hinaus sind über das gesamte Jahr 2026 verteilt vielfältige Veranstaltungen im Berend Lehmann Museum geplant, zum Teil mit internationalen Gästen.

Moses Mendelssohn Gesellschaft Dessau e. V.

Schon seit 2007 sind Studenten der Miami University Oxford aus Ohio (USA) im Rahmen eines Intensivkurses zur Erlernung der deutschen Sprache (Sommersemester) regelmäßig Gäste der Dessauer Moses Mendelssohn Gesellschaft e. V. (MMG). Diese Zusammenarbeit soll 2026 fortgesetzt werden. Für das einwöchige Besuchsprogramm sind durch die MMG u.a. geplant: ein geselliger Begrüßungsabend, Besuche in kulturellen und wissenschaftlichen Einrichtungen in Dessau-Roßlau und Umgebung (Synagoge Wörlitz, Bauhaus, Museum für Stadtgeschichte, Gemäldegalerie im Georgium, Stadtarchiv, Umweltbundesamt u.a.), Erfahrungsaustausch mit Dessauer Gymnasiasten.

Darüber hinaus pflegt der Verein seit vielen Jahren Kontakte zu Nachkommen Dessauer Juden in Israel, den USA, Australien, England und weiteren Staaten. Die MMG informiert über ihre Rechercheergebnisse zur Familiengeschichte, zu Grabstätten auf dem Jüdischen Friedhof u.a.m. Auch diese Tätigkeit wird der Verein 2026 fortsetzen.

Museum Synagoge Gröbzig

Einen Schwerpunkt der Arbeit des Museums Synagoge Gröbzig bildet weiterhin die Erforschung der Geschichte der jüdischen Gemeinde im Ort sowie der intensive Kontakt mit Nachfahren der ehemaligen jüdischen Einwohnerinnen und Einwohner Gröbzigs in aller Welt. Diese leben insbesondere in Israel und Amerika. Dank der Bewilligung des Projektes "Dokumentation der jüdischen Friedhöfe in Sachsen-Anhalt" kann bis zum Sommer 2026 eine digitale Dokumentation aller jüdischen Friedhöfe und Grabsteine des Landes Sachsen-Anhalt erfolgen. Auf diese Weise bekommen auch die Nachfahrinnen und Nachfahren einen Zugriff auf diese Daten. Besonders enge Kontakte wurden in den letzten Jahren bereits zu Nachfahren in Israel, Amerika, Kanada und Australien geknüpft, die auf diese Weise vertieft werden können.

Landesamt für Denkmalpflege und Archäologie

Die kommende Sonderausstellung im Landesmuseum für Vorgeschichte Halle „Die Schamanin“ (27.03. – 01.11.2026) wird neben der international bekannten Bestattung der

Schamanin von Bad Dürrenberg, die zu den bedeutendsten Fundkomplexen in der Sammlung des Landesmuseums gehört und deren Lebenswelt im Mittelpunkt der Schau stehen wird, auch zahlreiche wissenschaftlich hochrangige internationale Leihgaben zeigen. 36 Sammlungen in 15 Ländern (Dänemark, Deutschland, England/UK, Estland, Finnland, Frankreich, Israel, Italien, Lettland, Niederlande, Polen, Schweden, Serbien, Spanien, Tschechien) haben zugesagt, die Ausstellung als Leihgeber zu unterstützen.

Daneben ist das Landesmuseum für Vorgeschichte weiterhin am European Exhibitions Network beteiligt, dem insgesamt zehn größere europäische Museen aus Belgien, Dänemark, Deutschland, Liechtenstein, den Niederlanden, Österreich, Spanien und Wales angehören und dessen Mitglieder sich im Rahmen jährlicher Treffen an wechselnden Mitgliedsorten zu Ausstellungen, der gegenseitigen Unterstützung durch Leihgaben austauschen. Ziel des Netzwerks ist es, durch internationale Kooperationen und in Ausstellungen zu Archäologie, Kunst und Geschichte ein tieferes Verständnis und gemeinsame Wertschätzung vergangener und heutiger Kulturen zu erreichen. Die gegenseitige Unterstützung bei großen Wechselausstellungen in den jeweiligen Häusern unterstreicht diesen Anspruch. So zeigte die bislang größte Ausstellung zur Frühbronzezeit auf der iberischen Halbinsel im Museo Arqueológico Provincial de Alicante (MARQ) im Jahr 2024 „Dinastías. Los primeros reinos de la Europa prehistórica“ („Dynastien. Die ersten Königreiche im vorgeschichtlichen Europa“) zahlreiche hochkarätige Funde aus dem Sammlungsbestand des Landesmuseums für Vorgeschichte. An der umfangreichen Begleitpublikation waren Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler des LDA beteiligt. Für 2026 ist eine Ausstellung über Bernstein im Drents Museum in Assen geplant, an der sich das Landesmuseum für Vorgeschichte mit Leihgaben beteiligen wird.

Überregionale Vernetzung mit verschiedenen Regionen und Institutionen Deutschlands und Europas besteht ferner im Rahmen der Europäischen Straße der Megalithkultur Megalithic Routes, die Mitglieder aus Dänemark, England, Deutschland, den Niederlanden, Portugal, Spanien und Schweden miteinander verbindet. Ihr Ziel ist es, auf die überragende Bedeutung der Megalithkultur in Europa aufmerksam machen.

Im Bereich der Archäologie arbeitet das Landesamt für Denkmalpflege und Archäologie daneben mit verschiedenen internationalen Wissenschaftlerinnen, Wissenschaftlern und Institutionen zusammen, insbesondere etwa in Armenien oder auch mit der Autonomen Universität Barcelona in Spanien, mit der das Landesamt für Denkmalpflege und Archäologie durch einen intensiven wissenschaftlichen und personellen Austausch, unter anderem im Rahmen eines ERC Advanced Grant zur europäischen Frühbronzezeit, verbunden ist. Weitere Projekte des laufenden und kommenden Jahres, an denen internationale Forscherinnen und Forscher beteiligt sind, stellen die Untersuchungen der Schamanin von Bad Dürrenberg und der Grablege Ottos des Großen dar.

Ein weiteres Tätigkeitsfeld des Landesamts für Denkmalpflege und Archäologie mit europäischer Perspektive stellt das Grüne Band dar. So werden neben der kontinuierlichen Erfassung der Zeugnisse der einstigen innerdeutschen Grenze mit der Expertise der Bau- und Bodendenkmalpflege sowie der Landesgeschichte in Sachsen-Anhalt im länderübergreifenden Austausch, als einziges beteiligtes Bundesland mit interdisziplinärem Ansatz, die Einordnung in den europäischen Kontext und die Prüfung im Hinblick auf deren Tauglichkeit für eine Aufnahme ins UNESCO-Welterbe thematisiert. Im Rahmen des erforderlichen Preliminary Assessment für die Aufnahme des bedeutenden Pretziener Wehrs auf die Welterbeliste ist für 2026 eine internationale und interdisziplinäre Tagung mit Fachleuten entsprechender historischer Forschungsgebiete und unter Einbeziehung beteiligter internationaler Institutionen wie ICOMOS, TICCIH, IUCN, Wassertechnischen Gesellschaften und anderen vorgesehen. Ebenso wird die Weiterverfolgung des zweiten Baudenkmals, das sich auf der Tentativliste befindet - die Franckeschen Stiftungen in Halle - von der Abteilung Bau- und Kunstdenkmalpflege am LDA denkmalfachlich begleitet. Auch hier steht der Nachweis des außergewöhnlichen universellen Wertes im Vordergrund.

Franckesche Stiftungen

Seit 2016 unterhalten die Stiftungen ein eigenes Forschungsstipendienprogramm. In den vergangenen Jahren sind Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler aus Deutschland sowie siebzehn weiteren Staaten (Ost- und Westeuropa, USA und Kanada, Neuseeland und Australien, sowie Indien) gefördert worden. Das Erfolgsprojekt steht auf fünf Säulen:

- Neu 2025 ist ein Langzeitstipendium (6-10 Monate) für die Entwicklung innovativer Forschungsprojekte, mit Budget für einen interdisziplinären Workshop am Ende Dreimonatige Stipendien für Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler (PostDocs)
- Dreimonatige Stipendien für Nachwuchswissenschaftlerinnen und Wissenschaftler (Promotion)
- »Residenzprogramm für den wissenschaftlichen Nachwuchs«
- »Scholars in Residence« für erfahrene Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler, um in konzentrierter Atmosphäre vor Ort eingebunden im aktiven interdisziplinären Wissensaustausch zu arbeiten.

Seit 2016 sind 92 Forschungsprojekte aus 17 Ländern gefördert worden. Hier wird die Pietismusforschung direkt an die internationalen, wissenschaftlichen Diskurse angebunden. Für das Stipendienprogramm 2026 laufen bis zum 15. Oktober 2025 die Bewerbungen. Für 2026 sind sechs-sieben Kolloquien sowie ein Workshop mit internationaler Beteiligung im Rahmen des Stipendienprogramms geplant.

Vom 09. bis 11. April 2026 findet in den Franckeschen Stiftungen die internationale und interdisziplinäre Tagung des Netzwerks der Deutschen Forschungsgesellschaft „Die

Mobilität religiöser Dinge. Devotionale und sakrale Objekte der frühneuzeitlichen Welt“ statt. Auf der Tagung werden Themen der Objekt-, Materialitäts- und Sammlungsgeschichte in globaler Perspektive verhandelt. Es werden Vortragende und Teilnehmende aus ca. acht Ländern erwartet. In Anknüpfung an die pietistischen Missionsaktivitäten des 18. Jahrhunderts in Südindien wurden Heinrich Julius Berger (1800–1845) und Johann Michael Carl Hupe (1818–1861) als Missionare über das Rheinische Missionswerk nach Borneo entsandt. Ihr Auftrag lautete u.a. ausdrücklich auch Objekte zu akquirieren und nach Halle zurückzusenden. Für diese Objekte wurde ein eigener Ausstellungsschrank in der Kunst- und Naturalienkammer angefertigt. In diesem sowie in den Außenbereichen an den Wänden werden ca. 110 Objekte aus Borneo gezeigt, die in den 1840er Jahren nach Halle gesandt worden sind.

In einem vom Deutschen Zentrum Kulturgutverluste geförderten Projekt sollen die Provenienzen der Objekte analysiert, ihre ursprünglichen Zwecke bestimmt bzw. vorliegende Angaben dazu überprüft und erweitert werden. Zudem kommen die Darstellung der Herkunftsgesellschaften sowie die Frage in den Blick, ob die Menschen auf Borneo selbst zu Wort kamen, ob ihre Stimme hörbar wurde und wenn ja, in welcher Form und in welchem Duktus dies geschah? Eine Zusammenarbeit mit Institutionen insbesondere der Region Sarawak ist geplant. Im Frühjahr 2025 fand ein digitaler Workshop statt, bei dem Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler sowie Kuratorinnen und Kuratoren aus Asien, Europa und Deutschland die Objekte in der Sammlung des Waisenhauses vergleichend diskutierten. Diese Vernetzung soll in 2026 fortgesetzt werden durch einen Tagungsbericht in einem wissenschaftlichen Fachjournal der Universität Sarawak (Open Access) und durch ein digitales Folgetreffen, das unter Federführung der Kuratorin vom British Museum in Planung ist.

1706 startete im südindischen Tharangambadi die erste protestantische Mission (Dänisch-Hallesche Mission), die über 150 Jahre von den Franckeschen Stiftungen mit vielen Merkmalen eines Dialoges zwischen den Kulturen betreut wurde. In der Diskussion um die Herkunft von Kulturgut initiierten die Stiftungen 2017 mit indischen und deutschen Partnern in den historischen Gebäuden der Missionsstation ein Museum zur Geschichte des interkulturellen Austauschs zwischen Indien und Europa, das von der Tamil Evangelical Lutheran Church (TELC) geführt wird. 2026 wird die Zusammenarbeit fortgeführt. Im Mittelpunkt wird die Einführung der neuen Direktorin der Franckeschen Stiftungen, Dr. Marianne Schröter, stehen. Auf dem Gelände der historischen Missionsstation in Tharangambadi konnte die Prayer Hall gesichert und als Veranstaltungsraum wiederhergestellt werden. Gemeinsam mit der TELC und dem Museumsdirektor Dr. Samuel Manuel wird die Möglichkeit, der Einrichtung einer Bibliothek in dem Gebäude, geprüft. Der Zugang zu mit der Geschichte der Dänisch-Halleschen Mission verbundenen Themen wie

Pädagogik, Geschichte oder Religion ist sowohl für die ländliche Bevölkerung als auch für die Besuchenden des Museums ein wichtiger Baustein in der Vermittlungsarbeit. In Planung ist die Präsentation des Buches von Prof. Dr. Daniel Jeyaraj zu Christian Friedrich Schwartz (1726–1798), das 2025 im Verlag der Franckeschen Stiftungen erschien. Der Missionar der Dänisch-Halleschen Mission ist als Lehrer des Königs von Thanjavur, Serfoji II. (1777–1832) bekannt geworden.

Seit über 300 Jahren verbindet die Franckeschen Stiftungen in Halle eine gemeinsame Geschichte mit der Jesuskirche der evangelisch-augsburgischen Gemeinde in Cieszyn.

Gemeinsam mit der evangelisch-augsburgischen Gemeinde in Cieszyn sowie mit polnischen, slowakischen, tschechischen und deutschen Wissenschaftlerinnen, Wissenschaftlern und Museumsfachleuten wird in einer viersprachigen Wanderausstellung mit 20 Bild- und Texttafeln, einem mehrsprachigen Begleitheft dieses Gemeinschaftswerk des 18. Jahrhunderts aus unterschiedlichen Perspektiven vorgestellt. Die Eröffnung ist für Mai 2026 in Cieszyn vorgesehen. Interaktive Stationen öffnen das Fenster in die Gegenwart und beziehen aktuelle Fragen ein, was weiß ich heute über andere und was ist mir für die Zukunft wichtig.

Im Anschluss an die internationale und interdisziplinäre Tagung zur Geschichte frühneuzeitlicher Schulbauten (2022/Buchpublikation 2024) ist eine Kooperation mit der Tschechischen Akademie der Wissenschaften, Sektion Geschichte, in Planung. Auf Einladung des Vizepräsidenten Prof. Dr. Martin Holý werden Dr. Thomas Grunewald und Prof. Dr. Holger Zaunstöck im April 2026 die Akademie besuchen und einen öffentlichen Abendvortrag über die internationalen Ebenen der Geschichte der Stiftungen im 18. Jahrhundert und heute mit besonderem Augenmerk auf die historisch böhmisch-mährischen Territorien halten. Zudem sind Besuche im Archiv sowie dem Kloster Strahov geplant, um neue Kooperationen zu knüpfen.

Die Franckeschen Stiftungen haben 2020 gemeinsam mit dem Teylers-Museum in Haarlem (Niederlande) und dem Museum für Anthropologie und Ethnographie Peter der Große – Kunstkamera in St. Petersburg (Russland) die »Alliance of Early Universal Museums« gegründet. Die Zusammenarbeit mit dem Gründungspartner in Russland wurde allerdings im Zuge des russischen Angriffskrieges auf die Ukraine eingefroren. Die Idee zur Gründung der Allianz basiert auf dem Wissen, dass die frühmodernen universalen Sammlungen in Europa auf vielfältige Weise miteinander verbunden waren und heute eine besondere Stellung in der Museumslandschaft einnehmen. 2026 laden die Esterházy Stiftungen in die Schatzkammer auf die Burg Forchtenstein in Österreich ein. Auf dem Treffen werden die Direktorinnen und Direktoren Frühmoderner Universalsammlungen aus Deutschland, Großbritannien, den Niederlanden und Österreich die länderspezifischen Herangehensweisen an aktuelle Fragen der Museumsarbeit für diese besonderen

Sammlungen diskutieren, darunter die Präsentation, das Besucherwesen und die Finanzierung sowie die Forschung, Bewahrung und Zukunftsperspektiven der Sammlungen. Zwischen 1650 und 1750 hatten Waisenhäuser, in denen seit dem Mittelalter Kinder unter 16 Jahren ohne Eltern lebten, ihre Hochphase. Bedeutend war die pietistisch geprägte Gründung August Hermann Franckes 1698 in Glaucha. Der „Waisenhausstreit“ der 1760/70er-Jahre führte vielfach zur Auflösung und zur Unterbringung der Kinder in Pflegefamilien. Als Ergebnis der gleichnamigen Tagung in 2024 erscheint im Januar 2026 der Tagungsband *Waisenhäuser im frühneuzeitlichen Zentraleuropa*, herausgegeben von Jutta Baumgartner, Martin Scheutz, Alfred Stefan Weiß, Holger Zaunstöck. Wien 2025, eine Veröffentlichung des Instituts für Österreichische Geschichtsforschung in Kooperation mit den Franckeschen Stiftungen.

In einem gemeinschaftlichen Editionsprojekt der Franckeschen Stiftungen mit der Georgia Salzburger Society, Savannah (Georgia), und Prof. em. Russel Kleckley, South Carolina, ist 2025 im Verlag der Franckeschen Stiftungen in der Reihe „Hallesche Quellenpublikationen und Repertorien“ eine zweisprachige kommentierte Ausgabe von sechs Tagebuchfragmenten des ersten lutherischen Pfarrers von Ebenezer, Johann Martin Boltzius (1703-1765) aus den Jahren 1746, 1757, 1759 und 1763 erschienen.

Als Anschlussprojekt ist die englischsprachige Edition der Briefe von drei weiteren Pastoren der Salzburger Emigrantengemeinde Ebenezer geplant, die wiederum in Kooperation mit der Georgia Salzburger Society und Prof. Kleckley erarbeitet wird. Der Projektzeitraum umfasst vier Jahre. Die Publikation ist für Ende 2029 vorgesehen. Die Korrespondenzen, die hier erstmals veröffentlicht werden, widerspiegeln die Ereignisse in Georgia während der Zeit der Amerikanischen Revolution und zeigen die Auswirkungen der Unabhängigkeitsbestrebungen auf die Lutheraner in dieser britischen Kolonie.

2026 jährt sich in den USA die Veröffentlichung der Unabhängigkeitserklärung zum 250. Mal. Bei einem Besuch bei Partnern der Franckeschen Stiftungen u.a. in Savannah (Georgia) Washington DC und Philadelphia (Pennsylvania) werden konkrete gemeinsame Vorhaben für das Jubiläum besprochen. In den letzten Jahrzehnten hat das internationale und interdisziplinäre Interesse am Halleschen und Herrnhuter Pietismus deutlich zugenommen. Studien zeigen, dass ihre Geschichten eng verwoben sind – regional wie interkontinental. Forschungsansätze beider Felder beeinflussten sich gegenseitig, eine umfassende internationale und interdisziplinäre Vergleichsperspektive fehlte jedoch weitgehend. 2026 wird ein Tagungsband, der in Kooperation mit der Evangelisch-Theologischen Fakultät der Johannes Gutenberg-Universität Mainz, dem Interdisziplinären Zentrum für Pietismusforschung und der Theologischen Fakultät der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg sowie mit den Moravian Archives, Bethlehem (USA) im Verlag

der Franckeschen Stiftungen (Hallesche Forschungen) erscheinen wird, diese Lücke schließen.

Kulturstiftung Sachsen-Anhalt

2026 gibt es im Kunstmuseum Moritzburg Halle (Saale) verschiedene Projekte mit internationaler Ausrichtung und Verbindung. So wurde seit 2023 gemeinsam mit dem Kunsthaus Zürich in der Schweiz eine Ausstellung erarbeitet, die die letzten Schaffensjahre des bedeutenden Bildhauers der Moderne, Wilhelm Lehmbruck (1881–1919) erstmals aufarbeitet und thematisiert. Grundlage für das Projekt sind die eigenen Bestände beider Museen sowie umfangreiche Leihgaben aus dem Lehmbruck Museum in Duisburg und dem Nachlass des Künstlers. Die Ausstellung findet vom 24. Oktober 2025 bis 18. Januar 2026 in Zürich und vom 27. März bis 28. Juni 2026 in Halle (Saale) statt. Für den Sommer/Herbst 2026 (02. August bis 25. Oktober 2026) wird eine Retrospektive zum Werk von Edmund Kesting (1892–1970) vorbereitet, die in zweiter Station in der französischen Partnerstadt von Halle (Saale), Grenoble, gezeigt werden soll. Die deutsch-französische Zusammenarbeit findet vor dem Hintergrund des 50. Jubiläums der Städtepartnerschaft im Herbst 2026 statt. Darüber hinaus laufen die Vorbereitungen von Projekten, die 2027 realisiert werden sollen, wobei es um Kooperationen mit internationalen Partnern in Italien, Frankreich und Großbritannien geht.

Unabhängig von den Ausstellungsprojekten ist das Kunstmuseum des Landes Sachsen-Anhalt auch 2026 mit hochkarätigen Werken aus seinen Sammlungen Leihgeber für verschiedene internationale Ausstellungen, u. a. in den Niederlanden und Norwegen.

Aus Anlass des 20-jährigen Bestehens der Partnerschaft Sachsen-Anhalts mit der Region Centre-Val de Loire reisten im Oktober 2024 Ministerpräsident Dr. Reiner Haseloff mit einer Delegation und Umweltminister Prof. Dr. Armin Willingmann in die Partnerregion. Eine kleine Besetzung von BACHS ERBEN begleitete dieses Jubiläum durch ein Konzert, seitdem entwickelt sich eine Zusammenarbeit im Bereich Alte Musik mit dem „Ensemble Consonance“ aus Tours/Orleans. Nach Projekten in Michaelstein und Jerichow 2025 ist beabsichtigt, diese Kooperation für junge Musizierende im Jahr 2026 fortzuführen, beispielsweise mit einem gemeinsamen Konzert von Mitgliedern beider Ensembles in Tours. Das EUBO, European Union Baroque Orchestra, wird vom 6. bis 10. September 2026 zum 21. Mal in jährlicher Folge in Michaelstein zu einer Probenphase mit Konzert erwartet. Dabei soll die Verbindung zum Jugendbarockorchester Michaelstein BACHS ERBEN intensiviert und längerfristig ausgebaut werden. Es ist geplant, die Förderung ausgewählter Mitglieder von BACHS ERBEN von einer Beteiligung am EUBO in Michaelstein auf die anschließende Konzertphase in Europa auszuweiten. In einem vom EUBO bei der EU beantragten internationalen Kooperationsprojekt wird dieser musikalisch

und zwischenmenschlich bereichernde Austausch in einem grenzüberschreitenden Lernumfeld in Aussicht gestellt. Projekte des EUBO mit BACHS ERBEN sind Beiträge der Musikakademie, sowohl für junge Talente als auch für das Publikum den Zugang zum gemeinsamen europäischen barockmusikalischen Erbe nachhaltig zu fördern. Im Herbst ist erneut die International Singer Academy Michaelstein vorgesehen, vom 14. bis 20. September 2026 werden dazu angehende Sängerinnen und Sänger aus aller Welt erwartet. Innerhalb der Michaelsteiner Konferenzen wird sich das 40. Musikinstrumentenbau-Symposium vom 13. bis 15. November 2026 der Thematik „Die Spitzharfe – Geschichte, Bauweise und Instrumente“ widmen. Wiederum werden international renommierte Wissenschaftler, Instrumentenbauer und Musiker voraussichtlich aus Belgien, Dänemark, Frankreich, Großbritannien, Italien, Litauen, Italien, Schweden und den USA am Diskurs beteiligt sein. Die Arbeits- und Tagungsmöglichkeiten im Kloster werden zudem von international tätigen Veranstaltern genutzt, beispielsweise vom Internationalen Arbeitskreis für Musik e.V. Mit dem Ziel, die langjährigen städtepartnerschaftlichen Beziehungen zwischen Blankenburg (Harz) und der polnischen Stadt Ostrzeszów (Woiwodschaft Großpolen) durch gemeinsame kulturelle Impulse weiter zu vertiefen, ist ein kultureller Beitrag der Partnerstadt zum Michaelsteiner Klosterfest 2026 im Gespräch.

Kulturstiftung Dessau-Wörlitz

Die Kulturstiftung Dessau Wörlitz setzt auch 2026 diverse internationale Aktivitäten um. So ist im ersten Quartal 2026 in Kooperation mit dem Kunsthistorischen Institut der Universität Wien/Österreich die Veröffentlichung der englischsprachigen Publikation „Placing China at the Courts of Europe 1700-1800“ vorgesehen. In diesem Buch veröffentlicht die Stiftung die Ergebnisse der gleichnamigen internationalen Fachtagung, die 2024 in Wörlitz stattfand. Im April 2026 startet das von der Deutschen Forschungsgemeinschaft (DFG) geförderte Projekt „Erbe wahrnehmen. Oranische Gemälde in Anhalt-Dessau“. Das Projekt dient der Erforschung des einzigartigen Konvoluts flämischer und holländischer Malerei im UNESCO-Welterbe Gartenreich Dessau-Wörlitz. Dieses besondere kulturelle Erbe soll kunsttechnologisch untersucht, wissenschaftlich erschlossen und für zukünftige Generationen transparent gemacht werden. Hier wird es auch zu einer Zusammenarbeit mit internationalen Partnern kommen, etwa mit den Königlichen Sammlungen der Niederlande. Auch die Ausschreibung der Projektstellen erfolgt international. Im Rahmen der Umsetzung des Masterplans Bau- und Gartendenkmalpflege im Gartenreich Dessau-Wörlitz wird derzeit das Gelbe Haus in Wörlitz saniert und mit einem Ergänzungsgebäude versehen. In dem Ensemble wird ein UNESCO-Welterbebesucherzentrum entstehen. Zum Thema „Kunst am Bau“ im neuen Gebäudeteil wird es 2026 einen europaweiten Wettbewerb geben.

Die Kulturstiftung Dessau-Wörlitz bleibt im Netzwerk „Royal Residences“ aktiv. Das Netzwerk der europäischen königlichen Residenzen ist ein Verein, der verschiedene Paläste, Burgen und königliche Residenzen in Europa zusammenbringt. Im Jahr 2026 wird die Stiftung über den Mobility Grant 1 bis 2 Mitarbeitende zu Partnerinstitutionen entsenden. Des Weiteren verleiht die Kulturstiftung Dessau-Wörlitz Kunstwerke aus ihren Sammlungen – europaweit. Im Jahr 2026 etwa geht eine Leihgabe nach Krakau/Polen – an das Königliche Schloss auf dem Wawel.

Für 2026 plant die Kulturstiftung Dessau-Wörlitz zudem ein Projekt zur Aktivierung der Georg Forster-Dauerausstellung in Schloss Wörlitz. Hierzu ist eine Zusammenarbeit von hiesigen Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern, Kunstschaaffenden und Vermittelnden sowie mit Vertreterinnen und Vertretern aus Tonga im Südpazifik geplant.

Kunststiftung des Landes Sachsen-Anhalt

Die Kunststiftung plant im Rahmen ihres internationalen Stipendiatenprogramms Arbeitsstipendien nach Island und Rom zu vergeben. Das Stipendium in Rom wird in Kooperation mit der Casa di Goethe ausgeschrieben und dient u.a. dazu den Nachlass des Künstlers Max Pfeiffer Watenpuhl zu erforschen, der in der Toscana liegt. Max Pfeiffer Watenpuhl ist wahrscheinlich der einzige Bauhauskünstler der in Sachsen-Anhalt, Weferlingen, zur Welt gekommen ist und seine Kindheit hier verbrachte. Für beide Stipendien sind im Anschluss Ausstellungen in Halle (Saale), in Island und in Italien geplant.

Stiftung Bauhaus Dessau

Die Stiftung Bauhaus Dessau wird auch im kommenden Jahr ihre internationalen Programme sowie Zusammenarbeiten fortführen. Das kommende Jahr wird besonders durch die Jubiläumsfeierlichkeiten zu „An die Substanz. Bauhaus Dessau 100“ geprägt sein. Das von der Stiftung Bauhaus Dessau jährlich angebotene internationale Bildungsprogramm Bauhaus Lab richtet sich an junge Gestalterinnen/Gestalter, Forscherinnen/Forscher, Künstlerinnen/Künstler und Kuratorinnen/Kuratoren. Das Bauhaus Lab ist ein experimentelles Format der Verknüpfung von Erforschen und Exponieren ausgewählter Gegenstände moderner Gestaltung.

Das Bauhaus Lab 2026 setzt sich im Jubiläumsjahr mit der Rolle des ikonischen Bauhausgebäudes bei der Formierung der Architekturgeschichte der Moderne auseinander. Die internationalen Teilnehmenden des Bauhaus Labs untersuchen den Prozess der Herausbildung dieses Geschichtsbildes in Publikationen, Akteursnetzwerken, Wanderungsbewegungen, Medien und Institutionen. Die Eröffnung des Bauhausgebäudes 1926 sowie die Wiedereröffnung 1976 formen den Rahmen, innerhalb derer sich auch die Bezugnahmen und Erzählungen über das Bauhaus als Architekturmoderne international

verändert haben. Die Ergebnisse des Bauhaus Labs werden in einer Ausstellung im Bauhaus Museum Dessau im Rahmen der Festspiele „Ein Gebäude tritt auf“ zum 4. Dezember 2026 präsentiert.

Im Rahmen des Bauhaus Open Studio Programms sind für das Frühjahr 2026 Kooperationen mit folgenden internationalen Hochschulen geplant: Istanbul Technical University, Fachbereich Industrial Design und der Akademie der Bildenden Künste Warschau, Fachbereich New Media. Unter dem Titel Schulen des Aufbruchs hat die Stiftung Bauhaus Dessau einen digitalen Atlas entwickelt, der Forschungen zu den globalen Wechselbeziehungen des Bauhauses mit Reformprojekten in der Gestaltungslehre im 20. Jahrhundert zusammenführt. Statt vom „Einfluss“ des Bauhauses und vom Bauhaus als „Zentrum“ mit Bewegung in die außereuropäische „Peripherie“ auszugehen, macht der digitale Atlas die vielfältigen Verflechtungen und Parallelentwicklungen sichtbar. Schulen des Aufbruchs richtet sich an Studierende, Lehrende, Kuratorinnen und Kuratoren sowie Bauhausforscherinnen und Bauhausforscher. Auf der Plattform können sie Inhalte editieren und eigene Recherchen ergänzen. Der Atlas kommt neben der offenen Anwendung auch in den Bildungsprogrammen der Akademie der Stiftung Bauhaus Dessau zum Einsatz.

Im Jahr 2026 werden internationale Autorinnen und Forscherinnen aus Brasilien, Großbritannien, Polen und Deutschland weitere Katalogeinträge, Fallstudien und Archivmaterialien für den Digitalen Atlas erstellen. Darüber hinaus ist die erneute Herausgabe eines e-Journals geplant. Die e-Journale erscheinen jährlich zu einem wechselnden thematischen Konzept und sind auch als englischsprachige Publikationsreihe im Buchhandel erhältlich.

Das einjährige englischsprachige internationale Masterprogramm COOP Design Research vermittelt einen Überblick über aktuelle Diskurse und Ansätze in der Designforschung und führt die Studierenden an eine wissenschaftliche Reflektion gestalterischer Praktiken heran. Das Masterprogramm wird in Kooperation mit der Hochschule Anhalt und dem Exzellenzcluster Matters of Activity der Humboldt Universität Berlin durchgeführt. Die Kurse werden von Lehrenden der kooperierenden Institutionen sowie von internationalen Gastdozentinnen und Gastdozenten angeboten.

Als Sachsen-Anhalt Projekt ist im Rahmen – Gemeinsam für ein Neues Europäisches Bauhaus – in Verknüpfung mit dem Just Transition Fund der EU für einen sozial gerechten Übergang im Strukturwandel das Reallabor ZEKIWA ZEITZ im Weißenfelser Kohlerevier entstanden. Die Stiftung Bauhaus Dessau gehört dem Lenkungskreis dieses Langzeitvorhabens an und beteiligt sich federführend an Projekten zu kulturellen Transformationen und Bildung sowie einer Akteurs- und Planungswerkstatt. Folgend dem Grundprinzip des Bauhauses werden konkrete Aktivitäten vor Ort prototypisch in den Kontext des internationalen Handelns gesetzt. Hierfür entwickelt das Bauhaus Agenten-

Team generationsübergreifend mit schulischen und außerschulischen Bildungseinrichtungen in Zeitz Programme, um die Kreativität und den Forschergeist für neue berufsfördernde Chancen freizusetzen. Die Akteurs- und Planungswerkstatt erkundet mit Akteuren vor Ort und dem Wissen aus dem Reallabor Nutzungsperspektiven für das Areal ZEKIWA als neuem Wirtschafts- und Sozialraum, als Impulsgeber für eine lokale und ökologische Kreislaufwirtschaft. Parallel stellt ein internationales Summercamp in Dessau und Zeitz vom 29. Mai bis 7. Juli 2026 mit dem Thema „Materialkreisläufe und Ökosysteme“ den Bezug und Austausch mit vergleichenden Entwicklungen in anderen Kohlerevieren der EU im Kontext des Green Deal her.

Im Zuge des Sachsen-Anhalt Projekts für ein gemeinsames Neues Europäisches Bauhaus entwickelt die Akademie der Stiftung Bauhaus Dessau transdisziplinäre und kollaborative Bildungsformate, welche als wandernde und polyzentrische Struktur offen für neue Verbindungen sind. EU-weit vernetzt sie europäische Hochschulen für Gestaltung, die sich mit angewandten, regionalen Prozessen des Strukturwandels auseinandersetzen und initiiert einen Austausch für einen ökologisch wie sozial gerechten Übergang. Internationale Designforschende, Praktikerinnen und Praktiker sowie Aktivistinnen und Aktivisten treten mit lokalen Akteuren in einen aktiven Austausch, diskutieren und erproben Materialkreisläufe, neue Energiekonzepte und Ökosysteme.

Für die Ausstellung Soda | Linsen | Fluff, die am 12. Februar 2026 eröffnet wird, reisten die Künstlerin Antje Schiffers und der Künstler Thomas Sprenger an Orte, die mit der Produktion und Geschichte von Baustoffen und Bauweisen verbunden sind. Sie besuchten Zementanlagen, Flachglasfertigungen, Bergwerke, Chemiefabriken oder Museumsziegeleien in Sachsen-Anhalt, in Kuba und der Türkei. Ihr Projekt handelt von Kontinuitäten und strukturellen Brüchen, von den Auswirkungen der Entwicklungen auf die Menschen vor Ort, von Erinnerung, vom Umgang mit Verlusten und von neuen Chancen. Von ihren Reisen bringen Schiffers und Sprenger Bilder, Objekte, Geschichten mit, die sie im Bauhaus Museum Dessau zeigen. Die Ausstellung wird auf diese Weise zum Knotenpunkt eines räumlich und zeitlich ausgefalteten Projekts, das im Sommer 2024 begann. Die Ausstellungsarchitektur in Dessau präsentiert Artefakte etwa auf Holzregalen aus der Alten Ziegelei in Westeregeln, bis in die 1980er Jahre trockneten Ziegel auf diesen Regalen. Für die Ausstellung haben die Künstlerinnen und Künstler sie Stück um Stück abgebaut und nach Dessau gebracht. Nach Ende der Ausstellung werden sie in der Museumsziegelei wieder aufgestellt.

Die Ausstellung Algen | Schutt | CO₂ im ehemaligen Dessauer Kaufhaus Zeeck fungiert als eine „Musterausstellung“ für ästhetische und nachhaltige Gestaltung. Sie eröffnet am 28. März 2026. Sie zeigt disziplinübergreifende Forschungsansätze und kollaborative Arbeitsweisen, in denen menschliche und nicht-menschliche Akteurinnen und Akteure,

Disziplinen, Ökonomien, Wissensarten, Technologien, Material- und Stoffströme zusammenfinden. An der Jubiläumsausstellung Algen | Schutt | CO2 nimmt eine Vielzahl internationaler Künstlerinnen und Künstler, Forschende und Unternehmen teil.

Die umfangreiche Neuproduktion der Filmarbeit des dänischen Künstlerinnen-Duos Kirsten Astrup und Maria Bordorff wird im Jahr 2026 fertiggestellt. Sie ist Teil der ersten großen Einzelausstellung der Künstlerinnen in Deutschland, die im Bauhaus Museum Dessau zum Jubiläum unter dem Titel Gong | Schlag | Pfiff zu sehen sein wird. Die Arbeit ist eine unterhaltsame Spekulation über ein 7. Meisterhaus und beinhaltet einen Film mit eigens neukomponierter Musik, Bauhaus-Locations, Songs und verschiedenen Schauspielerinnen und Schauspielern, der als Mehrkanalinstallation im Wechselausstellungsraum gezeigt wird. In der Raumbühne des Museums entsteht im Rahmen dieser Ausstellung eine große raumübergreifende Skulptur-Installation. Die Realisierung dieser Kunstaussstellung wird u.a. durch eine sehr großzügige Förderung der Ny Carlsberg Stiftung und der Kunststiftung Dänemarks ermöglicht.

Die Ausstellung Projektionen | Versprechen | Echo wird ab dem 4. Dezember 2026 im Bauhaus Museum Dessau zu sehen sein. Die Ausstellung zeigt die Eröffnung des Bauhausgebäudes in Dessau am 4. Dezember 1926 als ein akribisch geplantes mediales Großereignis und verdeutlicht die Verpflichtung gegenüber einer demokratischen Öffentlichkeit, die von Transparenz und Offenheit getragen war, dessen Geist auch die Avantgardeschule teilte. Sie zeigt die Eröffnung mit über 1.500 Gästen, einer Festwoche, Ausstellungen, Filmvorführungen und Publikationen als ein Ereignis, das ähnlich der populären Ausstellungskultur der 1920er Jahre didaktisch und unterhaltsam die sozial-, wohn- und bildungspolitischen Errungenschaften in die breite Bevölkerung vermitteln wollte. Zudem verweist sie auf 1976, als das Bauhaus wieder sichtbar wurde und das Bauhauserbe im Kontext der veränderten Wirtschafts- und Sozialpolitik in der DDR neue Relevanz erhielt. Die Festspiele „Ein Gebäude tritt auf“ am 4. Dezember 2026 widmen sich mit Installationen, musikalischen Rundgängen, Gesprächen, Lesungen und performativen Aktionen zwei historischen Ereignissen, die die Öffentlichkeit des Bauhauses im Abstand von 50 Jahren prägten.

Das Haus Muche/Schlemmer wird 2026, wie bereits in den letzten Jahren, von internationalen Residency-Künstlerinnen und Künstlern genutzt werden. Darüber hinaus kann es in der Zeit, in der das Gebäude nicht bewohnt wird, besichtigt werden.

Der Fotograf Jürgen Beck, Schweiz, ist 2025 Residenzkünstler. Die angestrebte fotografische Serie wird sich mit den politischen, ästhetischen und psychologischen Implikationen von Wohnarchitektur im Kontext moderner Architekturgeschichte beschäftigen. Dabei ist das zentrale Motiv die Wohnarchitektur der Meisterhäuser und ihr

weiterer städtebaulicher und landschaftlicher Kontext. Die Ausstellung wird Ende Mai 2026 im Meisterhaus Gropius eröffnet werden.

Die Sammlung der Stiftung Bauhaus Dessau steht im kontinuierlichen fachlichen Austausch mit internationalen Institutionen, wie der Kuwasawa Design School Tokyo in Bezug auf mögliche Aktualisierungen von Elementen und Perspektiven der Pädagogik am Bauhaus, insbesondere der Bauhausbühne, zudem mit der Misawa-Bauhaus-Collection in Tokyo, in Bezug auf die Geschichte einzelner Bauhausobjekte, oder der Josef and Anni Albers Foundation in Bethany, USA, u.a. in Bezug auf das dort erarbeitete Werkverzeichnis von Josef Albers. Mit dem kontinuierlich fortschreitenden Digitalisierungsprogramm ihrer Sammlungsbestände leistet die Stiftung Bauhaus Dessau fortwährend einen Beitrag für die Deutsche Digitale Bibliothek (ddb) zur barrierefreien Bereitstellung des kulturellen Erbes und Wissens über die Grenzen von Europa hinweg.

Im Rahmen des Jubiläums „An die Substanz. Bauhaus Dessau 100“ setzt die Stiftung auch 2026 weiterhin die bereits im Jahr 2025 begonnenen Maßnahmen zur internationalen Besucheransprache um. Neben dem Ausbau von mehrsprachigen Führungen, barrierefreien Angeboten und digitalen Tools zur eigenständigen Erkundung der Bauhausorte werden touristische Inhalte aktiv über digitale und international zugängliche Kommunikationskanäle verbreitet.

Ein zentrales Vorhaben ist die Teilnahme an der Internationalen Tourismusbörse (ITB) in Berlin im März 2026, bei der auch im zweiten Jubiläumsjahr das Thema „Bauhaus Dessau 100“ präsentiert wird. Ziel ist es, neue Zielgruppen aus dem europäischen Ausland anzusprechen und Dessau als attraktives Reiseziel für Kulturinteressierte, Architekturfans und Städtereisende zu positionieren. Die Stiftung arbeitet hierbei eng mit dem Stadtmarketing Dessau-Roßlau und dem Landesmarketing Sachsen-Anhalt (IMG) zusammen, um abgestimmte Botschaften, Bildwelten und thematische Reiserouten zu kommunizieren. Begleitend zur Programmkommunikation 2026 wird die Pressearbeit weiterhin international gedacht. Vorgesehen sind gezielte Medienkooperationen, Pressereisen, sowie zweisprachige Pressematerialien und Hintergrunddossiers. Die Stiftung platziert ihre Inhalte zudem aktiv in europäischen Kultur- und Reisesegmenten, um die mediale Wahrnehmung des Bauhausstandorts Dessau im internationalen Raum zu stärken. Im Bereich Online-Marketing setzt die Stiftung 2026 auf ein integriertes Maßnahmenpaket aus Social Ads, Targeting-Kampagnen und redaktioneller Online-Kommunikation. Insbesondere über die marktführenden Plattformen wie Instagram und Facebook werden gezielt Nutzerinnen und Nutzer in benachbarten EU-Staaten angesprochen. Der Fokus liegt auf inspirierenden Geschichten rund um das Bauhaus-Jubiläum, Highlights des Besuchsprogramms sowie konkreten Reiseanlässen – etwa zur Eröffnung der Jubiläumsausstellungen am 28. März 2026, zum Bauhausfest unter dem Titel

„Salto, Takt, Form“ im September 2026 oder dem Bauhausgeburtstag am 4. Dezember 2026. Durch die enge Abstimmung mit Tourismuspartnern aus Stadt und Land wird eine sichtbare Präsenz auf internationalen Märkten sichergestellt.

Im Jahr 2026 plant die Stiftung Bauhaus Dessau die Veröffentlichung der dritten Staffel von „Bauhaus – der Podcast“, einem digitalen Vermittlungsformat mit wachsender Reichweite. Aufbauend auf den erfolgreichen ersten beiden Staffeln ist die Veröffentlichung für das zweite Halbjahr 2026 vorgesehen. Der Podcast wird auf gängigen Plattformen ausgespielt und ist somit auch außerhalb der Europäischen Union für Bauhaus-Interessierte abrufbar, er steht auf der Website der Stiftung Bauhaus Dessau auch als barrierefreies Transkript zum Download zur Verfügung.

Stiftung Gedenkstätten Sachsen-Anhalt

Die Stiftung Gedenkstätten beteiligt sich auch im Jahr 2026 an einer Vielzahl von internationalen Projekten und Aktivitäten. In der Gedenkstätte für die Opfer des KZ Langenstein-Zwieberge finden im Jahr 2026 die internationalen „Tage der Begegnung“ vom 10. bis zum 12. April statt. Diese sind seit 1991 mit Überlebenden und deren Angehörigen aus Europa, Australien und den USA zu einem festen Bestandteil der Arbeit der Gedenkstätte geworden. Da inzwischen keine Überlebenden mehr anreisen können, haben ihre Nachfahren die Aufgabe übernommen, während dieser Tage mit Jugendlichen ins Gespräch zu kommen, ihre eigene Auseinandersetzung mit der KZ-Haft ihrer Väter darzustellen und dadurch ein Nachdenken und eine eigene Beschäftigung der Jugendlichen mit dem Thema anzuregen.

Einige Nachkommen von ehemaligen Häftlingen treffen sich seit 1998 als eigenständige internationale „Gruppe der 2. Generation“ und bringen sich intensiv in die politische Bildungsarbeit der Gedenkstätte ein. Im November 2026 wird sich die Gruppe zu ihrem jährlichen Seminar in der Gedenkstätte treffen, in dessen Rahmen die Gruppe seit 2001 jedes Jahr thematische Anregungen für Gedenkaktionen entwickelt, die verschiedene Aspekte der Geschichte des KZ Langenstein-Zwieberge aufnehmen, die Vermittlung von historischen Fakten mit gegenwartsbezogenen Projekten verbinden und von Jugendlichen der Region kreativ umgesetzt werden. Gezeigt werden diese Aktionen jeweils im folgenden Jahr zu den öffentlichen Gedenkveranstaltungen anlässlich der „Tage der Begegnung“.

Aus der Initiative des ehemaligen Häftlings Louis Bertrand ist die Partnerschaft zwischen dem Landkreis Harz und dem Territoire de Belfort, Frankreich, entstanden. In ihrem Rahmen werden Junge Erwachsene aus beiden Regionen im Zuge beruflicher Reintegrationsmaßnahmen der Volkshochschule Blankenburg und des EPIDE (Établissement pour l'insertion dans l'emploi - Einrichtung zur Eingliederung in den

Arbeitsmarkt) Belfort bei der Pflege des Außengeländes der Gedenkstätte mitwirken sowie Bänke reparieren und weitere Reparaturen durchführen.

Die Gedenkstätte wirkt unter der Federführung des Mémorial de la Shoah, Paris, an dem von der Europäischen Kommission geförderten Projekt „Network of European Youths for Holocaust Remembrance (NESHAMA)“ mit. Zu dem Netzwerk gehören weitere Gedenkstätten in Kroatien, Griechenland, Frankreich und Polen. Im Rahmen dieses Projektes erarbeiten sich Jugendliche die Geschichte des Gedenkortes in ihrem Land im Kontext der nationalsozialistischen Verbrechen und präsentieren sie auf einer internationalen Jugendkonferenz. Gedenkstättenbesuche und virtuelle Zeitzeugengespräche sind ebenfalls Teil des Programms.

In der Gedenkstätte Feldscheune Isenschnibbe Gardelegen wird es voraussichtlich im Sommer 2026 in Zusammenarbeit mit dem Deutsch-Polnischen Jugendwerk (DPJW) und/oder dem Volksbund Deutsche Kriegsgräberfürsorge e.V. eine mehrtägige Jugendbegegnung geben. An diesem Treffen werden hauptsächlich Jugendliche und junge Menschen aus Deutschland und Polen teilnehmen. Die Gedenkstätte ROTER OCHSE Halle (Saale) eröffnete im Sommer 2024 die Wanderausstellung „Das Reichskriegsgericht 1936 bis 1945 – Nationalsozialistische Militärjustiz und die Bekämpfung des Widerstands in Europa“ im Stadtmuseum Halle (Saale). Die vom Bund und dem Land Sachsen-Anhalt finanzierte und mit Partnereinrichtungen in Polen, Frankreich, Belgien, Norwegen und Tschechien erarbeitete Ausstellung, soll 2026 an zwei Standorten in Norwegen (Oslo und Bergen) gezeigt werden.

Die Gedenkstätte engagiert sich in einem Netzwerk zur Erhaltung eines Mausoleums im Stadtteil Osendorf, das zu Beginn des 20. Jahrhunderts von Sinti erbaut wurde. In ein pädagogisches Projekt zur Geschichte des Mausoleums sind Nachfahren der Familien eingebunden, die in den Niederlanden leben.

Im Sommer 2026 wird ein seit 1997 regelmäßig vom Grenzdenkmalverein Hötensleben e.V. in Kooperation mit der Gedenkstätte Deutsche Teilung Marienborn und dem Landesbeauftragten zur Aufarbeitung der SED-Diktatur organisiertes Internationales Workcamp für junge Erwachsene stattfinden. Im Jahr 2025 kamen die elf Teilnehmenden am Workcamp unter anderem aus Spanien, Argentinien und Südkorea. Weiterhin melden sich in der Gedenkstätte eine große Zahl internationaler Gästegruppen, insbesondere aus den Niederlanden an.

Stiftung Luthergedenkstätten in Sachsen-Anhalt

Nach der Gründung einer Arbeitsgemeinschaft der Reformationsmuseen in Europa ist als ein erster Schritt in der Zusammenarbeit die Unterstützung einer Ausstellung zu Katharina von Bora im Luthermuseum Amsterdam vorgesehen. Die Stiftung sendet rund ein Dutzend

Leihgaben. Für das kommende Jahr ist eine Intensivierung der Zusammenarbeit mit dem Ziel, gemeinsame Projekte zu entwickeln und umzusetzen, vorgesehen.

Derzeit wird eine mögliche Kooperation mit dem Deutschen Kulturinstitut in Tartu, Estland, geprüft. Geplant ist ein gemeinsames Ausstellungsprojekt mit dem thematischen Schwerpunkt „Martin Luther und die deutsche Sprache“. Die Gespräche befinden sich in einem frühen Stadium, bieten jedoch vielversprechende Perspektiven für eine deutsch-estnische Zusammenarbeit im kulturellen und wissenschaftlichen Bereich.

Für die neue Dauerausstellung wird angestrebt, ein persönliches Statement des Papstes zu Martin Luther einzuholen, was der internationalen Ausstrahlung der Ausstellung und der Bedeutung des ökumenischen Dialogs besonderen Ausdruck verleihen soll. Ein geplanter Vortrag von Prof. Dr. Johann Chapoutot (Université Paris-Sorbonne), einem international anerkannten Experten für die Geschichte des Nationalsozialismus, zum Thema „Luther und die SS“ soll in Lutherstadt Wittenberg nachgeholt werden. Dieser Vortrag könnte zugleich den Auftakt zu einem langfristigen Kooperationsprojekt zwischen der Stiftung, der Sorbonne sowie der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg darstellen. Ziel wäre eine vertiefte wissenschaftliche Erforschung der Rolle der Lutherhalle während der Zeit des Nationalsozialismus.

Mit der renommierten Historikerin Prof. Dr. Lyndal Roper (University of Oxford) konnte der Beirat der Stiftung international gestärkt werden. Für das kommende Jahr ist eine weitere Internationalisierung des Gremiums vorgesehen, um die globale Perspektive auf die Reformation und ihre Rezeption noch stärker in die Stiftungsarbeit einzubinden.

Im Rahmen der internationalen wissenschaftlichen Tagung zum 500. Jubiläum des Erstdrucks einer Schrift in lettischer und estnischer Sprache, die im Jahr 2025 in Wittenberg unter Leitung lettischer und estnischer Wissenschaftler in Kooperation mit der Stiftung stattfinden wird, ist für das kommende Jahr die Veröffentlichung eines wissenschaftlichen Tagungsbandes geplant. Die Tagung versammelt Expertinnen und Experten aus mehreren europäischen Ländern und unterstreicht die Rolle Wittenbergs als Ort europäischer Erinnerung und Forschung.

Vereinigte Domstifter zu Merseburg und Naumburg und des Kollegiatstifts Zeitz

Nach einer ersten Reise in die chinesische Stadt Quinhuangdao werden die Aktivitäten im Hinblick auf eine Etablierung einer Städtepartnerschaft in 2026 fortgesetzt. Besonderer Schwerpunkt liegt auf der Verbundenheit der beiden UNESCO-Welterbe-Stätten, dem Naumburger Dom und der Großen Chinesischen Mauer. Beabsichtigt sind gegenseitige Ausstellungsprojekte und der Gegenbesuch der chinesischen Delegation im Herbst 2026 in Naumburg (Saale).

Auch der Kontakt zur Armenischen Partnerstadt Armavir wird in 2026 weiter ausgebaut, nachdem in 2025 der große Armenische Kreuzstein im Rahmen einer eindrucksvollen Zeremonie im Naumburger Domgarten aufgestellt und geweiht wurde.

Das Projekt der Ausstellung des Prager Domschatzes im Jahr 2027 wird in 2026 weiter vorbereitet. Die 56. Internationalen Merseburger Orgeltage 2026 sind schwerpunktmäßig dem Gastland Ungarn gewidmet. Renommiertere ungarische Organisten werden Werke ungarischer Komponisten erklingen lassen.

In Vorbereitung des Tausendjährigen Jubiläums des Naumburger Doms 2028 werden in diesem Jahr Kongresse in verschiedenen Bereichen vorbereitet, so die Ausrichtung des Meetings der Welterbestätten Deutschlands und der Jahrestagung der Arbeitsgemeinschaft der kirchlichen Museen und Schatzkammern in Deutschland, Österreich und der Schweiz sowie von interessierten kirchlichen Museen aus Südtirol, Ungarn, Belgien und den Niederlanden.

Industriekultur

Sachsen-Anhalt fördert im Rahmen der EU-Initiative Neues Europäisches Bauhaus (NEB) Projekte mit Schwerpunkt auf Industriekultur von 2025 bis Juni 2027. Bei den Projekten wird besonderes Augenmerk auf die Verbindung zwischen Industriekultur und nachhaltigen, ästhetischen und inklusiven Vorhaben gelegt. Gefördert werden investive und nicht-investive Vorhaben, die gemeinwohlorientierte Vorhaben mit Bezug zur Industriekultur im Mitteldeutschen Revier, also in den Landkreisen Anhalt-Bitterfeld, Burgenlandkreis, Mansfeld-Südharz, Saalekreis sowie in der Stadt Halle (Saale) stärken.

Online Kommunikation/Landesmarketing

Für 2026 sind nachfolgende Maßnahmen/Aktivitäten mit internationaler Ausrichtung geplant, die Umsetzung der Maßnahmen erfolgt fortlaufend:

- mehrsprachige Publikationen
- Landesportal: Ausbau der Vorlesefunktion in verschiedenen Sprachen
- Ausbau der Social-Media-Kanäle des Landes bei internationaler Ansprache in der jeweiligen Sprache
- weitere inhaltliche Fokussierung auf den weltoffenen, internationalen Charakter Sachsen-Anhalts

III.2 Ministerium für Arbeit, Soziales, Gesundheit und Gleichstellung

Jugend

Mit Blick auf die Chancen und Herausforderungen, die mit der zunehmenden kulturellen Vielfalt unserer Gesellschaften und der globalisierten Welt einhergehen, bleibt das nicht formale und interkulturelle Lernen durch die Teilnahme an europäischen und internationalen Jugendaustauschen ein bedeutsamer Beitrag, um bei jungen Menschen einen demokratischen Bürgersinn, ein europäisches Identitätsgefühl, ein Engagement für die Werte der EU sowie die Solidarität mit bedürftigen Menschen in Drittländern zu fördern. Mit dem Nacheinanderbringen der kulturellen Vielfalt und der Vermittlung von Demokratie sollen zudem Vorurteile abgebaut und Antisemitismus entgegengewirkt werden.

Auf der Grundlage der Richtlinien über die Gewährung von Zuwendungen zur Förderung der Jugendarbeit, der Jugendverbände, der Jugendsozialarbeit sowie des erzieherischen Kinder- und Jugendschutzes sollen auch 2026 bilaterale Begegnungen zwischen Jugendgruppen, Jugendgemeinschafts- und Jugendsozialdienste, Work-Camps sowie Seminare und andere Veranstaltungen mit einem Arbeitsprogramm, multilaterale Jugendbegegnungen und internationale Maßnahmen mit Fachkräften der Jugendarbeit, ausgerichtet von freien Trägern der Jugendhilfe, unterstützt werden. Das Ministerium für Arbeit, Soziales, Gesundheit und Gleichstellung stellt eine Information über Veränderungen der Fördermöglichkeiten im europäischen und internationalen Kontext, z.B. Verordnung der Europäischen Kommission zu Erasmus +, sicher.

Armutsbekämpfung und soziale Teilhabe

Armut und soziale Nicht-Teilhabe sind auf der individuellen Ebene Prozesse, welche durch langanhaltende Arbeitslosigkeit und die dauerhafte Abhängigkeit von staatlicher Alimentation strukturell verstärkt werden. Die Unterstützung armutsgefährdeter und am Arbeitsmarkt benachteiligter Personengruppen mit dem Ziel der Integration in eine sozialversicherungspflichtige Beschäftigung kann einen Beitrag leisten, um die gesellschaftlichen Effekte abzumildern. Im Hinblick auf die transgenerationale Wissensvermittlung gilt dies in besonderer Weise für Familien. Zu diesem Zweck führt das Land Sachsen-Anhalt gemeinsam mit den Landkreisen und kreisfreien Städten das Programm „Familien stärken – Perspektiven eröffnen“ (FAMICO) auch weiterhin durch. Das Programm ist ein Förderbereich der Richtlinie REGIO AKTIV. FAMICO richtet sich an arbeitslose Bürgergeldempfangende aus Familienbedarfsgemeinschaften, darunter insbesondere arbeitslose Alleinerziehende aus dem Rechtskreis des SGB II. Das Programm bietet über die geförderten Familienintegrationscoaches (FAMICO) gezielte, ganzheitliche Unterstützung bei der Überwindung individueller und familiärer Problemlagen. Es soll im ersten Schritt die individuellen Voraussetzungen

der Teilnehmenden für die Aufnahme einer beruflichen Tätigkeit verbessern. Daran anschließend erfolgt nach Möglichkeit die Begleitung der Integration in den Arbeits- oder Ausbildungsmarkt durch die Familienintegrationscoaches. FAMICO wird finanziert mit Mitteln des ESF+ und des Landes Sachsen-Anhalt, ergänzt durch kommunale Kofinanzierung. Perspektivisch soll das Angebot bis zum Ende der Förderperiode ESF+ 2021 bis 2027 bestehen.

Empowerment für Eltern

Die Förderung der Chancengleichheit und die Prävention von Kinderarmut sind zentrale Anliegen der Landespolitik in Sachsen-Anhalt. Mit dem ESF+-Programm „Empowerment für Eltern“ verfolgt das Land einen niedrigschwelligen Ansatz zur Befähigung von Eltern, die Entwicklungschancen ihrer Kinder bereits vor dem Schuleintritt nachhaltig zu verbessern. Durch die Einstellung zusätzlicher pädagogischer Fachkräfte in Kindertageseinrichtungen werden gezielt Familien unterstützt, die von sozialer Exklusion bedroht oder benachteiligt sind. Die geförderten Fachkräfte leisten eine präventive, niedrigschwellige Elternarbeit und stärken die Resilienz sowie die Selbsthilfepotenziale von Familiensystemen. Sie befähigen Eltern, ihren Erziehungsauftrag selbstbestimmt wahrzunehmen, vermitteln bei Bedarf zu Unterstützungsangeboten und tragen zur Kooperation mit sozialraumwirksamen Angeboten bei. Mittelfristig wird angestrebt, durch die Förderung eines altersgerechten Entwicklungsstandes einen gelingenden Übergang von der Kindertageseinrichtung in die Schule zu erreichen. Das Programm wird aus Mitteln des ESF+ und des Landes Sachsen-Anhalt finanziert und läuft bis zum Ende der Förderperiode 2021 bis 2027.

Inklusion

Die Förderung der vollen, wirksamen und gleichberechtigten Teilhabe von Menschen mit Beeinträchtigungen ist ein zentrales landespolitisches Ziel, das mit dem Beschluss der Fortschreibung des Landesaktionsplan zur Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention (UN-BRK) weitere Bekräftigung erfahren hat. Zur Verwirklichung der Teilhabeziele der UN-BRK und zur Bereitstellung wohnortnaher, allgemeiner Teilhabeangebote im kommunalen Raum bedarf es intensiver Bestrebungen vor Ort. Durch die Gewährleistung des Zugangs zu gemeindenahen Dienstleistungen, Einrichtungen und Unterstützungsdiensten schafft ein inklusiver Sozialraum die Voraussetzungen für ein selbstbestimmtes, gleichberechtigtes Leben aller Menschen. Die Kommunen sind von besonderer Bedeutung für die Ermöglichung und Gewährleistung der wirksamen Teilhabe und des ESF+-Förderziels der aktiven Inklusion mit Blick auf die Verbesserung der Chancengleichheit, Nichtdiskriminierung und aktiven Teilhabe sowie Erhöhung der Beschäftigungsfähigkeit, insbesondere von benachteiligten Gruppen im Land. Zur Unterstützung der Kommunen bei dieser Aufgabe und zur

Erreichung der genannten Ziele hat das Ministerium für Arbeit, Soziales, Gesundheit und Gleichstellung für die Förderperiode 2021 bis 2027 das ESF+-Programm „Örtliches Teilhabemanagement“ implementiert, über das die Landkreise, kreisfreien Städte und kreisangehörigen Kommunen des Landes Sachsen-Anhalt mit Personalmitteln für die Einstellung fachlich qualifizierter und geeigneter Teilhabemanagerinnen und Teilhabemanager (THM) und für die Arbeit der THM notwendigen Sachmittel gefördert werden. Seit dem 1. April 2023 sind Anträge von zehn Projekten in den Landkreisen und kreisfreien Städten (Handlungssäule 1) und sieben Projekten kreisangehöriger Kommunen (Handlungssäule 2) bewilligt worden, um bei einer wohnortnahen, nachhaltigen, innovativen und zukunftsgerichteten Umsetzung der Inklusions- und Teilhabeziele der UN-BRK zu unterstützen. Weitere Antragstellungen in 2026 werden in beiden Handlungssäulen angestrebt. Die strategischen Planungsansätze des ÖTHM sind von zentraler Bedeutung für die Umsetzung der UN-BRK auf kommunaler Ebene. Aus diesem Grund soll Anfang 2026 im Rahmen einer internationalen Fachtagung mit europäischen Partnerinnen und Partnern das Konzept des ÖTHM als sehr erfolgreiche Praxis beraten und mit ihnen / für sie weiterentwickelt werden.

Fachkräfte sichern – Fachkräftepotenziale erhöhen

Mit Blick auf die transformatorischen Herausforderungen, vor denen Sachsen-Anhalts Wirtschaft und Beschäftigte stehen – demografischer Wandel, Dekarbonisierung und Digitalisierung – werden im Zuständigkeitsbereich des Ministeriums für Arbeit, Soziales, Gesundheit und Gleichstellung verschiedene Maßnahmen und Vorhaben umgesetzt, die Unternehmen und Beschäftigte bei der Fachkräftesicherung und bei der Bewältigung der transformationsbedingten Herausforderungen in Wirtschaft und Arbeitsmarkt zielgerichtet unterstützen und begleiten. Das Thema „Fachkräftesicherung“ bildet einen wichtigen Schwerpunkt im Rahmen des Operationellen Programms für den ESF+ 2021-2027. Hierbei fördert das Ministerium für Arbeit, Soziales, Gesundheit und Gleichstellung die Landesinitiative Fachkraft im Fokus einschließlich des Welcome Centers Sachsen-Anhalt aus Mitteln des ESF und des Landes. Im Jahr 2024 wurde die Projektförderung bis 31. Dezember 2027 verlängert. Die Landesinitiative „Fachkraft im Fokus“ zielt auf die Bewältigung des Fachkräftemangels, indem Maßnahmen zur Befähigung von kleinen und mittleren Unternehmen und Beschäftigten zur Fachkräftesicherung und -gewinnung sowie zum Kompetenzaufbau unterstützt werden. Hierfür setzt das Vorhaben zu Maßnahmen und Strategien zur Gewinnung und Bindung von in- und ausländischen Fachkräften sowie zur zielgerichteten Personalentwicklung und Verbesserung der Beschäftigungsfähigkeit um. Konkret sind dies niedrigschwellige Beratungsangebote für KMU, Beschäftigte und Zielgruppen, die Unterstützung beim Erwerb passender und zukunftsorientierter Qualifikationen oder bei der beschäf-

tigtenfreundlichen Gestaltung der betrieblichen Arbeitsbedingungen benötigen. Die Beratung und Begleitung erfolgen in enger Abstimmung mit zentralen Partnern. So gelang es beispielsweise, die Beratungs- und Förderangebote zur beruflichen und betrieblichen Weiterbildung des Landes und der regionalen Agenturen für Arbeit im Rahmen von vier Weiterbildungsagenturen zu bündeln und transparenter und niedrighschwelliger zu gestalten. Vor dem Hintergrund des zunehmenden Fachkräftebedarfs wurde zudem das im Rahmen der Landesinitiative umgesetzte Welcome Center Sachsen-Anhalt im Jahr 2024 personell verstärkt mit dem Ziel, ausländische Fachkräftepotentiale zügiger und gezielter für den heimischen Arbeitsmarkt zu erschließen. Zuletzt hat das Welcome Center seine Kooperation mit regionalen Ausländerbehörden intensiviert, um die Gewinnung und Integration ausländischer Fachkräfte voranzutreiben. Mit besonderem Blick auf die Herausforderungen der Digitalisierung der Arbeitswelt beteiligt sich das Land anteilig an der Finanzierung des vom ESF+ des Bundes bzw. vom Bundesministerium für Arbeit und Soziales geförderten „Zukunftszentrum Digitale Arbeit Sachsen-Anhalt“. Mit dem Zukunftszentrum werden insbesondere kleine und mittlere Unternehmen (KMU) bei der Gestaltung des digitalen Wandels der Arbeit unterstützt und beraten. Die Angebote zielen darauf ab, die Gestaltungs- und Selbstlernkompetenzen der betrieblichen Akteure zu stärken. Hierfür analysiert das Zukunftszentrum regionale und branchenspezifische Angebote und Bedarfe im Kontext der Digitalisierung, ermittelt Qualifizierungspotenziale und hält verschiedene Beratungs- und Qualifizierungsangebote für die Unternehmen bereit. Die Beratungs- und Qualifizierungstätigkeiten des „Zukunftszentrums“ stehen im Jahr 2026 weiterhin ganz im Zeichen des Schwerpunktthemas „Künstliche Intelligenz/ KI“ ergänzt um eine Vertiefung in der Weiterentwicklung von hybriden Qualifizierungsansätzen für die betriebliche Weiterbildung. Konkret wurden und werden Unternehmen dabei unterstützt, Ideen für den praktischen Einsatz von KI-Technologien im Arbeitsprozess zu entwickeln und diese in die Arbeitsorganisation einzubinden. Ziel ist es insbesondere, die Möglichkeiten und Chancen auszuloten, um durch den Einsatz von KI-Technologien Fachkräfteengpässe zu reduzieren – beispielsweise durch Automatisierungen von Arbeitsprozessen oder durch gezielte Arbeitserleichterungen für bestimmte Beschäftigtengruppen. In diesem Sinne soll in Zukunft das Thema Gesundheit und digitales Arbeiten einen zusätzlichen Schwerpunkt der Beratungs- und Qualifizierungsangebote bilden. Ein weiterer Schwerpunkt ist die Fortsetzung der Durchführung des Azubi4ID – Wettbewerbs, mit dem Ziel Ausbilderinnen und Ausbilder sowie Auszubildende als Digitalisierungs-Multiplikatorinnen und Multiplikatoren in Unternehmen zu gewinnen. Insbesondere die Ideen der Auszubildenden können hier im Sinne eines innbetrieblichen Reverse Coaching dazu beitragen, das Bild zukunftsfähiger Berufe für die Fachkräftegewinnung und -sicherung zu fördern.

Gleichstellungsmaßnahmen im ESF+

Das ESF+-Programm für die Förderperiode 2021 bis 2027 umfasst zwei spezifische, gezielte Maßnahmen zur Förderung der Gleichstellung von Frauen und Männern. Mit der Maßnahme „Stärkung der Gender- und Gleichstellungskompetenz“ werden Vorhaben gefördert, die zum Aufbau handlungsorientierter Gender- und Gleichstellungskompetenz von Beschäftigten in unterschiedlichen Arbeitsbereichen beitragen. Insbesondere auch Verantwortliche in der Landesverwaltung sollen so befähigt werden, bei der Erledigung ihrer jeweiligen Aufgaben zur gleichberechtigten sozialen und wirtschaftlichen Teilhabe von Frauen und Männern sowie zur Umsetzung des Landesprogramms für ein geschlechtergerechtes Sachsen-Anhalt beizutragen. Vorhaben aus dieser Maßnahme zielen u.a. auf eine verbesserte Arbeitsmarktintegration von Frauen im SGB II Bezug durch die kommunalen Jobcenter in Sachsen-Anhalt, eine durchgängige und abgestimmte Gleichstellungsorientierung in den Maßnahmen des Landes zur Berufsorientierung oder die Verbesserung der Rahmenbedingungen für kommunale Ehrenämter im Hinblick auf Vereinbarkeit und Geschlechtergerechtigkeit ab.

Mit der weiteren Maßnahme „Gleichberechtigte Lebensperspektiven öffnen“ soll weitreichend für die Auswirkungen unterbewusst wirkender Stereotype sensibilisiert werden, um Grundlagen für eine stereotypenfreie Berufswahl und Lebensplanung zu schaffen. Ziel des 2023 durchgeführten Ideenwettbewerbs ist die Sicherung von Chancengerechtigkeit und gleichberechtigtem Zugang zum Arbeitsmarkt. Vor dem Hintergrund des Bevölkerungsrückgangs und Fachkräftemangels ist es für Sachsen-Anhalt von besonderer Bedeutung, Frauen attraktive Lebens- und Karriereperspektiven zu eröffnen. Die Projekte sollen Grundlagen für emanzipierte Lebensentwürfe schaffen, die der Abwanderung junger, qualifizierter Frauen und dem Fachkräftemangel in Sachsen-Anhalt entgegenwirken. Insbesondere beinhaltet dies eine Sensibilisierung von Mädchen und jungen Frauen für den MINT-Bereich. Darüber hinaus sollen Multiplikatorinnen und Multiplikatoren aus Politik und Wirtschaft angesprochen und erfolgversprechende Gegenmaßnahmen gemeinsam erarbeitet werden.“

Antidiskriminierung

Die Antidiskriminierungsstelle Sachsen-Anhalt ist die zentrale und unabhängige Anlaufstelle für Menschen, die Benachteiligungen in verschiedenen Lebensbereichen erfahren haben. Mit Beratungsstandorten in Magdeburg, Halle und Stendal bietet die Antidiskriminierungsstelle auch 2026 eine qualifizierte Beratung auf der Grundlage des Allgemeinen Gleichbehandlungsgesetzes an. Die Einrichtung von neuen Beratungsstandorten, insbesondere in strukturschwachen ländlichen Räumen im Norden und Süden Sachsen-Anhalts, hat die Erreichbarkeit für Betroffene erleichtert. Mittels Netzwerk- und Sensibilisierungsarbeit soll die Bekanntheit der Beratungsangebote in 2026 weiter ausgebaut werden.

Einführung einer Fachsprachenprüfung im Pflegebereich mit dem Ziel der Fachkräftesicherung

Es bestand die Forderung, bis spätestens 2025 eine Fachsprachenprüfung für Pflegeberufe einzuführen. Diese wurde in Sachsen-Anhalt eingeführt. Im Spätherbst 2025 stehen Prüfungstermine für interessierte Pflegefachkräfte bereit. Die Fachsprachenprüfung wird in Kooperation durchgeführt. Das Norddeutsche Zentrum zur Weiterentwicklung der Pflege (NDZ) hatte diese für die Mitgliedsländer entwickelt und in einem Pilotprojekt die Prüfung für Pflegeberufe im Jahr 2021 erprobt.

European Social Network

Das Europäische Soziale Netzwerk (ESN) ist ein unabhängiges und wachsendes Netzwerk mit mehr als 150 Mitgliedern, darunter lokale, regionale und nationale Behörden, Think Tanks, Forschungsinstitute und Organisationen aus ganz Europa, die sich über innovative sozialpolitische Lösungen austauschen und gemeinsame Positionen zur EU-Politik entwickeln. Das ESN wird seit 2006 im Rahmen einer Rahmenpartnerschaft mit der Europäischen Kommission finanziert. Das ESN organisiert jährliche Fachtagungen und ermöglicht durch seinen direkten und engen Kontakt zur Europäischen Kommission den Austausch zu sozialpolitischen Themen auf EU-Ebene. Das Ministerium für Arbeit, Soziales, Gesundheit und Gleichstellung des Landes Sachsen-Anhalt ist seit 2022 Mitglied im ESN und nahm im April 2025 aktiv an dem Member Forum in Warschau teil. Im Rahmen des Forums wurde u.a. die künftige Ausrichtung der Arbeit des ESN diskutiert. Die Teilnahme des Ministeriums für Arbeit, Soziales, Gesundheit und Gleichstellung an den Veranstaltungen des ESN im Jahr 2026 wird bedarfsabhängig erfolgen.

Talent Booster Mechanism – Harnessing Talent in Europe's Regions

Der Talent Booster Mechanism (Mechanismus zur Talentförderung) ist eine spezielle Initiative der Europäischen Kommission, die u.a. darauf abzielt, europäische Regionen, die mit einem rasanten Rückgang der Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter und mit einer Blockade bei der Talententwicklung konfrontiert sind, bei der Bewältigung der damit einhergehenden Herausforderungen zu unterstützen und sie resilienter zu machen. Sachsen-Anhalt ist eine von elf Regionen, die sich erfolgreich für den Call zur Aktion 1 „Pilotprojekt -Talent Booster Mechanism“ des Mechanismus zur Talentförderung beworben haben. Im Rahmen dieses Programms erhält Sachsen-Anhalt unter der Federführung des Ministeriums für Arbeit, Soziales, Gesundheit und Gleichstellung technische Hilfe in Form von Experten, Workshops

etc. bei der Entwicklung einer Strategie zur Förderung von sozialen Innovationen und Sozialunternehmen als Ansatz zur Fachkräfte- und Talentsicherung in Sachsen-Anhalt. Die Ergebnisse des Projekts sind in einem Konzeptpapier zusammengefasst.

III.3 Ministerium für Bildung

Der internationale Schüler- und Jugendaustausch stellt ein wertvolles Bildungsangebot dar, das die Begegnung von Schülerinnen und Schülern sowie Jugendlichen aus unterschiedlichen Ländern und Kulturen fördert. Austauschprogramme bieten ein erhebliches Bildungspotenzial, indem sie es Kindern und Jugendlichen ermöglichen, unsere komplexe Welt besser zu verstehen, sie zu beschreiben und wahrzunehmen. Der Austausch fungiert somit als attraktiver Lernort für ganzheitliche Bildung. Nicht zuletzt sind der interkulturelle Austausch junger Menschen und die internationale Zusammenarbeit im Bildungssektor entscheidende Voraussetzungen für die Zukunftsfähigkeit unserer Gesellschaft. Für Schulen in Sachsen-Anhalt bleibt es von großer Bedeutung, sowohl im Unterricht als auch außerhalb des Unterrichts internationale und interkulturelle sowie Europa- und Fremdsprachenkompetenzen zu fördern. Ziel ist es, Weltoffenheit, Toleranz, ein demokratisches Miteinander und ein besseres Verständnis globaler Themen zu stärken. In diesem Zusammenhang ist die Arbeit von Schulnetzwerken mit internationaler Ausrichtung von besonderer Bedeutung. Rund 300 Schulen bilden das Netzwerk der UNESCO-Projektschulen in Deutschland, das alle Schultypen und Bundesländer umfasst. In Sachsen-Anhalt sind 11 Schulen Teil dieses Netzwerks, und mehrere von ihnen unterhalten Schulpartnerschaften mit armenischen Partnerschulen. Das Netzwerk der Europaschulen in Sachsen-Anhalt umfasst 29 Schulen. Diese Schulen zeichnen sich durch ein erweitertes Fremdsprachenprofil aus, das über das übliche Angebot hinausgeht. Zudem sind Veranstaltungen und Aktivitäten zur Förderung der Europabildung fester Bestandteil des schulischen Lebens. Die Auseinandersetzung mit europäischen Themen wird unter anderem durch die regelmäßige Teilnahme an europaorientierten Wettbewerben und Jugendforen gefördert. Dezentrale Schulprojekte zur Europabildung in einzelnen Schulen finden im Rahmen der Europawochen statt, welche unter Mitwirkung GOEUROPE/Bildungsnetzwerk Magdeburg gGmbH auch 2026 durchgeführt werden.

Förderung der Lernmobilität, des transnationalen Austauschs und der internationalen Projektzusammenarbeit

Mit der 2021 gestarteten Erasmus+-Programmperiode wurde für Schulen in Sachsen-Anhalt durch die Konsortialmitgliedschaft im Erasmus+ Konsortium von GOEUROPE/Bildungsnetzwerk Magdeburg gGmbH ein erleichterter Zugang geschaffen. Dies reduziert den Antrags- und Verwaltungsaufwand, insbesondere im Hinblick auf die

Einzel-Akkreditierung im Erasmus+-Programm, sodass mehr Schulen die Möglichkeit zur Teilnahme erhalten. Die Maßnahmen des Landes zur Förderung des transnationalen Austauschs und der internationalen Projektzusammenarbeit werden auch im Jahr 2026 fortgeführt. Derzeit bestehen 124 bilaterale Schulpartnerschaften, davon führen 82 aktiv Schüleraustauschmaßnahmen durch. Zudem haben 77 Schulen Interesse an einer bilateralen Schulpartnerschaft angezeigt. Stand: 29.08.2025 liegen 32 Anträge für Schüleraustauschfahrten vor, mit einer Förderung für 546 Schülerinnen und Schüler. Zusätzlich gab es 21 Anträge für Gastmaßnahmen, die 320 Schülerinnen und Schüler unterstützen. Das Interesse der Schulen im Land an ausländischen Fremdsprachenassistentinnen und -assistenten (aFSA) bleibt weiterhin hoch, was die interkulturelle und internationale Öffnung der Schulen unterstreicht. Von den angeforderten 20 Stellen konnten nur 11 aFSA durch den Pädagogischen Austauschdienst zugewiesen werden. Im laufenden Schuljahr 2025/2026 sind somit insgesamt 11 aFSA an verschiedenen Schulen in Sachsen-Anhalt im Einsatz.

Projekt Kurzaustauschprogramm „USA for you“

Seit dem Jahr 2024 hatten Jugendliche im Alter von 14 bis 17 Jahren über die Förderung aus Landesmitteln die Möglichkeit, in einer Gruppe von 15 Personen für zwei Wochen in die USA zu reisen. Das Kurzaustauschprogramm zielt darauf ab, das Interesse von Schülern zu wecken, die an Sekundarschulen unterrichtet werden. Diese Schüler fühlen sich oft weniger angesprochen von herkömmlichen Austauschprogrammen. „USA for you“ ist ein speziell für diese Zielgruppe entwickeltes Programm, das die Bedürfnisse und Ansprüche der Teilnehmenden milieusensibel berücksichtigt und einzigartige Erfahrungen ermöglicht. Das Projekt „USA for you“ wird voraussichtlich auch im Jahr 2026 fortgesetzt.

Europäischer Wettbewerb

Im Schuljahr 2025/26 setzt sich der 73. Europäische Schülerwettbewerb mit dem Thema Menschenrechte auseinander. Er steht unter dem Motto „Dein Europa: Recht, Respekt – Realität?!“. Schülerinnen und Schüler sind aufgerufen, ihre Ideen, Wünsche und Visionen im Schuljahr 2025/26 auszudrücken zu den Fragen: Wo erleben sie die Wahrung von Menschenrechten? Wo hingegen werden sie verletzt? Was muss sich ändern?

Zusammenarbeit mit Partnerregionen und Schwerpunktländern

Das Land Sachsen-Anhalt nimmt seit Februar 1996 die Ländervertretung im Rahmen der Kultusministerkonferenz (KMK) für das Kulturabkommen mit der Republik Armenien für die Gesamtheit der Länder der Bundesrepublik Deutschland wahr und ist mit Armenien durch eine breite internationale Zusammenarbeit verbunden. Besonders im schulischen Bereich besteht eine langjährige enge Zusammenarbeit. Insgesamt haben in Sachsen-Anhalt 10 Schulen eine Schulpartnerschaft mit Armenien. Diese Austausche werden aktiv gelebt, so

dass sie regelmäßig Schülerinnen und Schüler aus Sachsen-Anhalt nach Armenien bzw. aus Armenien nach Deutschland führen. Außerdem entsendet Sachsen-Anhalt regelmäßig Landesprogrammlehrkräfte nach Armenien, die den Deutschunterricht an armenischen Schulen unterstützen und fördern. Weiterhin von großer Bedeutung ist die Zusammenarbeit mit der Region Centre-Val de Loire. Mit der Partnerinstitution des Ministeriums für Bildung, der Académie Orléans-Tours, werden weitere Formate von Lehrerfortbildungsvorhaben geplant, im Rahmen derer beispielsweise Schulleiterinnen und Schulleiter für eine Hospitation nach Sachsen-Anhalt kommen, um das deutsche Bildungssystem kennenzulernen. Fortgeführt wird auch die Teilnahme von Schülerinnen und Schülern am Sprachenwettbewerb „Les cicéronnades“ der Académie Orléans-Tours, an den Schülerinnen und Schüler aus Sachsen-Anhalt 2025 sehr erfolgreich teilgenommen haben. Zudem werden Schulpartnerschaften in die Region vermittelt. Nachdem in Kooperation mit der Académie Orléans-Tours im November 2024 erfolgreich eine Schulpartnerbörse für allgemeinbildende Schulen durchgeführt wurde, wird in diesem Format im Januar 2026 auch eine Vermittlung von Partnerschulen für die berufsbildenden Schulen durchgeführt. Im Rahmen des bereits seit 2013 bestehenden Projektes „Mémoires croisées - Sich Erinnern - Sich Begegnen“ mit der Region Centre-Val de Loire werden sich im Januar 2026 Schülerinnen und Schüler aus Sachsen-Anhalt in Centre- Val de Loire treffen, um sich an Gedenkortern thematisch mit den Auswirkungen der NS-Zeit in der Partnerregion auseinanderzusetzen. Als Beitrag zur Erinnerungskultur werden sie eine Gedenkveranstaltung anlässlich des Holocaust-Gedenktages gemeinsam gestalten. Die jährlichen wechselseitigen Studienfahrten und Schülerbegegnungen sind ein wesentlicher Eckpfeiler des Projekts. Zur Projektdurchführung bestehen zwei Steuergruppen in Sachsen-Anhalt und Centre- Val de Loire, in deren Händen die Organisation dieser Treffen sowie die Planung und Umsetzung gemeinsamer Projekte liegt.

Förderprogramm Schulerfolg sichern

Mit Beginn des Schuljahres 2022/2023 erfolgte die nahtlose Fortsetzung des EU-Programms „Schulerfolg sichern“ im Rahmen der EU-Förderperiode 2021-2027 im 1. Förderzyklus (01.08.2022 bis 31.07.2024) sowie die Fortführung im Rahmen des 2. Förderzyklus (01.08.2024 bis 31.07.2028), mit einer Kofinanzierung durch das Land und die örtlichen Träger der öffentlichen Jugendhilfe gem. § 1 Absatz 1 KHJG-LSA. Die Kofinanzierung erfolgt hierbei jedoch ausschließlich durch die örtlichen Träger der öffentlichen Jugendhilfe gem. § 1 Absatz 1 KHJG-LSA. Damit kann weiterhin das Ziel verfolgt werden, allen Kindern und Jugendlichen einen gleichen Zugang zu hochwertiger Grund- und Sekundarschulbildung bzw. eine Rückkehr in die allgemeine und berufliche Bildung zu ermöglichen und besonders diejenigen professionell aufzufangen und zu begleiten, denen das Verlassen der Schule ohne den Erwerb mindestens eines Hauptschulabschlusses droht.

Landeszentrale für politische Bildung - Zusammenarbeit mit Israel

Aufgrund der aktuellen Sicherheitslage in Israel, bedingt durch den Angriff der terroristischen Hamas am 7. Oktober 2023, können derzeit keine Studienreisen durchgeführt werden. Die Zusammenarbeit mit der International School for Holocaust Studies in Yad Vashem erfolgt momentan nur auf Arbeitsebene. Eine intensivere Kooperation außerhalb Israels steht bisher noch aus. Geplant ist jedoch eine Veranstaltung, an der sachsen-anhaltische Teilnehmerinnen und Teilnehmer sowie Vertreter des deutschsprachigen Desks der International School for Holocaust Studies in der Gedenkstätte Treblinka teilnehmen sollen. Diese Planungen müssen noch mit der Gedenkstätte Treblinka abgestimmt werden.

Zusammenarbeit mit der Gedenkstätte Treblinka

Die Gedenkstätte Treblinka und die Landeszentrale für politische Bildung Sachsen-Anhalt haben eine Kooperationsvereinbarung zur Holocaust Education geschlossen. Diese Vereinbarung fokussiert sich insbesondere auf Studienbesuche von Schulklassen sowie auf die Qualifizierung von Multiplikatorinnen und Multiplikatoren im Bereich der Erinnerungskultur in Sachsen-Anhalt. Vom 3. bis 6. Juni 2025 fand ein Arbeitstreffen in der polnischen Gedenkstätte statt, bei dem die sachsen-anhaltische Delegation wertvolle Einblicke in den geplanten Neubau des Besucherzentrums erhielt, das voraussichtlich Mitte 2027 eröffnet wird. Im Rahmen des Besuchs wurde eine pädagogische Handreichung überreicht, die inhaltlich von der Gedenkstätte Bernburg erstellt und von der Landeszentrale für politische Bildung herausgegeben wurde. Diese Handreichung steht in deutscher und polnischer Sprache Lehrkräften sowie Schülerinnen und Schülern zur Vorbereitung auf einen Besuch in Treblinka zur Verfügung. Darüber hinaus wurde die Zusammenarbeit mit dem Pilecki-Haus in Ostrow Mazowieckis intensiviert. Es wurde vereinbart, eine ähnliche pädagogische Handreichung wie für Treblinka zu erstellen sowie eine weitere Handreichung mit Biografien von Zeitzeuginnen und Zeitzeugen in Verbindung zur Gedenkstätte Treblinka zu entwickeln, die zur Vorbereitung von Schulklassen genutzt werden soll. Die Umsetzung dieser Projekte ist bis 2026 geplant. Im Frühjahr 2026 wird eine Delegation der Gedenkstätte Treblinka Sachsen-Anhalt besuchen, bei der sowohl Gedenkorte als auch Arbeitsgespräche zu den bereits genannten Themen auf der Agenda stehen. Zudem führte die Landeszentrale vom 31. August bis 6. September 2025 eine Studienfahrt nach Treblinka durch. Teilnehmende sind Multiplikatorinnen und Multiplikatoren aus dem Bereich der Erinnerungskultur sowie Lehrkräfte und pädagogische Begleitungen von Gedenkstättenfahrten. Neben dem Erinnerungsort Treblinka selbst und dessen Geschichte werden auch andere Gedenk- und Erinnerungsorte in der Region besucht.

III.4 Ministerium der Finanzen

Das Ministerium der Finanzen tritt für ein Europa der Stabilität ein. Ein wesentliches Element ist dabei die Stärkung der europäischen Institutionen. Dabei spielen verschiedene Aspekte eine Rolle: die auskömmliche Finanzierung des Haushalts der EU, der Mittelfristige Finanzrahmen, ein Verzicht auf eine Schuldenfinanzierung von Ausgaben sowie die regionale Perspektive bei den Schwerpunktsetzungen der Europäischen Kommission. Neben den fachlichen Einlassungen prüft das Ministerium der Finanzen auch die Einhaltung des Subsidiaritätsprinzips, die Verhältnismäßigkeit und die Rechtsgrundlage für das Handeln der EU. Im Bundesratsverfahren gibt es die Möglichkeit, eine Subsidiaritätsrüge zu erheben, wenn nach Auffassung der Länder eine Angelegenheit besser von den Kommunen, den Ländern oder vom Bund geregelt werden sollte. Mit Blick auf das Jahr 2026 sind vor allem die Planungen der Europäischen Kommission für den nächsten mehrjährigen Finanzrahmen (MFR) ab dem Jahr 2028 von Interesse. Derzeit plant die Europäische Kommission, an dem im Frühjahr dieses Jahres bekannt gewordenen Drei-Säulen-Modell festzuhalten, das auf eine Vereinfachung und Flexibilisierung des MFR abzielt. In diesem Kontext sollen auch Vorschläge für die Rückzahlung der Kredite des Wiederaufbauprogramms NextGenerationEU vorgelegt werden. Aus Sicht des Ministeriums der Finanzen ist dabei von besonderem Interesse, inwieweit die Europäische Kommission auf die u.a. vom Europäischen Parlament geäußerte Kritik an der Schwächung der regionalen Komponente der Kohäsionspolitik in der Finanzplanung reagieren wird. Hintergrund dafür ist, dass die Europäische Kommission für den nächsten MFR grundsätzlich einen reformbasierten Ansatz wählen will. Damit würde – analog wie bei NextGenerationEU – vor allem die nationale Ebene im Fokus liegen. Aus Sicht des Ministeriums der Finanzen muss die Kohäsionspolitik ihre regionalisierte Struktur beibehalten. Der reformbasierte Ansatz enthält auch das Element „*Cash-for-Reforms*“. Dies ist zwar grundsätzlich zu begrüßen. Allerdings ist dieser Ansatz in einem föderalen System schwierig umzusetzen. Ob und inwieweit der Bund die von der Europäischen Kommission geforderten Reformen tatsächlich umsetzt, kann von den Ländern in der Regel nicht direkt beeinflusst werden. Seit dem Jahr 2023 ist die Durchführung der Förderung im Rahmen der Gemeinsamen Agrarpolitik (GAP) durch den Europäischen Garantiefonds für die Landwirtschaft (EGFL) und den Europäischen Landwirtschaftsfonds für die Entwicklung des ländlichen Raums (ELER) bestimmt durch die gemeinsame Arbeit von Bund und Ländern am GAP-Strategieplan für Deutschland. Die Implementierung und Umsetzung beider Politikansätze der GAP (EGFL und ELER) durch einen nationalen Plan erfordern eine enge Abstimmung und Koordination mit den Bundesressorts, den Ländern sowie den Verbänden und Interessengruppen. Damit hat sich der Koordinierungsaufwand erheblich erhöht. Durch die Einbindung einer neuen Verwaltungsebene – dem Bund – ist die

Handhabung für Sachsen-Anhalt weniger flexibel geworden. Es kann nur ein Änderungsantrag pro Jahr mit Auswirkungen auf Zielwerte und Etappenziele eingereicht werden. Dieser muss die spezifischen Bedingungen aller Länder sowie die Anforderungen beider Säulen der GAP berücksichtigen.

Bezogen auf die EU-Fonds EFRE, ESF+ und JTF befindet sich die Förderperiode 2021-2027 in der Umsetzung und es gilt nun, die EU-Mittel erfolgreich im Land zu verausgaben. Ziel ist es, den Mittelabfluss zu forcieren, um die zur Verfügung stehenden Mittel möglichst in voller Höhe auszuschöpfen. Gleichzeitig gilt es, die Zukunft der EU-Förderung im Land im Blick zu haben. Zu diesem Zweck bringt sich das Land bereits jetzt in den dazu laufenden Austausch mit dem Bund und der Europäischen Kommission ein.

Das Ministerium der Finanzen steht zu all diesen finanzpolitisch bedeutsamen Themen im engen Austausch mit der Vertretung des Landes Sachsen-Anhalt bei der EU. Durch diesen direkten Austausch kann das Ministerium der Finanzen frühzeitig Kenntnis von finanzpolitisch relevanten Entwicklungen auf EU-Ebene erhalten und ggf. eigene Positionen dazu erarbeiten und im Bundesrat einbringen.

III.5 Ministerium für Infrastruktur und Digitales

Verkehr

Mit dem Ziel, die Attraktivität des Landes für die Abwicklung der internationalen und europäischen Personenbeförderung und Gütertransporte zu erhöhen, setzt sich die Landesregierung für eine weitere Digitalisierung und Vernetzung des Verkehrs ein.

Die Nahverkehrsservice Sachsen-Anhalt GmbH (NASA GmbH) ist an einem Projekt beteiligt, das gemeinsam mit dem Burgenlandkreis, der PVG Burgenlandkreis mbH, der Otto-von-Guericke-Universität, der Hochschule Merseburg und der Hochschule Anhalt ausgehend von der Förderkulisse des Europäischen Fonds für einen gerechten Übergang („Just Transition Fund“ – JTF) beantragt und bewilligt wurde. Grundlage bildet die Richtlinie über die Gewährung von Zuwendungen zur Förderung der Verbesserung der Mobilitätsangebote. Der bewilligte Antrag umfasst ein Fördervolumen von 5,9 Mio. EUR. Im Mittelpunkt des Vorhabens stehen Angebotsverbesserungen im Öffentlichen Personennahverkehr (ÖPNV), die Einführung automatisierter Verkehre sowie Maßnahmen zur verbesserten Fahrgastinformation im Burgenlandkreis. Die Projektlaufzeit erstreckt sich vom 1. Februar 2025 bis zum 31. Dezember 2027. Weiterhin beteiligt sich die NASA GmbH am Interreg-Vorhaben „Harnessing Automated Vehicles for Mobility and Logistics (SMARTAUTO)“. Unter Leitung der Universität von Aveiro (Portugal) und mit weiteren europäischen Partnern aus Irland, Rumänien, Slowenien, Italien und Deutschland wird über vier Jahre das Potenzial automatisierter Fahrzeuge für die individuelle Mobilität und Logistik untersucht. Der

Projektantrag für eine Förderung wurde im Programm Interreg Central Europe, More Connected Europe (policy objective 3) bewilligt. Als deutscher Partner beteiligt sich neben der NASA GmbH mit einem Budget von 85,4 TEUR auch die Otto-von-Guericke-Universität Magdeburg.

Digitalisierung:

Im Rahmen ihrer europäischen und internationalen Digitalstrategie setzt sich die Landesregierung Sachsen-Anhalts für eine zukunftsgerichtete, vernetzte und flächendeckend digitale Infrastruktur ein. Zur Unterstützung eines gerechten Strukturwandels im Zuge des Kohleausstiegs nutzt das Land Sachsen-Anhalt Mittel aus dem Europäischen Fonds für einen gerechten Übergang („Just Transition Fund“ – JTF) gezielt zur Förderung der digitalen Daseinsvorsorge in vom Wandel betroffenen Regionen. Ziel dieser Maßnahmen ist es, durch digitale Infrastrukturprojekte die Lebens- und Arbeitsbedingungen im ländlichen Raum zu verbessern und so einen nachhaltigen Beitrag zur Fachkräftesicherung und Standortattraktivität zu leisten. Im Mittelpunkt steht dabei die Stärkung digitaler Angebote in strukturschwachen Gebieten, um sowohl den Verbleib als auch die Zuwanderung von Familien und qualifizierten Arbeitskräften in die Reviere zu fördern. Dazu zählt insbesondere die Förderung innovativer Arbeits- und Lebensmodelle, wie etwa durch die Einrichtung von Co-Working Spaces, welche ortsunabhängiges Arbeiten ermöglichen und gleichzeitig neue Impulse für die regionale Entwicklung setzen. Mit der Förderung digitaler Projekte im Rahmen des JTF verfolgt die Landesregierung das Ziel, die Querschnittsziele der Digitalstrategie „Sachsen-Anhalt Digital 2030“ gezielt umzusetzen. Die geförderten Maßnahmen müssen sich dabei einem der 18 Themenfelder dieser Strategie zuordnen lassen, insbesondere im Bereich digitale Infrastruktur, Mobilität, Bildung, Gesundheit oder Verwaltungsmodernisierung.

Die Umsetzung erfolgt im Wege der Projektförderung als Anteilsfinanzierung in Form nicht rückzahlbarer Zuwendungen. Die Fördermaßnahmen leisten einen konkreten Beitrag zur europäischen Zielstellung eines sozialverträglichen Strukturwandels und bilden einen wichtigen Bestandteil der internationalen und europapolitischen Ausrichtung des Landes im Bereich Digitalisierung.

Strategie „Sachsen-Anhalt Digital 2030“

Die Strategie „Sachsen-Anhalt Digital 2030“ ist in die EU-Digitalstrategie „Gestaltung der digitalen Zukunft Europas“ eingebettet und orientiert sich an deren Zielen. Sie verfolgt das gemeinsame Ziel, den digitalen Wandel so zu gestalten, dass auch künftige Generationen sicher, nachhaltig und erfolgreich leben, arbeiten und wirtschaften können. Ein Schwerpunkt liegt auf der Einführung effizienter digitaler Prozesse – etwa in der Verwaltung – um die Lebensqualität in urbanen und ländlichen Räumen spürbar zu verbessern. Die Strategie

wurde am 22. August 2023 beschlossen und befindet sich seitdem in der Umsetzung. Im Jahr 2026 wird der Landesregierung zur Umsetzung und zur Fortschreibung berichten. In der Fortschreibung werden die digitalpolitischen Ziele der Europäischen Union im Rahmen der Digitalen Dekade 2030 und darüber hinaus im Hinblick auf den Mehrjährigen EU-Finanzrahmen und die Kohäsionspolitik 2028 bis 2034 in den Blick genommen.

Fachministerkonferenzen und Gremien

Ein Querschnittsziel der Strategie Sachsen-Anhalt Digital ist die Stärkung der digitalen Souveränität, die technologische Unabhängigkeit und Gestaltungsfreiheit im digitalen Zeitalter. Dieses Ziel findet sich auch auf europäischer Ebene wieder und soll künftig durch entsprechende Beschlüsse in Fachministerkonferenzen, insbesondere der Digitalministerkonferenz, aktiv unterstützt werden.

Digitale Daseinsvorsorge im demografischen Wandel

Die digitale Daseinsvorsorge ist ein entscheidender Baustein zur Sicherung gleichwertiger Lebensverhältnisse, insbesondere im ländlichen Raum, der besonders stark vom demografischen Wandel betroffen ist. Ziel ist es, durch digitale Lösungen allen Menschen, unabhängig von Alter, Wohnort oder Herkunft, den Zugang zu grundlegenden Dienstleistungen zu ermöglichen. Im Jahr 2025 wurde die Förderrichtlinie „Sachsen-Anhalt Digital“ daher um das Thema „Digitale Daseinsvorsorge im demografischen Wandel“ erweitert.

Digitale Projekte können sich nun gezielt diesem Schwerpunkt widmen. Das Ministerium für Infrastruktur und Digitales ist offen für einen Praxis- und Erfahrungsaustausch mit anderen europäischen Regionen dazu, wie die Herausforderungen des demografischen Wandels mit modernen digitalen Möglichkeiten gemeistert werden können.

Informations-/Cybersicherheit

Am 17. Januar 2023 ist die EU-Richtlinie Nr. 2022/2555 über Maßnahmen für ein hohes gemeinsames Cybersicherheitsniveau in der Union „NIS2“ mit Umsetzungsfrist zum 17. Oktober 2024 hinsichtlich Rechtssetzung und technisch-organisatorischer Realisierung in Kraft getreten. Die Richtlinie gibt den Mitgliedsstaaten umfangreiche Maßnahmen zur Erhöhung der Informationssicherheit und der Cyberresilienz zur Überführung in nationales Recht vor. Der Rechtssetzung durch den Bund nachgeordnet sind auch im Land Sachsen-Anhalt Regelungen für die öffentliche Verwaltung zu treffen und die vorgeschriebenen Maßnahmen umzusetzen. Hierbei sind Querbezüge zu den ebenfalls im Januar 2023 verabschiedeten EU-Richtlinien „DORA“ Nr. 2022/2554 über die digitale operationale Resilienz

im Finanzsektor, „CER“ Nr. 2022/2557 über die Resilienz kritischer und die unmittelbar verbindliche Verordnung „CRA“ Nr. 2024/2847 über horizontale Cybersicherheitsanforderungen für Produkte mit digitalen Elementen zu berücksichtigen.

Die EU-Richtlinie „NIS2“ gibt zwingend vor,

1. Cybersicherheitsstrategien – auch durch die Bundesländer - zu verabschieden,
2. Behörden für das Cyberkrisenmanagement, zentrale Anlaufstellen für Cybersicherheit und Notfallteams für (Cyber-)Sicherheitsvorfälle einzurichten bzw. zu benennen,
3. Maßnahmen für das Cybersicherheitsrisikomanagement – das heißt (teilweise spezifizierte) technische und organisatorische Maßnahmen zur Verbesserung der Informationssicherheit – festzulegen, für verbindlich zu erklären und diese umzusetzen,
4. Berichts- und Meldepflichten einzuführen und bei erheblicher Bedeutung an definierte Einrichtungen des Bundes weiterzuleiten,
5. Vorschriften und Pflichten zum Austausch von Cybersicherheitsinformationen zu erlassen,
6. wirksame Aufsichts- und Durchsetzungsmaßnahmen zu etablieren und durchzuführen,
7. Sicherheitsmaßnahmen bei Erwerb, Entwicklung und Wartung von Netz- und Informationssystemen, einschließlich Management und Offenlegung von Schwachstellen zu etablieren,
8. Sensibilisierungen und Schulungen für die Leitungsebene und die Beschäftigten ein- und durchzuführen sowie
9. die Sicherheit des Personals (Sabotage, Spionage usw.) zu gewährleisten.

Darüber hinaus werden durch die Richtlinien „NIS2“ und „CER“ in erheblichem Umfang die sogenannten Sektoren – definierte Wirtschaftsbranchen und Aktivitätsbereiche des Staates mit kritischer Bedeutung für die Staatsgemeinschaft wie z.B. Wasser-, Energie oder IT-Wirtschaft ausgedehnt. Weiterhin ist durch die Verordnung „CRA“ die Gewährleistung der Cybersicherheit von eigenentwickelten IT-Produkten durch Maßnahmen, wie z.B. langfristige Beseitigung von Schwachstellen oder Bereitstellung von Aktualisierungen, sicherzustellen. Durch die Gesamtheit der EU-Richtlinien, insbesondere durch die EU-Richtlinie „NIS-2“ entsteht im Land Sachsen-Anhalt umfangreicher Handlungsbedarf.

Für die Erstellung der Cybersicherheitsstrategie und des Informationssicherheitsgesetzes sowie für die Umsetzung der Vorgaben im Land ist die Zusammenarbeit zwischen dem Ministerium für Infrastruktur und Digitales (federführend) und dem Ministerium für Inneres und Sport unter Beteiligung der Ressorts notwendig. Der Rechtsrahmen und die Umsetzungsmaßnahmen werden unter Leitung des Chief Information Officer (CIO) durch den

Chief Information Security Officer (CISO) erarbeitet und begleitet. Die Verabschiedung der Cybersicherheitsstrategie und des Informationssicherheitsgesetzes Sachsen-Anhalt werden erst verspätet nach der Umsetzungsfrist der EU-Richtlinie „NIS2“ erfolgen. Der erste Referentenentwurf des Informationssicherheitsgesetzes Sachsen-Anhalt wurde im Juli 2025 in die Abstimmung mit den Ressorts gebracht; durch identifizierte Überarbeitungs- und Abstimmungsbedarfe wird das Rechtssetzungsverfahren voraussichtlich bis in das 4.Quartal 2025 andauern.

III.6 Ministerium für Inneres und Sport

Europäische Migrationspolitik

Nachdem nach langjährigen Verhandlungen die insgesamt 11 Rechtsakte zur Reform des Gemeinsamen Europäischen Asylsystems (GEAS) im Frühjahr 2024 beschlossen wurden und am 11. Juni 2024 in Kraft getreten sind, steht nun deren Umsetzung in der dafür vorgegebenen zweijährigen Implementierungsfrist im Fokus. Die Arbeiten an der Umsetzung, die auf EU-Ebene von der Europäischen Kommission koordiniert und überwacht wird, laufen bereits mit hoher Intensität. Zu den Arbeitsschwerpunkten gehören dabei neben einer Anpassung des nationalen Rechts, insbesondere im Bereich des Asyl- und Aufenthaltsrechts, vollzugspraktische Themen wie die konkrete Ausgestaltung des Außengrenzverfahrens nach der neuen Asylverfahrensverordnung (einschließlich der Schaffung der erforderlichen Aufnahme- und Verwaltungskapazitäten an den EU-Außengrenzen), die Umsetzung des Screening-Verfahrens nach der Screening-Verordnung, des Zuständigkeitsbestimmungsverfahrens nach der ebenfalls neuen Verordnung über Asyl- und Migrationsmanagement (AMM-VO), die die Dublin-III-Verordnung ersetzen wird, sowie des verpflichtenden Solidaritätsmechanismus und der Aufnahmerichtlinie. Die Bundesregierung hat Anfang September 2025 zwei Gesetzentwürfe zur Anpassung des Bundesrechts an die Reform des Gemeinsamen Europäischen Asylsystems vorgelegt. Auf dieser Grundlage werden sowohl der landesgesetzliche Regelungsbedarf als auch die erforderlichen Umsetzungsschritte im Land Sachsen-Anhalt geprüft und mit den beteiligten Akteuren abgestimmt. Zudem wird gegenüber dem Bund darauf hingewirkt, dass neben den erforderlichen Rechtsänderungen im Bundesrecht auch die technische und operative Umsetzung der GEAS-Reform zügig vorangetrieben wird, dies betrifft insbesondere die Umsetzung der Screening-Verordnung. Für die Umsetzung der GEAS-Reform in Sachsen-Anhalt fungiert das Ministerium für Inneres und Sport gegenüber dem Bund als sogenannter „Single-Point-of-Contact“, wodurch eine zügige Informationsweitergabe an andere betroffene Ressorts sichergestellt werden kann.

Das Land wird den Umsetzungsprozess der GEAS-Reform weiterhin in den hiermit befassenen Bund-Länder-Gremien sowie im Bundesrat begleiten. Dabei wird insbesondere auch darauf zu achten sein, dass die Umsetzung so gestaltet wird, dass eine bessere Sicherung der Außengrenzen zum Schutz des Binnenraums mit seinen offenen Binnengrenzen und eine Verhinderung der Weiterwanderung von Schutzsuchenden innerhalb der EU in für deren Aufnahme unzuständige Mitgliedstaaten (Sekundärmigration), beides Kernziele der GEAS-Reform, tatsächlich erreicht werden. Dies ist dringend erforderlich, da immer noch zahlreiche Asylsuchende irregulär auf dem Landweg nach Deutschland gelangen und das derzeit noch Anwendung findende Dublin-Verfahren sich weiterhin im Hinblick auf mehrere Mitgliedsstaaten (insbesondere Griechenland, Ungarn, Italien) als dysfunktional erweist, da diese Mitgliedsstaaten nicht gewillt sind, geltendes EU-Recht einzuhalten.

Vor dem Hintergrund der anhaltend rückläufigen Bevölkerungsentwicklung ist auch die weitere Verbesserung der unionsrechtlichen Rahmenbedingungen für eine bedarfsorientierte Zuwanderung von qualifizierten drittstaatsangehörigen Fachkräften und ihren Familien für Sachsen-Anhalt von migrationspolitischer Relevanz und stellt ein wesentliches Element einer ausgewogenen Migrationspolitik dar. Mit der Neufassung der Daueraufenthaltsrichtlinie soll insbesondere ein echter EU-weiter Aufenthaltstitel geschaffen werden, der seinen Inhabern ermöglicht, in andere Mitgliedstaaten umzuziehen und dort zu arbeiten. Die Richtlinie über die kombinierte Erlaubnis statuiert ein einheitliches Antragsverfahren für die Erteilung einer kombinierten Aufenthalts- und Arbeitserlaubnis und garantiert Arbeitnehmern aus Drittstaaten, die sich rechtmäßig in einem Mitgliedstaat aufhalten, ein Bündel von Gleichbehandlungsrechten (Inländergleichbehandlung) auf arbeits-, sozial- und ausbildungsrechtlichem Gebiet.

Die Initiative zur Neufassung beider Richtlinien zielt darauf ab, den Anwendungsbereich zu vereinfachen sowie gemeinsame Mindestvorschriften für die Zulassungs- und Aufenthaltsbedingungen für gering- und mittelqualifizierte Arbeitnehmer zu gewährleisten. Die Beratung über den Vorschlag zur Daueraufenthaltsrichtlinie wurde Anfang März 2024 vorläufig abgebrochen. Ob und gegebenenfalls wann die Verhandlungen über das Dossier wieder aufgenommen werden, bleibt abzuwarten. Sachsen-Anhalt wird in diesem Fall die weitere Beratung des Reformvorschlags, vornehmlich über den Bundesrat und im Zusammenwirken mit den Beauftragten des Bundesrats in den zuständigen Arbeitsgremien des Rates, intensiv begleiten. Die Neufassung der Richtlinie über die kombinierte Erlaubnis ist am 20. Mai 2024 in Kraft getreten. Ihre Umsetzung in nationales Recht hat bis zum 22. Mai 2026 zu erfolgen. Das Land wird die insoweit vom Bundesgesetzgeber vorzunehmenden Rechtsänderungen (etwa im Bereich des Aufenthaltsrechts) zur richtlinienkonformen Anpassung des bereits bestehenden einheitlichen Antragsverfahrens für die Erteilung einer kombinierten Erlaubnis, die es Drittstaatsangehörigen ermöglicht, sich im Bundesgebiet aufzuhalten

und zu arbeiten, im Bundesrat begleiten. Landesrechtlicher Anpassungsbedarf besteht nicht.

Stärkung der internationalen (polizeilichen) Zusammenarbeit

Zur aktiven Wahrnehmung der verfassungsrechtlich verankerten Mitwirkungsrechte der Länder in Angelegenheiten der Europäischen Union wurden die Mandate Sachsen-Anhalts in der EU-Ratsarbeitsgruppe „Rechtsdurchsetzung“ sowie im Verwaltungsrat von Europol weiterhin beibehalten und wahrgenommen. Ein Vertreter des Ministeriums für Inneres und Sport vertritt dabei als durch den Bundesrat mandatierter Ländervertreter die Interessen aller Länder auf Grundlage des Gesetzes über die Zusammenarbeit von Bund und Ländern in Angelegenheiten der Europäischen Union (EUZBLG).

Im Rahmen des Mehrjährigen Finanzrahmens 2021–2027 beteiligt sich die Landespolizei Sachsen-Anhalt an mehreren durch den Fonds für die innere Sicherheit (ISF) geförderten internationalen Projekten. Dazu zählen u. a. MIAS+, SIOK, SKiD und cUAS.

Zur weiteren Stärkung der Europafähigkeit der Landespolizei sowie des Verständnisses für internationale polizeiliche Zusammenarbeit ist vorgesehen, auch im Jahr 2026 ausgewählte Beamtinnen und Beamte an Hospitationen bei Europol teilnehmen zu lassen. Darüber hinaus befindet sich eine Bereisung Europol in enger Kooperation mit dem Bundeskriminalamt in Vorbereitung. Diese soll insbesondere der Information und Abstimmung zu fachlichen Themenstellungen dienen, die für die Landespolizei von strategischer Bedeutung sind. Im Vordergrund steht hierbei die EU-Interoperabilitätsagenda, deren Umsetzung erhebliche Auswirkungen auf die zukünftigen Arbeitsprozesse, die technische Infrastruktur sowie die internationale Zusammenarbeit der Sicherheitsbehörden haben wird. Die Bereisung ermöglicht es den teilnehmenden Beamtinnen und Beamten, sich unmittelbar mit Expertinnen und Experten von Europol auszutauschen, aktuelle Entwicklungen aus erster Hand zu erfahren und die Sichtweise Sachsen-Anhalts in die Diskussionen einzubringen. Weiterhin wird auch im Jahr 2026 wieder eine offene Informationsveranstaltung zum Themenkomplex Europol in Zusammenarbeit mit dem Landeskriminalamt durchgeführt. Ziel dieser Veranstaltung ist es, interessierte Beamtinnen und Beamte des Landes über die Aufgaben, Arbeitsweisen und Kooperationsmöglichkeiten von Europol praxisnah zu informieren und zugleich das Interesse an Hospitationen bei Europol zu fördern.

Im Rahmen der polizeilichen Ausbildungs- und Ausstattungshilfe unterstützte die Landespolizei Sachsen-Anhalt in den vergangenen Jahren – unter Einbindung von Vertreterinnen und Vertretern der Diensthundeführerschule – das Bundeskriminalamt bei internationalen Aufbauhilfemaßnahmen. Dies umfasste insbesondere die Unterstützung folgender Staaten (nach DAC List of ODA Recipients):

- Nigeria (Aufbau einer Diensthundestaffel),

- Marokko (Wissens- und Erfahrungsaustausch zum Diensthundewesen, Aufbau einer Diensthundeschule, Ausbildung von Betäubungsmittelspürhunden; die für 2025 vorgesehene Ausbildung musste auf 2026 verschoben werden),
- Ghana (Aus- und Fortbildung von Betäubungsmittelspürhunden bei der Ghana Narcotic Border Control).

Darüber hinaus bestand ein fachlicher Austausch mit der Singapore Police Force (Training Research and Development, Police K-9 Unit) im Bereich der weiterführenden Ausbildung von atypischen Personenspürhunden (Mantrailing). Aufgrund begrenzter Kapazitäten konnte eine konkrete Ausbildung derzeit nicht realisiert werden; auch eine Anfrage der Republik Polen (Arbeitsebene) musste daher vorläufig negativ beschieden werden. Im fachlichen Fokus verbleibt die enge Kooperation mit dem Bundesministerium für Inneres in Österreich im Zusammenhang mit der Entwicklung von Datenträgerspürhunden. Zudem nimmt ein Vertreter der Diensthundeführerschule weiterhin als mandatiertes Experte an der von der Europäischen Kommission (Generaldirektion Migration und Inneres – Counter Terrorism) geführten EU-US-Arbeitsgruppe für Sprengstoffspürhunde teil.

III.7 Ministerium für Justiz und Verbraucherschutz

Förderung der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit der Justiz

Im Geschäftsbereich des Ministeriums für Justiz und Verbraucherschutz soll auch im Jahr 2026 die grenzüberschreitende Zusammenarbeit gefördert und fortgeführt werden. Die nachfolgend aufgeführten Maßnahmen haben sich bereits etabliert.

Hospitationen und Tagungen im europäischen Ausland

Das Ministerium für Justiz und Verbraucherschutz entsendet regelmäßig Richterinnen und Richter sowie Staatsanwältinnen und Staatsanwälte zu Tagungen und Hospitationen ins europäische Ausland. Koordiniert werden diese Auslandsaufenthalte seitens des European Judicial Training Network (EJTN), das von der Europäischen Kommission gefördert wird. Ziel der Maßnahmen ist es, dass sich die Justizbediensteten im Rahmen der verschiedenen EJTN-Austauschprogramme mit anderen Rechtssystemen vertraut machen. Möglich sind in diesem Zusammenhang Langzeithospitationen beim Gerichtshof der Europäischen Union (EuGH), beim Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte (EGMR), bei Eurojust oder bei der Europäischen Staatsanwaltschaft (EUSTA), Kurzeithospitationen (allgemein, fachspezifisch oder für Führungskräfte in der Justiz) und bilaterale Kurzeithospitationen. Das EJTN-Jahresprogramm wie auch Einzelveranstaltungen werden regelmäßig im Intranet Justiz veröffentlicht und durch das Ministerium für Justiz und Verbraucherschutz ausgeschrieben. Des Weiteren wird die Möglichkeit einer Teilnahme am AIAKOS-Programm

des EJTN eröffnet, das besonders für Richterinnen und Richter sowie Staatsanwältinnen und Staatsanwälte, die noch am Beginn ihrer Laufbahn stehen, Gelegenheit bietet, andere Justizsysteme und Lehrprogramme kennen zu lernen, ihre Kenntnisse zum EU-Recht und zu den Instrumenten der justiziellen Zusammenarbeit zu erweitern sowie nützliche, nachhaltige Kontakte für ihr weiteres Berufsleben zu knüpfen. Auf der Ebene des Präsidenten des Landgerichts Halle ist beabsichtigt, erneut an dem AIAKOS-Programm des EJTN teilzunehmen. In der Zeit zwischen dem 4. und 8. Mai 2026 wird das Landgericht Halle das „Hosting“ durchführen, d. h. das Landgericht empfängt während dieser Woche Gäste aus Europa. Seit einigen Jahren nimmt die Europäische Kommission als Zielgruppe von Programmen auch *court staff* in den Blick. Hierunter sind Beschäftigte zu verstehen, die nicht im richterlichen oder staatsanwaltlichen Bereich tätig sind; in Deutschland sind dies Angehörige des Rechtspfleger- und Justizverwaltungsdienstes sowie des Amtsanwalts- und des Gerichtsvollzieherdienstes.

Betreuung von europäischen und drittstaatsangehörigen Richterinnen und Richtern sowie Staatsanwältinnen und Staatsanwälten

Ebenfalls bereits langjährige Erfahrungen gibt es bei der Zusammenarbeit mit der Deutschen Stiftung für internationale rechtliche Zusammenarbeit e.V. (IRZ) im Bereich multilateraler Hospitationsprogramme für Richterinnen und Richter sowie Staatsanwältinnen und Staatsanwälte aus Staaten, die nicht der EU angehören. Diese Programme bieten ihren Teilnehmerinnen und Teilnehmern die Möglichkeit, sich in deutschen Gerichten und Staatsanwaltschaften einen Einblick in die Arbeitsweise ihrer deutschen Kolleginnen und Kollegen zu verschaffen und ihre Kenntnisse des deutschen und europäischen Rechts zu vertiefen.

Weitere Fortbildungsveranstaltungen

Ebenso tragen Fortbildungsveranstaltungen der Deutschen Richterakademie (DRA) mit Themenschwerpunkten zu europarechtlichen und internationalen Rechtsfragen, an denen auch Juristinnen und Juristen aus dem Ausland teilnehmen und bei denen zum Teil Exkursionen zu internationalen Gerichtshöfen stattfinden, zur weiteren Festigung der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit in der Justiz bei.

Darüber hinaus ermöglicht die Staatskanzlei und Ministerium für Kultur regelmäßig auch für Justizbedienstete die Teilnahme an Qualifizierungsprogrammen zur Erhöhung der Europakompetenz der Landesbediensteten.

Anknüpfend an die bisherigen Aktivitäten hat das Ministerium für Justiz und Verbraucherschutz für das Jahr 2026 wiederum in Aussicht genommen, Veranstaltungen im europäischen Kontext – unter anderem zu den europaweit durchgeführten Europawochen und in

der Vertretung des Landes Sachsen-Anhalt bei der EU – auszurichten oder an solchen mitzuwirken.

Partnerschaft mit europäischen Gerichten

Das Landgericht Halle und das Bezirksgericht in Poznań/Polen haben bereits im Dezember 2024 eine Gerichtspartnerschaft beschlossen. Nachdem im Mai 2025 eine Delegation des Landgerichts Halle nach Poznań gefahren ist, ist für das Jahr 2026 ein Gegenbesuch der polnischen Kolleginnen und Kollegen beabsichtigt.

Ausbildung

Wie in den vorangegangenen Jahren soll bereits im Rahmen der Ausbildung der Juristinnen und Juristen in der Zuständigkeit des Landesjustizprüfungsamtes die grenzüberschreitende Zusammenarbeit in der Justiz gefördert werden. Für Rechtsreferendarinnen und -referendare besteht die Möglichkeit, im vierten Ausbildungsabschnitt optional einen bis zu drei Monate dauernden Ausbildungsabschnitt bei ausländischen Ausbildungsstellen zu durchlaufen. Zudem kann die Wahlstation im gleichfalls drei Monate währenden fünften Ausbildungsabschnitt bei europäischen bzw. ausländischen Institutionen oder Ausbildungsstellen absolviert werden (§§ 37 f JAPrVO LSA). In Frage kommen unter anderem diplomatische und konsularische Vertretungen, die Vertretung des Landes Sachsen-Anhalt bei der Europäischen Union in Brüssel und Rechtsanwaltskanzleien.

Entsprechende Möglichkeiten wird es auch im Jahr 2026 bei der Referendarausbildung in Sachsen-Anhalt geben.

III.8 Ministerium für Wirtschaft, Tourismus, Landwirtschaft und Forsten

Innovation, Wissens- und Technologietransfer

Im Politikfeld Innovationspolitik verfolgt das Ministerium für Wirtschaft, Tourismus, Landwirtschaft und Forsten auch im Jahr 2026 konsequent das Ziel, bestehende Aktivitäten und Netzwerke zu verstetigen und weiter auszubauen. Maßgebliche Grundlage bilden hierbei die Schwerpunkte der Regionalen Innovationsstrategie des Landes Sachsen-Anhalt sowie die Erfordernisse, die sich aus den grundlegenden Voraussetzungen für den Einsatz der Mittel der Europäischen Struktur- und Investitionsfonds (ESIF) ergeben. Von besonderer Bedeutung ist in diesem Zusammenhang die Leitmarktarbeit im Rahmen der Regionalen Innovationsstrategie Sachsen-Anhalt 2021–2027 (RIS). Diese definiert mit den fünf Leitmärkten sowie den verschiedenen Querschnittsbereichen das spezifische Spezialisierungsprofil des Landes. Trotz einer inhaltlichen Fokussierung durch diese Spezialisierungen wird weiterhin ein technologieoffener Ansatz verfolgt, um flexibel auf sich abzeichnende

Innovationsmöglichkeiten sowie auf die Entwicklung neuer Schlüsseltechnologien reagieren zu können. Zielsetzung ist es, die sich daraus ergebenden Potenziale durch eine aktive Begleitung der Vorhaben sowie durch die gezielte Motivation zur Teilnahme an einschlägigen europäischen Programmen zu erschließen und im europäischen wie auch im internationalen Kontext wirksam werden zu lassen.

Das Land Sachsen-Anhalt wird seine aktive Mitgliedschaft in der S3-Plattform (S3CoP) der Europäischen Kommission fortführen und den überregionalen Austausch zudem über internationale Kontakte in den Akteursgruppen der RIS-Leitmärkte sowie durch die Mitwirkung in internationalen Kooperationsprojekten weiter intensivieren. Unternehmen werden hierbei gezielt ermutigt, sich an europäischen Programmen zu beteiligen – insbesondere an Horizont Europa, aber auch an Formaten wie Interregional Innovation Investments (I3) oder den Förderaufrufen des European Innovation Council (EIC).

Zur Erreichung dieser Zielstellungen setzt das Ministerium weiterhin auf eine proaktive Ansprache der Unternehmen und Wissenschaftseinrichtungen des Landes, um deren aktive Befassung mit der Entwicklung europäischer Projektvorhaben zu befördern. Parallel dazu werden die relevanten Akteure kontinuierlich angeregt, sich an neuen europäischen Wettbewerbsprogrammen zu beteiligen. Unter Einbindung thematisch einschlägiger europäischer Partner sollen Vorhaben von Unternehmen und wissenschaftlichen Einrichtungen mit Unterstützung des Enterprise Europe Network (EEN) realisiert werden. Darüber hinaus erfolgt die Einbindung sämtlicher EU-Beratungsstellen des Landes sowie geeigneter Stellen des Technologie- und Wissenstransfers in die Internationalisierung und Weiterentwicklung der Leitmarktarbeit der RIS.

Binnenmarkt

Die Ausgestaltung des EU-Binnenmarktes bleibt eine fortlaufende europäische, nationale und regionale Aufgabe. Insbesondere die Regelungen der Europäischen Dienstleistungsrichtlinie und der Berufsanerkennungsrichtlinie sind von zentraler Bedeutung. So stellt der Betrieb und die Weiterentwicklung des Einheitlichen Ansprechpartners (EA) eine Daueraufgabe dar. Im Rahmen der Arbeitsgruppe EA-Netzwerk des Bund-Länder-Ausschusses „E-Government für die Wirtschaft“ wirkt das Land 2026 weiter aktiv an der Wahrnehmung der sich hieraus ergebenden operativen Aufgaben mit. Das Ministerium für Wirtschaft, Tourismus, Landwirtschaft und Forsten nimmt diesbezüglich die notwendigen Abstimmungen mit anderen Ressorts und Akteuren in Sachsen-Anhalt vor.

Außenwirtschaft

Durch die tiefgreifenden geopolitischen Ereignisse und Veränderungen war ab 2023 tendenziell eine starke Orientierung des Außenhandels auf naheliegende und wirtschaftspolitisch sichere Märkte festzustellen. Die Unternehmen setzten das Prinzip der Diversifizierung der eigenen Absatzmärkte stärker um, um eine zu hohe Abhängigkeit von einzelnen Zielländern zu vermeiden und resilienter gegen Störungen der Lieferketten zu werden.

So sind die Beziehungen zu den USA wie auch zur Volksrepublik China, nach Jahren einer stetig engeren Zusammenarbeit, zunehmend mit Problemen behaftet. Dies sind generelle Marktzugangsbeschränkungen, volatile Zollpolitik, die sich verstärkende politische und wirtschaftliche Konfrontation der beiden Großmächte und anderen westlichen Staaten sowie antidemokratische und nationalistische Entwicklungstendenzen in China. Dennoch sind und bleiben die USA und China die größten und wichtigsten Außenwirtschaftspartner insbesondere auch für Sachsen-Anhalt. Es ist unabdingbar, sich noch stärker für die Schaffung eines Level-Playing-Fields beim Marktzugang und bei Investitionen einzusetzen sowie Investitionen effektiv zu schützen. Der Einsatz für freien Handel im Rahmen von WTO-Regeln oder für den Abschluss von bi- oder multilateralen Handelsabkommen soll weiterhin im Vordergrund stehen. Insoweit muss das Augenmerk weiterhin verstärkt auf die Wettbewerbsfähigkeit der sachsen-anhaltischen Unternehmen, vor allem der KMU, gelegt werden, um international wieder stärker bestehen zu können. Die Landesregierung sieht sich hier in der Verantwortung, gemeinsam mit allen anderen Akteuren in diesem Bereich günstige Rahmenbedingungen für Wachstum und ein positives Umfeld für außenwirtschaftliche Aktivitäten zu schaffen. Ziel ist es dabei, die Außenwirtschaft Sachsens-Anhalts nachhaltig zu stärken und kleine und mittelständische Unternehmen besonders zu unterstützen.

Insofern ist die weitere Umsetzung der 2024 verabschiedeten Außenwirtschaftsstrategie des Landes in einem zunehmend schwierigeren globalen Umfeld von herausragender Bedeutung. Der praktizierte Weg einer „offenen Strategie“ ohne starre Festlegung auf einzelne Zielmärkte wird dabei von allen Außenwirtschaftsbeiratsmitgliedern weiter befürwortet und daher fortgesetzt. Gleichwohl ist eine Konzentration von Instrumenten und Maßnahmen – auch mit Blick auf die verfügbaren Ressourcen – sinnvoll und notwendig. So sollen insbesondere die Beziehungen mit den Staaten der EU sowie bedeutenden und verlässlichen Staaten außerhalb der EU, wie vor allem den USA, Großbritannien, Vietnam, Japan und Südkorea, aber nach wie vor auch China, ausgebaut und vertieft werden. Dies schließt die gezielte Ansprache von Wachstumsregionen (z.B. ASEAN) ebenfalls ein. Bestehende Freihandelsabkommen sollen dabei intensiv genutzt werden. Das Land wirkt darüber hinaus über die verschiedenen Beteiligungsverfahren an der Ausgestaltung künftiger Freihandelsabkommen (z.B. Mercosur) proaktiv mit. Dabei soll strategisch darauf geachtet werden, bei

der Anbahnung von Kontakten und der Auswahl möglicher Geschäftspartner zu diversifizieren, um zu starke Abhängigkeiten in wichtigen Bereichen von nur einem Markt zu vermeiden und so resilienter auf Veränderungen reagieren zu können.

Eine hohe Verflechtung sachsen-anhaltischer Warenströme mit dem Ausland gibt es in den Bereichen der chemischen Industrie, Kunststoffproduktion und Pharmaindustrie. Daraus ergibt sich auch eine starke Abhängigkeit von Rohstofflieferungen, vor allem von Öl- und Gasimporten. Dies betrifft ebenfalls verschiedene Bereiche der Metallverarbeitung sowie deren Nachfolgeindustrien. Auch Transport und Logistik sind für alle Wirtschaftszweige von herausragender Bedeutung. Der Außenhandel in Sachsen-Anhalt hatte sich in den zurückliegenden Jahren trotz Krisen und globaler Turbulenzen gut entwickelt. Im Jahr 2022 erreichten die Exporte einen Wert von rd. 23,96 Mrd. Euro, ein absolutes Allzeithoch. 2023 erfolgte ein signifikanter Rückgang der Exporte auf 21,64 Mrd. Euro, 2024 nochmals ein leichter Rückgang auf 21,46 Mrd. Euro.

Bei den Exporten hielt die ohnehin starke Ausrichtung der Unternehmen auf Absatzmärkte innerhalb des geografischen Europas nach wie vor an. Die Ausfuhren gingen leicht zurück und haben nunmehr einen Anteil von 82,86% an den Gesamtausfuhren des Landes.

Davon entfielen 2024 allein auf die EU Staaten 15,09 Mrd. € (2023 = 15,16 Mrd. €), das entspricht einem Minus von 0,44% und einem leicht gestiegenen Gesamtanteil von 70,27% (2023 = 70,06%). Gut zugelegt haben auch die Ausfuhren nach Nord- und Süd-Amerika (+5,18%) und Afrika (+10,93%), weniger stark nach Asien (+1,24%) und nach Australien-Ozeanien (-10,88%) waren sie sogar rückläufig. Die wichtigsten Exportländer Sachsen-Anhalts sind in den Reihen der EU Länder zu finden. Dabei hat Polen seit Jahren eine herausragende Stellung, die sich 2024 noch einmal verfestigt hat (+5,29%). Waren von 2,69 Mrd. € (12,53% Anteil an den Gesamtexporten) werden dorthin geliefert. Auf den weiteren Plätzen folgen die Niederlande (+5,37%, 9,57% Anteil), Tschechien -6,43%, 7,27%) und Frankreich -2,43%, 7,01%). Die wichtigsten Nicht-EU-Länder sind Großbritannien (Platz 7), die USA (9) und die Schweiz (10). China lag mit Platz 12 wie auch 2023 (Platz 11) außerhalb der TOP 10. Die wichtigsten Exportwaren kamen aus den Gruppen Chemische Enderzeugnisse, Pharmazeutische Erzeugnisse, Mineralölerzeugnisse, Kunststoffe, Chemische Vor- und Enderzeugnisse.

Auch bei den Importen gab es 2022 einen außerordentlich starken Zuwachs von 19,08 Mrd. auf 24,95 Mrd. Euro. Das bedeutete ein Plus von rd. 5,87 Mrd. oder 30,8%. Damit ergab sich ein Importüberschuss von rd. 993 Mio. €. 2021 war noch ein Exportüberschuss von rd. 200 Mio. € zu verzeichnen. Das Bild veränderte sich 2023 grundlegend. Aufgrund der Nachwirkungen der Corona-Krise und der Einstellung des Bezuges russischen Erdöls und später auch Erdgases gingen die Importe Sachsen-Anhalts um 1,443 Mrd. Euro (-5,78%) zurück und lagen bei 23,51 Mrd. Euro. Statt eines Exportüberschusses wie in 2022 stand nunmehr

ein Außenhandelsdefizit von 1,87 Mrd. Euro. zu Buche. 2024 sprangen die Importe auf ein neues Allzeithoch von 25,74 Mrd. Euro. Der Anstieg zum Vorjahr betrug 9,49%. Das Außenhandelsdefizit wuchs auf 4,26 Mrd. Euro. Importe kamen vorrangig aus den Bereichen: Erdöl und Erdgas, Geräte zur Elektrizitätserzeugung und –verteilung, Pharmazeutische Erzeugnisse, Nachrichtentechnische Geräte und Einrichtungen, Chemische Vorerzeugnisse, Aluminium und Legierungen. Bei den wichtigsten Importländern liegt die VR China mit 5,01 Mrd. € weiterhin an der Spitze. +2,34 Mrd. € bedeuten einen riesigen Zuwachs von 87,2% gegenüber 2023. Mit einem Anteil von 25,2% an den Gesamtimporten Sachsen-Anhalts hat China mittlerweile eine absolute Ausnahmestellung inne. Es folgen Polen (2,44 Mrd. € = 9,8%, ebenfalls große Steigerung + 25,16%) und die Niederlande (2,34 Mrd. € = 9,39%). Die in den vorangegangenen Abschnitten beschriebenen Entwicklungen setzten sich tendenziell auch in 2025 fort. Die Exporte Sachsen-Anhalts verzeichnen auch im 1.HJ 2025 weitere Rückgänge im Vergleich zum Vorjahreszeitraum (-3,58%) wogegen die Importe zulegen (+6,03%). Die Exporte auf die wichtigsten Zielkontinente (Europa, Asien und Amerika) gingen zurück. Zugelegt haben die Exporte nach Afrika und Australien, jedoch auf nominal sehr geringem Niveau. Bei den Importen sind die Steigerungen vor allem aus Asien und Amerika gewachsen. Dabei nimmt vor allem China weiterhin eine herausragende Position ein, die Importe nach Sachsen-Anhalt stiegen hier im 1.HJ 2025 nochmals um 81,41% (+1,5 Mrd. Euro) gegenüber dem Vorjahreszeitraum.

Internationale Akquisition

Mit Blick auf die sich dynamisch entwickelnden geopolitischen Rahmenbedingungen, sowie den personellen und finanziellen Ressourcen der Gesellschaft konzentriert sich die Investitions- und Marketinggesellschaft des Landes Sachsen-Anhalt mbH (IMG), im Jahr 2026 auf die wichtigsten internationalen Märkte. Der Fokus liegt dabei auf dem europäischen Markt sowie Teilen des nordamerikanischen und asiatischen Marktes. Entsprechend der Möglichkeiten, die sich in diesen herausfordernden Entwicklungen bieten, wird die Durchführung und Teilnahme an internationalen Investorenveranstaltungen, Delegationen (incoming / outgoing), Kongressen und Messen geprüft und geplant. Dabei setzt die IMG auf ihre strukturellen Stärken, insbesondere der engen Verknüpfung des Investorenservice zur Ansiedlung neuer Unternehmen mit dem Standortmarketing und dem Tourismusmarketing des Landes. Zur Bündelung strategischer Ziele und im Interesse einer erfolgreichen Umsetzung der Vorhaben kooperiert die IMG mit zuverlässigen Partnern wie Germany Trade and Invest (GTAI), Auslandshandelskammern (AHK), der deutschen Zentrale für Tourismus, (DZT) Wirtschaftsförderern, Kammern, Verbänden. Im Rahmen der gegebenen Möglichkeiten wird die IMG bestehende Kontakte pflegen und „Flagge“ auf wichtigen internationalen Märkten für Sachsen-Anhalt zeigen.

Der Bedarf der heimischen Industrie sowie die vergangenen Standortentscheidungen hat die IMG veranlasst, ihren Fokus auf Unternehmen mit Investitionsinteresse der entsprechenden Zulieferketten zu legen. In diesem Sinne legt die IMG einen Fokus auf die Chemieindustrie, Semiconductor-Industrie, Life Sciences, Umwelttechnologien und Start-Ups. Ausländische Direktinvestitionen sind wichtige Impulse für die Entwicklung der regionalen Wirtschaft auch für die Zukunft.

Beispiele für geplante Maßnahmen der IMG im Jahr 2026 sind u.a.:

- Investorenveranstaltung in Japan gemeinsam mit GTAI, in Kooperation mit InfraLeuna (Fokus: Halbleiter-Chemie)
- Investorenveranstaltung in Südkorea gemeinsam mit GTAI (Fokus: Zulieferwirtschaft der Halbleiterindustrie)

Die IMG prüft derzeit eine aktive Teilnahme auf den Semiconductor-Messen 2026 zur Ansprache potenzieller Investoren als Zulieferer.

Darüber hinaus plant die IMG die Teilnahme an internationalen Messen (Swiss BioTech Days, BioEurope, IFAT München, Medica, REA Hannover) zur proaktiven Ansprache potenzieller Investoren.

Fachkräfteansprache und –gewinnung durch die Investitions- und Marketinggesellschaft Sachsen-Anhalt mbH (IMG)

Eine im Jahr 2024 gestartete Marketingkampagne macht die Vielfalt interessanter Jobmöglichkeiten in Sachsen-Anhalt sichtbar und präsentiert Sachsen-Anhalt als ein Bundesland, das sich durch seine qualitativ hochwertigen Lebensbedingungen und seine reichhaltigen kulturellen oder touristischen Angebote auszeichnet. Neben Pendlern werden gezielt Studierende sowie explizit Studierende mit internationalem Hintergrund, die bereits in Sachsen-Anhalt leben, angesprochen. Auch zielen die Maßnahmen darauf ab, potentielle Rückkehrer anzusprechen. Die Marketingaktivitäten werden sukzessive und zielgruppenadressiert ausgespielt. Kooperationsvereinbarungen der IMG mit dem DEHOGA Sachsen-Anhalt e.V. werden verlängert, um die Gewinnung von Auszubildenden aus Vietnam für den gastronomischen, für den gewerblich-technischen Bereich und für das Handwerk durch eine erhöhte sprachliche Vorbereitung im Heimatland Vietnam zu verbessern.

Partner von morgen

Das Landesprogramm „Partner von morgen“ ist ein niedrighschwelliges Programm, das sich sowohl an ausländische Studierende der Hochschulen des Landes sowie an kleine und mittelständische Unternehmen (KMU) in Sachsen-Anhalt richtet, die sich mit ihren innovativen Produkten international positionieren und neue Märkte erschließen möchten. Es ist grundsätzlich länder- und branchenoffen.

Internationale Studierende werden an KMU in Sachsen-Anhalt vermittelt. Dort absolvieren sie ein begleitetes, thematisch fokussiertes Praktikum mit dem Ziel, die außenwirtschaftlichen Aktivitäten des aufnehmenden Unternehmens zu unterstützen. Die öffentliche Ausschreibung für den Programmzyklus 2026 – 2028 ist bereits gestartet und die Förderung des Programms ist für weitere drei Jahre gesichert.

Tourismusmarketing

Der Masterplan Tourismus Sachsen-Anhalt 2027 legt den Fokus auf eine nachhaltige Tourismusentwicklung, um einen ökologisch ausgerichteten und langfristig wirtschaftlich erfolgreichen Tourismus zu fördern. Ein zentraler Aspekt zur Steigerung der Übernachtungszahlen ist die Förderung des Incoming-Tourismus in Sachsen-Anhalt, da ein Wachstum auf lange Sicht maßgeblich durch internationale Gäste generiert werden kann.

Der Incoming-Tourismus sieht sich weiterhin Herausforderungen gegenüber, welche durch die Inflation, den Klimawandel und den Krieg in der Ukraine bedingt sind und das Reiseverhalten beeinflussen. Angesichts der verschärften wirtschaftlichen Rahmenbedingungen und steigenden Kosten für Fernreisen werden Europäer vermehrt innerhalb der Nahmärkte in Europa reisen, wodurch sie als potenzielle Gäste für Sachsen-Anhalt gewonnen werden können. Die langfristige angestrebte Steigerung der Zahlen erfordern daher weiterhin verstärkte Marketingaktivitäten im Ausland, um die internationale Nachfrage zu stabilisieren. Daher stellt die IMG in den nächsten Jahren weiterhin die Weichen für ein gezieltes Auslandsmarketing, das wie folgt aussieht:

- In Bestandsmärkten wie den Niederlanden, Österreich, der Schweiz, Dänemark, Polen und Großbritannien sollen die Marktanteile gehalten und idealerweise ausgebaut werden.
- In Dynamikmärkten, wie beispielsweise in den USA, wird die Marktbearbeitung intensiviert, um Marktanteile zu gewinnen.
- In Beobachtungsmärkten wie Schweden und Tschechien wird die Entwicklung weiterhin analysiert, und bei geeigneten Gelegenheiten erfolgt eine punktuelle Marktbearbeitung.

Auf Grundlage der Erkenntnisse aus der Quellmarktbefragung wird sich die IMG vorrangig den ausgewählten Themenkampagnen der Deutschen Zentrale für Tourismus (DZT) in den identifizierten Primärmärkten (Niederlande, Österreich, Schweiz, Dänemark, Polen und USA) anschließen, um Synergieeffekte zu maximieren und die Sichtbarkeit des Reiselandes Sachsen-Anhalt im Ausland zu erhöhen. Zusätzlich werden weitere Marketingformate wie Messen, Medienkooperationen, Newsletter-Beiträge, Social-Media-Werbung, Presse-reisen und die Teilnahme an B2B-Netzwerkveranstaltungen genutzt. Die Vermarktungsaktivitäten werden ausgewogen auf B2C-Maßnahmen zur direkten Ansprache potenzieller

Reisegäste, sowie auf maßgeschneiderte B2B-Maßnahmen zur Ansprache von Pressevertretern und Multiplikatoren aus der Reisebranche verteilt.

Standortmarketing für den Wirtschafts- und Wissenschaftsstandort Sachsen-Anhalt

Im Auftrag des Landes führt die IMG in ausgewählten Ländern und internationalen Märkten die bestehende Vermarktung auch im Jahr 2026 fort. Das Portfolio des Standortmarketings ist maßgeblich entwickelt, um die Marke Sachsen-Anhalt, explizit den Wirtschafts- und Lebensstandort, stärker im internationalen Wettbewerb zu platzieren.

Das Standortmarketing besetzt differenzierte Vermarktungsansätze (sowohl Kompetenzfeldmarketing als auch imagegebendes Kampagnenmarketing) zur Erreichung der Ziele:

- Investitionen in Sachsen-Anhalt zu heben
- den Bekanntheitsgrad/Imagefaktor Sachsen-Anhalts zu stärken.

Das Kompetenzfeldmarketing orientiert sich am erstgenannten Ziel und arbeitet sehr themen- und zielgruppenspezifisch, um Streuverluste zu vermeiden. Dabei erfolgt die Positionierung Sachsen-Anhalts als idealer Investitionsstandort durch den Einsatz verschiedener Marketinginstrumente, wie beispielsweise dem Storytelling und der Vermittlung von Alleinstellungsmerkmalen. Die Ansprache erfolgt im crossmedialen Marketing-Mix (Online - und Social Media Marketing, Medienkooperationen, out of home-Marketing sowie auf IMG-eigenen und Fremdveranstaltungen). Die Kompetenzfelder basieren auf der Regionalen Innovationsstrategie des Landes Sachsen-Anhalt und sind in ihrer Fokussierung eng mit der Ansiedlungsstrategie der IMG verknüpft. Im Jahr 2026 liegt der Schwerpunkt in den Märkten Deutschland/ Österreich/ Schweiz (DACH) sowie USA auf den Fokusthemen:

- Hightech Innovation, MedTech, Bioökonomie,
- Biotech, Pharma, Keislaufwirtschaft.

Weitere Fokusthemen, die sich u.a. an der Regionalen Innovationsstrategie des Landes orientieren, sind Chemie, Erneuerbare Energien, Wasserstoff / Batterie, Digitalisierung sowie die Medien- und Kreativwirtschaft.

Beispiele für Maßnahmen, anknüpfend an die Kompetenzfelder der Regionalen Innovationsstrategie des Landes sind:

- Landespräsentation: Real Estate Arena und Semicon
- Erstellung unternehmerischer Erfolgsgeschichten

Die imagegebenden Kampagnen haben auch im Jahr 2026 das Ziel, den Bekanntheitsgrad und den Imagefaktor von Sachsen-Anhalt im internationalen Raum zu erhöhen und weisen

einen besonderen imagegebenden Ansatz sowie eine höhere Reichweite auf. Folgende Kampagnen stehen im Fokus:

- „Zukunftsorte - HIER trifft Wirtschaft Wissenschaft.“
- Wirtschaftsstandort Sachsen-Anhalt: „HIER ist Platz für große Pläne.“
- „Kreativorte im Grünen“
- Gründerkampagne „HIER we go.“
- Echtzeit - Leben und Reisen in Sachsen-Anhalt.

Insbesondere die „Zukunftsorte - HIER trifft Wirtschaft Wissenschaft“ sind Herzstück des Standortmarketings für Sachsen-Anhalt und vermarkten 13 Exzellenz-Standorte, die ideale Bedingungen für Wirtschaft und Wissenschaft mit Potenzial und Platz für Investoren bieten. Eingebunden in die Maßnahmen der imagegebenden Kampagnen und des Kompetenzfeldmarketings werden Themen von besonderem Interesse und vermarktet, darunter: Hidden Champions sowie die Nahrungsmittelindustrie.

Europäische Territoriale Zusammenarbeit

Die Umsetzung des Programms Interreg Europe in der Förderperiode 2021 bis 2027 geht vonstatten, drei Projektaufrufe zur Antragstellung (Call) sind erfolgt. Das Ministerium für Wirtschaft, Tourismus, Landwirtschaft und Forsten koordiniert weiterhin federführend (Lead Partner) das Projekt „Regional Innovation for Smart Ecosystems in Health and Medicine in the EU“ (kurz: RISEMED4EU). Das Projekt konzentriert sich auf fortschrittliche Diagnostik und personalisierte Medizin. Ziel ist es, die politischen Instrumente zur Innovationsförderung im Gesundheits- und Medizinsektor auf der Grundlage guter Erfahrungen im europäischen Kontext zu verbessern. In 2026 werden Gespräche zur Vorbereitung der Nachfolgeprogramme weitergeführt. Die Landesverwaltung bringt sich aktiv in die länderübergreifende Diskussion zur Neuausrichtung der ETZ-Programme in der kommenden Förderperiode gegenüber dem Bund und der EU ein.

Europäische Kooperationsnetzwerke

Europäisches Chemieregionen-Netzwerk ECRN

Das ECRN wird sich auch im nächsten Jahr den inhaltlichen Schwerpunktthemen grüner Wasserstoff und Chemie 4.0, Nachhaltigkeit der Chemie sowie Kreislaufwirtschaft und neue Abfallstrategien in Kombination mit der Erschließung neuer Rohstoffquellen widmen und hierbei den Interessen der Mitgliedsregionen, so auch Sachsen-Anhalts, auf Europäischer Ebene Gehör verschaffen. Mit dem ECRN existiert nach wie vor eine wertvolle Austauschplattform für die europäischen Chemieregionen. Als Kernmitglied der Just Transition Plat-

form Working Group on Chemicals wird das ECRN die Mitgliederinteressen bei der Entwicklung praktischer Lösungen zur Dekarbonisierung des Chemiesektors im Rahmen des Strukturwandels unterstützen. Neben der Interessenvertretung bei der EU und Mitgestaltung europäischer Industriepolitik ist der starke Regionenbezug des Netzwerks ein Grund für besonders intensive Kooperations- und Austauschbeziehungen zwischen den Regionen. Es gelingt damit, konkrete Problemstellungen in gemeinsamen Projekten zu bearbeiten. Die Europäische Kommission nimmt das Netzwerk wahr, kooperiert aktiv mit den teilnehmenden Regionen und bezieht diese beispielsweise in pilothafte Modellvorhaben ein. Die Wahrnehmung der Interessen Sachsen-Anhalts in diesem Netzwerk erfolgt auch in 2026 weiterhin durch das Ministerium für Wirtschaft, Tourismus, Landwirtschaft und Forsten.

Vanguard-Initiative

Sachsen-Anhalt ist Vollmitglied in der Vanguard-Initiative. In erster Linie dient die Mitgliedschaft der Förderung der Erhöhung der Bekanntheit und Vernetzung Sachsen-Anhalts im Kanon ähnlich motivierter europäischer Regionen. Im Vordergrund der Aktivitäten steht insbesondere die Absicht, innovative Pilotvorhaben unter Beteiligung von Wirtschafts- und Wissenschaftsakteuren anzuregen und Passfähigkeit zu europäischen Programmen herzustellen. Sachsen-Anhalt hat sein Interesse für die thematischen Säulen 3D-Druck, Bioökonomie, Intelligente Gesundheitslösungen sowie Effiziente und nachhaltige Produktionsprozesse bekundet. Unter diesen Säulen werden auch 2026 im Sinne des Landes Aktivitäten verfolgt, die von der Information über den Austausch bis hin zu konkreten Projektansätzen und der Unterstützung bei fachpolitischen Entscheidungsprozessen von Dienststellen der Europäischen Kommission reichen.

Entwicklungszusammenarbeit

Im Rahmen der Entwicklungszusammenarbeit des Landes Sachsen-Anhalt werden auch im kommenden Jahr verschiedene Maßnahmen zur Umsetzung der Leitlinien zur Entwicklungszusammenarbeit (EZ-Leitlinien) des Landes, die am 12. März 2019 von der Landesregierung verabschiedet wurden, durchgeführt. Die EZ-Leitlinien sind an die von den Vereinten Nationen in 2015 entwickelten Ziele für nachhaltige Entwicklung (Sustainable Development Goals – SDGs) angelehnt. Teil der Leitlinien ist ein Arbeitskreis für Informationsaustausch über Programme, Projekte und Initiativen, der einmal jährlich mit Vertretern der Landesressorts und der Landtagsfraktionen, außerdem mit Akteuren der Zivilgesellschaft, der Wirtschaft, der Hochschulen sowie der kommunalen Spitzenverbände stattfindet.

Ein Schwerpunkt liegt weiterhin in der entwicklungs- und nachhaltigkeitsbezogenen Bildungs-, Informations- und Öffentlichkeitsarbeit. Die Förderung entwicklungsbezogener Projekte von Nichtregierungsorganisationen hat dabei große Bedeutung.

Im Hinblick auf die auch in Sachsen-Anhalt stärker spürbaren Auswirkungen des sich verändernden Klimas, wird ein Projekt einer Nichtregierungsorganisation unterstützt, das erstmals Aspekte des Fairen Handels und der Nachhaltigkeit mit Landwirtschaft verknüpft. So soll über die Vernetzung der Zielgruppen vor Ort hinaus ein Austausch mit Produzenten aus Ländern des Globalen Südens stattfinden. Das Projekt läuft seit 1. Juli 2025 bis zum 30. Juni 2027.

Zudem nimmt Sachsen-Anhalt am aktuellen Programmzyklus des Bund-Länder-Programms des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung teil. Nach gemeinsamer Vorbereitung durch das Ministerium für Wirtschaft, Tourismus, Landwirtschaft und Forsten, das Ministerium für Wissenschaft, Energie, Klimaschutz und Umwelt als fachlich zuständiges Ressort sowie der Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit GmbH (GIZ) konnte der Projektvorschlag „Unterstützung der Stadtkliniken von Saporischja bei medizinischer Ausstattung, Konzeptplanung und Ausbildung“ mit Landesbeteiligung durch das Ministerium für Wissenschaft, Energie, Klimaschutz und Umwelt beim BMZ eingereicht werden. Nach dem positiven Bescheid läuft das Projekt nun seit Oktober 2025 noch bis Dezember 2026.

EU-Agrarpolitik

Seit Mitte 2025 läuft die begleitende Evaluierung des deutschen GAP-Strategieplans. Die umfassende Analyse und Bewertung der Maßnahmen sowie der Zielerreichung ist insbesondere für die Jahre 2025 und 2026 vorgesehen. Die Ergebnisse werden vom Bundesministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Heimat (BMELH) modular veröffentlicht und fließen direkt in die Vorbereitung der nächsten Förderperiode ab 2028 ein. Parallel dazu schreitet die Diskussion über die Zukunft der Gemeinsamen Agrarpolitik (GAP) ab 2028 deutlich voran. Aufbauend auf dem von der Europäischen Kommission im Januar 2024 initiierten strategischen Dialog zur Zukunft der Landwirtschaft in der EU hat die Europäische Kommission im Juli 2025 einen umfassenden Legislativvorschlag zum Mehrjährigen Finanzrahmen (MFR) und zur Reform der GAP ab 2028 vorgelegt. Trotz wachsender Herausforderungen für die europäische Landwirtschaft, etwa durch zunehmende Klimarisiken, geopolitische Unsicherheiten und gestiegene gesellschaftliche Erwartungen an Umwelt- und Tierschutz, sieht der MFR-Entwurf eine signifikante Absenkung der Mittel für die Gemeinsame Agrarpolitik vor. Zusätzlich enthält der Vorschlag Überlegungen zu einer EU-weiten Kappung und Degression der Direktzahlungen, die insbesondere größere Betriebe in den ostdeutschen Bundesländern empfindlich treffen könnten.

Zentrales Element des Vorschlags ist die Bildung von Nationalen und Regionalen Partnerschaftsplänen (NPR), unter die künftig unter anderem auch die Gemeinsame Agrarpolitik, die Kohäsionspolitik und Programme wie LEADER fallen sollen. Damit verfolgt die Europäische Kommission das Ziel einer stärkeren Politikintegration auf EU-Ebene. Es handelt sich um einen ersten Vorschlag, der sowohl im Europäischen Parlament als auch in vielen Mitgliedstaaten, auch in Deutschland, in seiner Ursprungsform auf deutliche Kritik stößt.

Die Verhandlungen zum MFR und zur künftigen Ausgestaltung der GAP ab 2028 müssen im Laufe des Jahres 2026 intensiv weitergeführt werden. Es ist davon auszugehen, dass sich die Verhandlungen als schwierig erweisen und bis ins Jahr 2027 fortgeführt werden müssen. Insbesondere der Europäische Rat, das Europäische Parlament und die Europäische Kommission stehen im Trilog-Verfahren vor der Herausforderung, eine ausgewogene Lösung zwischen finanzieller Tragfähigkeit, Wettbewerbsfähigkeit und ökologischer Ambition der europäischen Landwirtschaft zu finden. Für Deutschland und Sachsen-Anhalt wird dabei entscheidend sein, dass die regionalen Belange und die vielfältige Agrarstruktur weiterhin angemessen berücksichtigt wird. Dafür wird sich Sachsen-Anhalt auf allen Ebenen vehement einsetzen.

Natura 2000 und Agrarumwelt- und Klimamaßnahmen (AUKM)

Das Land Sachsen-Anhalt hat mit der Umsetzung der Fauna-Flora-Habitat-Richtlinie (92/43/EWG) und der Vogelschutzrichtlinie (2009/147/EG) am Aufbau des EU-weiten Schutzgebietssystems Natura 2000 mitgewirkt und sich gegenüber der EU verpflichtet, für einen guten Erhaltungszustand dieser Lebensräume zu sorgen. Das Förderprogramm „Freiwillige Naturschutzleistungen“ des Landes ist eine Agrarumwelt- und Klimamaßnahme der sogenannten 2. Säule der Gemeinsamen Agrarpolitik der EU und hat zum Ziel, zur Wiederherstellung, Erhaltung und Verbesserung der naturnahen, aber durch landwirtschaftliche Nutzung geprägten Lebensräume und der darin vorkommenden Arten im Schutzgebietssystem Natura 2000 beizutragen. Mit der Durchführung dieser AUKM verpflichten sich Landwirte freiwillig, i.d.R. für einen Zeitraum von 5 Jahren die in den Förderrichtlinien festgelegten Bewirtschaftungsauflagen auf ihrem Betrieb einzuhalten. Diese festgeschriebenen Auflagen müssen über die gesetzlich vorgeschriebenen Mindestanforderungen hinausgehen. Finanziert wird dieses Programm aus Mitteln des Europäischen Landwirtschaftsfonds für die Entwicklung des ländlichen Raums sowie aus Bundes- und Landesmitteln. Bislang werden für eingegangene Verpflichtungen ab 1. Januar 2023 im Förderprogramm „Freiwillige Naturschutzleistungen“ insgesamt 592 landwirtschaftliche Betriebe mit 56,65 Mio. Euro gefördert. Für den Verpflichtungsbeginn ab 1. Januar 2026 werden in diesem Förderprogramm weitere 68 landwirtschaftliche Betriebe mit 1,08 Mio. EUR gefördert.

Darüber hinaus fördert das Land noch weitere Agrarumwelt- und Klimamaßnahmen außerhalb des Schutzgebietssystems Natura 2000. Auch diese Maßnahmen sind Bestandteil des deutschen GAP-Strategieplans. Das Land unterstützt weiterhin im Rahmen der Agrarumweltmaßnahmen die Erhaltung tiergenetischer Ressourcen als wichtiges Element der Agrobiodiversität. Die Förderung der Zucht und Haltung von Nutztierassen, die vom Aussterben bedroht sind und eine Genreserve darstellen, dient dazu, deren Fortbestand zu sichern. Für mehrjährige Verpflichtungen stehen insgesamt 1,0 Mio. EUR EU-Mittel zur Verfügung. In Natura 2000-Gebieten des Landes ist die Bewirtschaftung der Landwirtschaft durch die rechtliche Sicherung der Gebiete teilweise erheblich eingeschränkt, das betrifft insbesondere den Einsatz von Stickstoffdünger. Diese naturschutzfachlich notwendigen Beschränkungen führen zu erheblichen Mindererträgen, die durch den Natura 2000-Ausgleich ausgeglichen werden sollen. Die Förderung erfolgt bis Ende 2025 auf der Grundlage des EPLR - Sachsen-Anhalts und wird im Jahr 2026 nach den Vorgaben des GAP-Strategieplan fortgesetzt. Im Rahmen der neuen GAP ab 2028 sollen Förderprogramme einfacher und zielorientierter werden. Verwaltungen, aber auch Landwirtinnen und Landwirten gilt dabei das niederländische Modell der Kooperativen als Vorbild.

Sachsen-Anhalt startete ab 1. Januar 2024 mit einem kooperativen Ansatz in den Wirkbetrieb. Hierzu bildeten sich fünf Kooperative. Die Durchführung kooperativer AUKM beinhaltet eine gemeinsame Beantragung der AUKM mit dem Vorteil, dass die Planung und Durchführung für die Flächen mehrerer landwirtschaftlicher Betriebe in einem zusammenhängenden Gebiet erfolgt. So können die Maßnahmen großflächig aufeinander abgestimmt und zusätzlich Biotopverbundmaßnahmen in der Fläche umgesetzt werden. Im Fokus der Maßnahmen stehen die Zielarten Hamster, Rotmilan und Insekten. Die Habitatverbesserungen für diese Arten verbessern auch die Lebensbedingungen für viele andere wildlebende Tier- und Pflanzenarten auf Ackerlebensräumen. Die gewonnenen Erkenntnisse aus dem vorangegangenen Modellprojekt zur Erprobung dieses Ansatzes zeigten, dass die kooperativen AUKM einen höheren Nutzen für die Agrobiodiversität mit sich bringen, als die bisherigen einzelbetrieblich durchgeführten AUKM. Dabei zielen die konzipierten Maßnahmen des Kooperativen Naturschutzes bewusst auf die ackerbaulichen Gunstlagen ab. Dort wurden bislang nur wenige AUKM umgesetzt, obschon ein erheblicher Bedarf an Maßnahmen des Naturschutzes in diesen Agrarlandschaften gegeben ist.

In Sachsen-Anhalt werden insgesamt acht Maßnahmen auf 1.300 Hektar umgesetzt. Dabei ist Sachsen-Anhalt eins von drei Bundesländern überhaupt, welches den kooperativen Ansatz in der Förderperiode 2023 – 2027 verfolgt. Dafür wurden im GAP-Strategieplan insgesamt 5 Mio. EUR an Umschichtungsmitteln (100% EU-Mittel) eingeplant. In einem nächsten Schritt ist für die neue Förderperiode ab 2028 geplant, das Portfolio für die Kooperativen zu erweitern und Grünlandmaßnahmen zu programmieren und zu etablieren.

Landeserntedankfest

Das Landeserntedankfest soll mit dem darin integrierten Europadorf als internationaler Ort der Information und Kommunikation, aber auch der Begegnung und Toleranz im Jahr 2026 wieder stattfinden.

Präsentationsmöglichkeiten für Unternehmen der Land- und Ernährungswirtschaft auf Fach- und Verbrauchermessen

Wie in den vergangenen Jahren auch, ist auch 2026 eine Teilnahme Sachsens-Anhalts an der größten Publikumsmesse im Bereich der Land- und Ernährungswirtschaft, der Grünen Woche in Berlin, vorgesehen. Die Grüne Woche als eine der weltweit bedeutendsten Messen im Landwirtschafts- und Ernährungsbereich stellt für heimische Unternehmen der Land- und Ernährungswirtschaft eine herausragende Gelegenheit dar, sich und ihre Produkte einem breiten internationalen Publikum zu präsentieren. Zugleich wird durch einige Begleitstände (u.a. Hochschulen, Tourismus) ein vielfältiges und leistungsstarkes Bild von Sachsen-Anhalt gezeigt. Sachsen-Anhalt präsentiert sich dabei jährlich mit einer eigenen Halle (23b), diese erfreut sich großer Beliebtheit bei Ausstellern und Besuchern.

III.9 Ministerium für Wissenschaft, Energie, Klimaschutz und Umwelt

Das Ministerium für Wissenschaft, Energie, Klimaschutz und Umwelt wird auch im Jahr 2026 die internationale Zusammenarbeit trotz der aktuell schwierigen im Landeshaushaltsplan 2025/26 dargelegten wirtschafts-, haushalts- und personalpolitischen Rahmenbedingungen weiter gezielt fortsetzen und möglichst vertiefen und ausweiten.

Hierzu sollen die im Jahr 2024 bereits begonnenen und im Jahr 2025/26 weiter abgestimmten Aktivitäten mit den EU- und Landespartnern insbesondere in den ressortspezifischen Schwerpunktthemen Wasserstoff, Energie- und Wärmewende, Ressourceneffizienz und -schonung, Hochwasser-/Natur-/Bodenschutz und Hochschulzusammenarbeit/Wissenschaft/Forschung weiter umgesetzt werden. Der geographische Schwerpunkt liegt dabei auf den wichtigsten Partnerregionen Masowien, Ermland-Masuren und Kujawien-Pommern in Polen, Centre-Val de Loire in Frankreich, Valencia in Spanien und Bulgarien als neuem Partner sowie Serbien als ambitionierten Beitrittskandidaten und daher chancenreichem Projektpartner für EU-Anträge. Damit soll ein wichtiger Beitrag zur Umsetzung der für die 8. Legislaturperiode beschlossenen strategischen Ziele für die Europapolitik und Internationale Zusammenarbeit bis zum Jahr 2026 geleistet werden. Für die Entwicklung und Abstimmung gemeinsamer EU-Projektideen wurden in diesen Bereichen auch im Jahr 2025 verstärkt Abstimmungen insbesondere mit valencianischen Partnern sowie der Otto-von-

Guericke-Universität Magdeburg (OvGU) und der Hochschule Magdeburg-Stendal mit professioneller Unterstützung der tti GmbH Magdeburg und des EEN Sachsen-Anhalt geführt. Dabei wurden neben bekannten auch weitere neue bulgarische und serbische Partner durch gemeinsame Reisen des Ministerium für Wissenschaft, Energie, Klimaschutz und Umwelt mit der tti Magdeburg GmbH und dem EEN Sachsen-Anhalt als Wissenstransferregionen und wichtige Partner mit neuen Ideen einbezogen. Diese erfolgreich begonnene projektbezogene Zusammenarbeit soll möglichst auch 2026 weiter ausgebaut und vertieft werden.

Zusammenarbeit mit der Region Centre-Val de Loire (Frankreich)

Hier liegt der Schwerpunkt bei der weiteren Zusammenarbeit wie im Jahr 2024 auch 2025 auf dem Hochwasserrisikomanagement. Es ist vorgesehen, den fachlichen Austausch mit der Region Centre-Val de Loire durch die Erneuerung der abgelaufenen Kooperationsvereinbarung fortzuführen und zu wieder zu verstetigen. Die Neufassung und Erweiterung der Vereinbarung erfolgt auch vor dem Hintergrund der Bitte der Regionalkonferenz der Regierungschefin und der Regierungschefs der Ostdeutschen Länder vom 18. Juni 2024, TOP 7 "Zusammenarbeit der ostdeutschen Länder mit Frankreich" nach einer verstärkten deutsch-/französischen Zusammenarbeit und Vernetzung. Im Rahmen eines Delegationsbesuches der Region Centre-Val de Loire mit der Staatskanzlei im Mai 2024 wurde von französischer Seite Interesse an der Erneuerung und Wiederaufnahme des fachlichen Austausches im Bereich der Wasserwirtschaft, insbesondere Hochwasserrisikomanagement, Hochwasserschutz sowie Starkregen und Sturzfluten bekundet. Derzeit wird an der Finalisierung einer Vereinbarung hierzu gearbeitet, die im Frühjahr 2026 gezeichnet werden soll.

Zusammenarbeit mit den Wojewodschaften Masowien, Ermland-Masuren und Kujawien-Pommern

Zur Verbreiterung und Vertiefung der Zusammenarbeit mit Nordpolen und insbesondere der Region Danzig in der Woiwodschaft Pommern im Bereich der Erneuerbaren Energien fand Ende Februar 2025 ein Zusammentreffen mit der damaligen Deutschen Generalkonsulin in Danzig, Frau Cornelia Pieper, sowie Vertreterinnen und Vertretern aus Politik, Wissenschaft und Wirtschaft statt.

Der Schwerpunkt der Zusammenarbeit mit Masowien lag bisher auf dem Energiebereich und wurde 2025 mit aktiver Einbeziehung weiterer polnischer Regionen und insbesondere auch der spanischen Provinz Valencia als wichtigem EU-Projektinitiator fortgesetzt. Zur weiteren Zusammenarbeit 2026 gibt es noch keine konkreten Perspektiven bei beiden Partnern. Mit Ermland-Masuren soll die jahrelange und bewährte Zusammenarbeit zwischen dem Biosphärenreservat Drömling und dem Welski Naturpark auch im Jahr 2026 fortgesetzt

und auf neue Hochschulpartner ausgedehnt werden. So wird ein begonnenes Bienen-schutzprojekt schrittweise weiter umgesetzt, an dem sich die Biosphärenreservatsverwaltung Drömling, die Hochschule Magdeburg-Stendal, die Universität Ermland-Masuren und der Welski-Naturpark beteiligen. Im Mai 2024 und im Juli 2025 wurden mit der Universität Olsztyn zwei Wissenschaftscamps mit dem Biosphärenreservat Drömling und der Hochschule Magdeburg-Stendal durchgeführt. Im Oktober 2025 erfolgte ein Gegenbesuch im Welski-Naturpark und an der Universität Ermland Masuren in Olsztyn, der der wissenschaftlichen Auswertung der erhobenen Daten und der Abstimmung eines Folgeprojektes 2025/26 dienen soll. Dazu soll dort mit den o.g. Projektbeteiligten das neu beantragte Projekt „InsectCare - Vernetztes Insektenmonitoring und Renaturierung für nachhaltigen Bestäuber- und Gewässerschutz in Biosphärenreservaten: Praxishilfe zur Umsetzung der EU-Renaturierungsverordnung“ mit Laufzeit 2025-2028, weiter abgestimmt und untersetzt werden. In diese erfolversprechende Zusammenarbeit mit Ermland-Masuren könnte auch Kujawien-Pommern als neuer Partner des Ministeriums für Wissenschaft, Energie, Klimaschutz und Umwelt ab 2026 eingebunden werden. Dazu wäre mit weiterer Unterstützung der tti Magdeburg GmbH, des Deutschen Zentrums für Luft- und Raumfahrt, der Hochschulen und außeruniversitären Forschungseinrichtungen eine bereits 2024 begonnene Zusammenarbeit bei der Entwicklung und Anwendung von Drohnen im Umweltbereich sowie ein Erfahrungsaustausch mit Experten aus Forschungseinrichtungen und Unternehmen denkbar.

Zusammenarbeit mit der Region Valencia

Der Schwerpunkt der Zusammenarbeit mit der Region Valencia lag in den letzten beiden Jahren aufgrund des erforderlichen Projektvorlaufs im Rahmen von 3 valencianischen Study Visits bei den einheimischen Partnern auf der Abstimmung neuer innovativer Projektvorschläge im Energie- Wärmebereich sowie der Energiespeicherung. Die wichtigsten Partner waren insbesondere die Otto von Guericke Universität Magdeburg, die Hochschule Magdeburg-Stendal, das Fraunhofer IFF, die Kommunen Ilsenburg und Barleben zur Unterstützung kommunaler Energie- und Wärmekonzepte sowie die tti Magdeburg GmbH und das EEN Sachsen-Anhalt zur besseren Einbeziehung insbesondere von kleinen und neugegründeten Firmen. Die geplante Delegationsreise zur Endabstimmung und abschließenden Entscheidung über die Antragseinreichungen soll nun im Dezember 2025 durchgeführt werden. Hierzu fanden seit September Abstimmungen mit der federführenden Polytechnischen Universität Valencia und deren kommunalen und KMU-Partnern statt.

Im Jahr 2026 sollen die Abstimmungen zu den vorliegenden oder neuen Projektvorschlägen im Rahmen der 11. Internationalen Kooperationsbörse Barleben mit integriertem Be-

such der Hannover Messe im Zeitraum vom 22.-24. April 2026 zwischen den valenci-
schen und einheimischen Projektpartnern unter eventueller Einbeziehung weiterer Projekt-
partner aus Polen, Frankreich, Bulgarien und Serbien fortgeführt werden.

Zu Bulgarien und Serbien wurden aufgrund deren langjähriger Teilnahme an der Barlebe-
ner Kooperationsbörse und von Delegationsreisen unter Federführung der tti Magdeburg
GmbH und des EEN Sachsen-Anhalt sowie der Otto von Guericke Universität Magdeburg
insbesondere seit Ende 2024 und Anfang 2025 viel engere Unternehmens- und Hochschul-
kontakte als in den Jahren zuvor hergestellt. Von daher erhöhen sich bei aktiver Projektein-
beziehung dortiger Partner auch die Chancen für die erfolgreiche Einwerbung zusätzlicher
Mittel im Rahmen der EU-Aktionsprogramme und zur Verbesserung der Vernetzung sowie
zum Erfahrungsaustausch. Darüber hinaus wurden Ende 2024 und Anfang 2025 im Minis-
terium für Wissenschaft, Energie, Klimaschutz und Umwelt eine argentinische Delegation
erstmals begrüßt und weitere Abstimmungen ab 2025 begonnen. Die Delegation setzte
sich aus Wirtschaftsvertretern der Bioenergiebranche zusammen. Entsprechend wurden für
den fachlichen Austausch neben Experten des Ministeriums für Wissenschaft, Energie, Kli-
maschutz und Umwelt drei externe Vertreter der Bioenergiebranche Sachsen-Anhalts ein-
geladen, die ihre Praxiserfahrung teilten und noch im Nachgang in Kontakt mit Delegations-
vertretern sind. Im Juli 2025 wurde im Ministerium für Wissenschaft, Energie, Klimaschutz
und Umwelt eine irakische Delegation mit 15 Personen, die in der öffentlichen Umweltver-
waltung arbeiten, unter Leitung und Betreuung der Gesellschaft für internationale Zusam-
menarbeit während ihres Besuchs in Sachsen-Anhalt und weiteren Bundesländern emp-
fangen. Die Delegation hatte sich im Vorfeld nach der verwaltungstechnischen Organisation
von Genehmigungsvorgängen bezüglich der Energiewende, Photovoltaik und Windenergie,
erkundigt. Diesem Wunsch wurde durch Vorträge von Experten des Ministeriums für Wis-
senschaft, Energie, Klimaschutz und Umwelt und der Landesenergieagentur Sachsen-An-
halt (LENA) entsprochen. Durchgeführt wurden eine Werkbesichtigung bei ENERCON so-
wie das MHKW und die Bürgersolaranlage Rothensee vorgestellt. Abschließend wurde in
Barleben mit Vertretern der Kommunalverwaltung zum aktuellen Stand der Energie- und
Wärmeplanung fortgesetzt beraten. Für das Frühjahr 2026 plant das Ministerium für Wis-
senschaft, Energie, Klimaschutz und Umwelt mit der Initiative für Wasserstoff in Ost-
deutschland (IWO) eine hochrangig besetzte Tagung auf Ministerebene in Brüssel unter
dem Arbeitstitel „Schlüsselregion Ostdeutschland für Europas Wasserstoffwirtschaft – In-
frastruktur, Industrie und Innovation gemeinsam gestalten“. Ziel ist es, die besonderen
Standortvorteile Ostdeutschlands – erneuerbare Energien, industrielle Abnehmer, Spei-
cherpotenziale und erste Leitungen des nationalen Wasserstoffkernnetzes – im europäi-
schen Kontext sichtbar zu machen und die ostdeutschen Interessen in Brüssel weiter zu

positionieren. Geplant ist dazu eine etwa dreieinhalbstündige Veranstaltung in der Landesvertretung eines IWO-Mitglieds oder an einem anderen Ort mit rund 60 bis 90 Teilnehmern. Eingeladen werden Vertreterinnen und Vertreter der Europäischen Kommission, ostdeutsche Europaabgeordnete, Verbände wie Hydrogen Europe, europäische Fachnetzwerke, relevante Industrieunternehmen sowie die Energieminister der ostdeutschen Länder. Das Programm umfasst politische Einordnungen, Keynotes, Projekt-Pitches aus den IWO-Ländern, eine Podiumsdiskussion zu den Auswirkungen europäischer Regeln auf die Wasserstoffwirtschaft und einen Netzwerkempfang. Begleitend sind bilaterale Gespräche mit Europäischen Kommissionen, Energie, Klima, Forschung, Verkehr, vorgesehen. Die Terminierung ist für März 2026 vorgesehen. Finanziert wird die Veranstaltung durch die IWO. Nach dem verheerenden Hochwasser 2025 in der Region Valencia erfolgten gemeinsam mit der HS Magdeburg und der Universität Valencia erste Gespräche zur Zusammenarbeit und Umsetzung gemeinsamer Projekte in diesem Bereich. Diese sollen 2026 weiter vertieft werden.

LIFE-Projekt EUROKITE

Sachsen-Anhalt ist Kofinanzierer des europaweiten LIFE-Projektes EUROKITE. Im Rahmen dieses Projektes soll bis 2027 der Einfluss von menschenverursachter Mortalität auf den streng geschützten Rotmilan sowie auf vier weitere Großvogelarten analysiert und Gegenmaßnahmen getroffen werden. Auch im Jahr 2025 wurden in Sachsen-Anhalt weitere Rotmilane besendert. Der Fokus lag vor allem auf den Mortalitätsursachen der Rotmilane. Hierzu sind 2025 bereits drei wissenschaftliche Artikel erschienen, eine weitere Publikation steht kurz vor Veröffentlichung. Zudem wird der „Crime Report“ erscheinen, welcher die illegalen Fälle in den einzelnen Ländern darstellt. Im Jahr 2026 steht die Finalisierung des Projekts im Fokus, begleitet vom fortlaufenden Nestmonitoring in Sachsen-Anhalt. Den feierlichen Abschluss bilden die Abschlusskonferenz sowie die Teilnahme an der internationalen Wingspan Konferenz, bei der zentrale Ergebnisse präsentiert und diskutiert werden.

INTERREG- Projekt NATUREM

Die Landesanstalt für Altlastenfreistellung (LAF) war von August 2019 bis Januar 2023 an dem Interreg-Projekt LINDANET beteiligt. Ziel dieses Vorhabens war die Vernetzung und der Austausch unterschiedlicher Projektpartner zur Reduzierung der Schadstoffbelastung mit HCH, dem Insektizid Lindan, in der EU. Aufbauend auf LINDANET begann im Jahr 2025 das Interreg-Nachfolgeprojekt NATUREM (NATUre-based REMediation solutions for Persistent organic pollutants (POPs) contamination). NATUREM soll nicht nur die Belastungen mit HCH betrachten, sondern den Fokus auf die Gruppe der persistenten organischen Schadstoffe (POP) erweitern. Aufbauend auf die EU-Bodenstrategie für 2030 sollen dabei

nachhaltige und innovative Methoden der Bodensanierung, z.B. Bioremediation, entwickelt werden. Federführender Partner für das Interreg-Projekt ist die spanische Region Aragon, neben der LAF ist das Ministerium für Wissenschaft, Energie, Klimaschutz und Umwelt an diesem INTERREG-Vorhaben als Projektpartner beteiligt. An NATUREM sind insgesamt 10 Projektpartner, davon zwei Regionen mit EU-Beitrittskandidatenstatus, vertreten. Nach der Projektgenehmigung im März 2025 erfolgte der Start im Mai 2025.

Der erste interregionale Erfahrungsaustausch mit allen Projektbeteiligten hat vom 16. bis zum 18. September 2025 in Sachsen-Anhalt stattgefunden. Neben der Vorstellung der einzelnen Projektgebiete in den jeweiligen Ländern standen die bisherigen Erfahrungen zur Bioremediation im Fokus. Neben einer Exkursion zum Ökologischen Großprojekt Bitterfeld-Wolfen fand ein Besuch des Gemeinschaftskläwerks Bitterfeld-Wolfen statt. Die Teilnehmer konnten vor Ort einen Überblick über die komplexen Arbeiten an der Grube Antonie und der Grube Johannes gewinnen. Abschließend wurden die Ergebnisse in einem gemeinsamen Workshop in der LAF erfolgreich vorgestellt. Der nächste gemeinsame interregionale Erfahrungsaustausch findet im Frühling 2026 in Frankreich statt.

EU-Projekt SOTERIA

Das Landesamt für Umweltschutz Sachsen-Anhalt (LAU) ist assoziierter Partner im wissenschaftlichen Projekt „SOTERIA“. Die Rolle des LAU besteht im Wesentlichen darin, als Multiplikator und Kommunikator zwischen den am Projekt beteiligten Wissenschaftlern und den Regionalen Akteuren und Stakeholdern in Sachsen-Anhalt zu fungieren. Ziel von SOTERIA ist es, innovative Versicherungslösungen zur Anpassung an den Klimawandel in verschiedenen europäischen Regionen und Gemeinden zu fördern. Betrachtet werden ebenfalls der förderliche Rahmen bzw. die Rolle der Modernisierung des öffentlichen Sektors. Dabei wird analysiert, wie erschwingliche Versicherungssysteme entwickelt werden können. SOTERIA wird zum umfassenderen Ziel der Mission Adaptation beitragen, die Resilienz und das „Vorbereitet-Sein“ Europas gegenüber den unvermeidlichen Folgen des Klimawandels zu erhöhen, indem Lücken im Versicherungsschutz für die Klimaanpassung geschlossen werden.

Hochschulen und Forschung

Als etablierte Schnittstelle zwischen Hochschulen und Forschung wird das EU-Hochschulnetzwerk seit 2016 aus Mitteln des Europäischen Sozialfonds (ESF) gefördert und befindet sich auch in der aktuellen EU-Fondsperiode in aktiver Förderung. Mit seinen vielfältigen Förder- und Beratungsangeboten trägt es maßgeblich zur Stärkung des Wissenschaftsstandorts bei. Im Rahmen der laufenden Förderphase werden insbesondere die

erweiterten Beteiligungsmöglichkeiten für Forschende sowie die gestiegenen Anforderungen adressiert, die sich aus der Weiterentwicklung des Europäischen Forschungsraums und der zunehmenden Verknüpfung mit dem Europäischen Bildungsraum ergeben.

Das EU-Hochschulnetzwerk verwaltet auch die Mitgliedschaft Sachsen-Anhalts im Netzwerk der europäischen Forschungsregionen (ERRIN). Durch die Teilnahme von Beschäftigten der Landesvertretung in Brüssel an den Arbeitsgruppensitzungen und die Übernahme von Leitungsrollen in geeigneten Themenfeldern wird eine aktive Zusammenarbeit mit dem Netzwerk sichergestellt.

Ein wichtiger Baustein zur Erhöhung der Sichtbarkeit sachsen-anhaltischer Forschung auf europäischer Ebene ist die Veranstaltungsreihe „Präsentation des Wissenschaftsstandorts Sachsen-Anhalt“, bei der in der Landesvertretung Sachsen-Anhalt in Brüssel ausgewählte Projekte einem interessierten Fachpublikum vorgestellt werden. Diese Veranstaltungen dienen der Vernetzung mit potenziellen Projektpartnern sowie der fachlichen Positionierung des Forschungsstandorts Sachsen-Anhalt, etwa im Hinblick auf Arbeitsprogramme der Europäischen Kommission, das EU-Forschungsrahmenprogramm oder den Strukturwandel. Weiterhin ist die Fortführung des alle zwei Jahre stattfindenden Treffens der EU-Forschungsmultiplikatorinnen und -multiplikatoren geplant. Dieses Veranstaltungsformat bietet den Forschungsreferentinnen und -referenten der Hochschulen und Forschungseinrichtungen Sachsen-Anhalts die Möglichkeit zum direkten Austausch über neue Arbeitsprogramme und anstehende EU-Ausschreibungen im Bereich Forschung und Innovation. Für den Austausch zwischen Hochschulleitungen und dem Ministerium für Wissenschaft, Energie, Klimaschutz und Umwelt bieten sich Themen von hoher europäischer Relevanz an – etwa die Hochschulstrategie der Europäischen Kommission, die damit verbundenen Initiativen wie die Europäischen Hochschulallianzen sowie deren potenzielle Auswirkungen auf das Hochschulrecht. Die Otto-von-Guericke-Universität Magdeburg ist bereits Teil der Allianz EU GREEN mit acht weiteren europäischen Partnern.

Das Ministerium für Wissenschaft, Energie, Klimaschutz und Umwelt ist in der zweiten Hälfte der aktuellen Förderperiode (2021–2027) Mitglied im Programmausschuss „Europäischer Forschungsrat“ des EU-Rahmenprogramms für Forschung und Innovation Horizont Europa. Der Ausschuss tagt vierteljährlich und gestaltet unter anderem die Arbeitsprogramme und Ausschreibungen zur Umsetzung von Horizont Europa mit.